

SEDUTA n. 10 del 20.04.1994

Presidenza del Presidente Franco Tretter

Ore 10.10

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

DENICOLO' (*segretario*): (*fa l'appello nominale*)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Andreotti, Fedel, Feichter, Frasnelli, Panizza e Pinter.

Sono assenti i cons. Kofler e Laimer.

Diamo lettura del processo verbale della precedente seduta.

DENICOLO' (*segretario*): (*legge il processo verbale*)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni in merito al processo verbale? Nessuna, il processo verbale si intende approvato.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Ich wollte als gestriger Vorsitzender des Regionalrates etwas sagen. Sie wissen, daß die Sitzung wegen Beschlußfähigkeit kurz vor 18.00 Uhr aufgehoben werden mußte. Die Beschlußfähigkeit wurde aufgrund eines Antrages des Abg. Atz festgestellt, der zum guten Glück gestellt worden ist und das wollte ich hervorheben. Gestern Abend waren 7 Vertreter der Mehrheit anwesend. Wäre der Regionalrat nicht beschlußfähig gewesen oder wäre der Antrag nicht gestellt worden, dann wäre der Haushalt abgelehnt worden mit allen dramatischen Folgen, die sich daraus ergeben. 6 Monate lang hätte man das gleiche Gesetz nicht mehr einbringen dürfen. Wir hätten 6 Monate lang keinen Haushalt gehabt. Wir hätten praktisch keine Gehälter an die Angestellten zahlen können, der Regionalausschuß wäre in seiner Tätigkeit lahm gelegt worden. Der Regierungskommissär hätte aufgrund dieser Lage den Regionalrat sogar auflösen und somit also Neuwahlen ausschreiben können.

Ich möchte auf diese Situation aufmerksam machen, nur um auch zu unterstreichen, daß es notwendig ist, daß die Abgeordneten bis zum Ende der Arbeiten mitwirken. Danke sehr, Herr Präsident.

PRESIDENTE: Volevo solo aggiungere due parole in merito alla seduta di ieri, che si é svolta sotto la mia presidenza. Voi sapete che la seduta ha dovuto essere interrotta poco prima delle ore 18.00 per mancanza del numero legale. Volevo constatare che é stata

una fortuna che il cons. Atz abbia chiesto la verifica del numero legale. Ieri sera erano presenti solo 7 rappresentanti della maggioranza. Se nel corso della votazione in Consiglio regionale si fosse verificata la mancanza del numero legale o se non fosse stata fatta la richiesta di verifica, allora il bilancio di previsione sarebbe stato respinto, con tutte le conseguenze drammatiche che ne sarebbero conseguite. Per sei mesi non avrebbe potuto essere presentato il disegno di legge sul bilancio. Pertanto non avremmo avuto i mezzi per pagare gli stipendi ai dipendenti e la Giunta sarebbe stata paralizzata nella sua attività. Il Commissario di Governo avrebbe potuto sciogliere il Consiglio regionale e avrebbe potuto indire nuove elezioni.

Volevo solo far notare questa situazione per sottolineare che é necessario che i consiglieri siano presenti ai lavori in aula. Grazie, signor Presidente.

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)

(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Do lettura delle comunicazioni:

In data 19 aprile 1994 sono state presentati:

- dal Consigliere regionale Carlo Palermo, la proposta di delibera n. 13: Sospensione della operatività del comma 7 dell'articolo 16 del Regolamento per la previdenza e assistenza ai Consiglieri della Regione Trentino-Alto Adige;
- dai Consiglieri regionali Roland Atz, Marco Giordani e Dario Pallaoro, la proposta di delibera n. 14: Proposte di modifica al Regolamento interno del Consiglio regionale;
- dai Consiglieri regionali Lelio Boldrini, Sergio Divina, Sergio Muraro e Mauro Delladio la mozione n. 8, relativa al rinnovo dei rappresentanti del Consiglio nella Commissione paritetica per le norme di attuazione;
- dai Consiglieri regionali Sergio Divina, Sergio Muraro, Mauro Delladio, Lelio Boldrini Gianpietro Vecchi, Maurizio Tosadori e Umberto Montefiori, la mozione n. 9, relativa al rinnovo del Consiglio di amministrazione dell'Autobrennero;
- dalla Giunta regionale il disegno di legge n. 13: Interpretazione autentica del comma 3 dell'articolo 3 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, concernente "Nuovo ordinamento dei Comuni della regione Trentino-Alto Adige".

Il Consigliere regionale Mauro Minniti ha dichiarato di appartenere al Gruppo consiliare MSI - DN.

Procediamo con la trattazione del punto 3) dell'ordine del giorno:

Disegno di legge n. 10: Bilancio di previsione della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1994 e Bilancio triennale 1994-1996 (presentato dalla Giunta regionale).

Ripetiamo la votazione per il passaggio alla discussione articolata con la verifica del numero legale. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 33 voti favorevoli, 21 contrari e 1 astenuto è approvato il passaggio alla discussione articolata.

Art. 1
Stato di previsione dell'entrata

1. Sono autorizzati l'accertamento e la riscossione, secondo le leggi in vigore, delle tasse istituite dalla Regione, la riscossione nei confronti dello Stato dei tributi erariali devoluti alla Regione a sensi dello Statuto approvato con legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5 modificata con legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1 e con legge 30 novembre 1989, n. 386 ed il versamento nella cassa della Regione delle somme e dei proventi dovuti per l'esercizio finanziario dal 1° gennaio al 31 dicembre 1994, giusta l'annesso stato di previsione dell'entrata.

Art. 1
Voranschlag der Einnahmen

1. Die Feststellung und die Einhebung gemäß den geltenden Gesetzen der von der Region eingeführten Steuern, die Vereinnahmung der Staatssteuern, die im Sinne des Sonderstatuts - das mit Verfassungsgesetz vom 26. Februar 1948, Nr. 5, geändert mit Verfassungsgesetz vom 10. November 1971, Nr. 1 und mit Gesetz vom 30. November 1989, Nr. 386, genehmigt wurde - vom Staat an die Region abgetreten werden, und die Einzahlung der für das Haushaltsjahr 1. Jänner - 31. Dezember 1994 zustehenden Beträge und Erträge in die Kasse der Region werden gemäß beiliegendem Einnahmenvoranschlag bewilligt.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'articolo? Prego, cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Herr Präsident, ich habe gestern Argumente vorgebracht und der Herr Präsident Grandi hat es nicht für zweckmäßig erachtet, auf meine Argumente einzugehen. Ich wiederhole diese Argumente kurz. Ich habe gesagt, das Trentino fällt bestimmt nicht unter den Pariser Vertrag, auch aufgrund dessen was die Resolutionen der Vereinten Nationen sagen. Jedoch hat das Trentino völkerrechtlich auch das Recht, darüber abzustimmen, ob es mit der Annexion zu Italien einverstanden ist. Dies zum einen. Auf der anderen Seite spricht der Präsident vom "l'Europa delle Regioni". Ich habe gesagt, das Ganze ist ein Schwindel, denn die sogenannte Europaregion ist aufgrund des Maastricht-Vertrages ausgeschlossen. Auch Abg. Pahl, der zuerst das Selbstbestimmungsrecht gepredigt hat, spricht jetzt von einer Europaregion ohne Veränderung der Grenzen. Wenn man unter Europaregion versteht, daß die Regionen als selbständige völkerrechtliche Subjekte auftreten, dann ist das nicht möglich, es sei denn der Maastricht-Vertrag wird aufgehoben. Dieses Gerede vom Europa der Regionen, das sich der neue Regionalausschuß als Hauptaufgabe gesetzt hat, ist ein Schwindel, um es mit einem Wort zu sagen. Gleichzeitig und das ist die Schattenseite der Trienter Mentalität flüchtet man aus Angst zu allen möglichen Nothelfern, auch wenn diese Nothelfer sich gegenseitig widersprechen. Man flüchtet im Regierungsprogramm auch

zum Berlusconi und zum Fini. Ich verstehe nicht, daß die Medien, sei es RAI, sei es die Dolomiten bei uns, verschweigen, daß die Südtiroler Volkspartei 5 Tage vor den Wahlen im Koalitionsprogramm der neuen Regionalregierung in aller Form den Widerruf des "Los von Trient" bestätigt und die Notwendigkeit angekündigt hat, die Region beizubehalten, um die nationale Einheit Italiens zu verteidigen. Also damit können auch Berlusconi und Fini einverstanden sein. Es wird also die Notwendigkeit der Region zur Verteidigung der nationalen Einheit Italiens bekräftigt.

Aber der Herr Präsident hat es nicht gewürdigt darauf überhaupt einzugehen, ganz gemäß der heiligen Tradition der Democrazia Cristiana im Falle von derartigen Auseinandersetzungen. Ich mache es kurz. Vorausgegangen ist im Juni 1992 die Streitbeilegungserklärung Österreichs vor den Vereinten Nationen, die folgendes besagt: Der Pariser Vertrag ist hundertprozentig erfüllt. Alle Differenzen - so wie die Vereinten Nationen es verlangt haben - sind beigelegt. Das Paket ist eine rein innerstaatliche Angelegenheit und in Zukunft darf Italien keine neue Forderungen der Südtiroler erfüllen, wenn nicht auch die Italiener im Lande einverstanden sind. Sollte das Selbstbestimmungsrecht verlangt werden, darf Italien dieses nicht erfüllen, wenn nicht die italienische Sprachgruppe einverstanden ist. Dies hat Österreich vor den Vereinten Nationen gesagt. Vorausgegangen ist, und ich nehme an, daß es dazu kommt, der Anschluß Österreichs an die Europäische Union. Es wird somit der Maastricht-Vertrag übernommen, womit das Europa der Regionen begraben ist. Auch Österreich erkennt die nationale Identität Italiens innerhalb der heutigen Grenzen an, d.h. wenn Österreich Mitglied der Europäischen Union wird, kann es mit dem Maastricht-Vertrag nie mehr das Selbstbestimmungsrecht Südtirols verlangen. Dazu hat Österreich nicht einmal den geringsten Vorbehalt geäußert. Österreich hat sich sogar geweigert einen Vorbehalt zu machen. Warum? Weil es gewußt hat, daß dadurch Italien sich dem Beitritt Österreichs zur EU widersetzen würde.

Bei den letzten Parlamentswahlen hat die große Mehrheit der Südtiroler der Südtiroler Volkspartei wiederum das Vertrauen ausgesprochen, obwohl fünf Tage vor der Wahl im Regionalprogramm - die Koalition besteht aus 19 Mitgliedern der SVP, aus 11 ehemaligen DC-Männern und aus 8 sogenannten Tirolesi- das "Los von Trient" in aller Form widerrufen wurde und die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, diese Region beizubehalten, um die Einheit Italiens zu verteidigen. Der Widerruf des "Los von Trient" ist dann alsogleich nach der Verlesung des Programmes vom Abg. Pahl ausdrücklich noch bekräftigt worden. Das Programm ist als solches deutlich genug. Wir haben auf die verhängnisvolle Tragweite dieses Programmes hingewiesen. Die Medien haben dies alles verschwiegen und der Präsident hat es nicht für notwendig erachtet, auf diese Einwände überhaupt einzugehen. Das Trentino hat Angst die Autonomie zu verlieren und da rennt man von Pontius zu Pilatus um etwas zu retten, wie man glaubt. Wie gesagt, wenn diese Gefahr besteht, dann gibt es nur eine einzige Möglichkeit, und zwar jene, daß auch das Trentino verlangt, eine Abstimmung über die Annexion zu Italien zu halten. Wie dann das Trentino abstimmt, kann ich mir gut vorstellen. Das ist Sache der Trentiner. Ich habe diesen Standpunkt am 19. August 1993 in Malè vor dem Außenminister Andreatta auch vorgebracht. Er hat es nicht bestritten, daß das Trentino

das Recht hat, auch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zu verlangen. Dies nicht weil die Trentiner sagen, wir sind Deutsche, wir wollen nicht bei Italien bleiben, sondern weil völkerrechtlich der Grundsatz besteht, daß die Bevölkerung eines Landes, einer feststehenden Verwaltungseinheit, wie es die Provinzen Trient und Bozen sind, befragt werden muß, wenn das die Staatshoheit wechselt. Das hat sogar der Völkerrechtler Cassese in Florenz bestätigt, daß eben die Bevölkerung einer Verwaltungseinheit befragt werden muß, wenn sie den Souverän wechselt. Das ist weder im Trentino noch in Südtirol passiert. Deswegen haben wir das Recht das Selbstbestimmungsrecht zu verlangen, d.h. eine Abstimmung durchzuführen. Ihr wißt, daß im Völkerrecht nur die Staaten Völkerrechtssubjekte sind und nicht die Völker. Aber die Praxis, so wie sie in dieser Nachkriegszeit eingehalten und von den Vereinten Nationen in mehrere Resolutionen auch immer wieder beschrieben worden ist, ist so, daß Völker Subjekte des Völkerrechtes werden, wenn sie das Selbstbestimmungsrecht verlangen und ausüben dürfen. Die Grenzen der Staaten sind unantastbar und das gilt für die europäischen Staaten gleich wie anderswo, wenn diese Staaten aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes entstanden sind. Das heißt wenn die interessierte Bevölkerung der jeweiligen politischen Einheit die Gelegenheit gehabt hat, abzustimmen.

Ich erinnere zum Schluß noch einmal seinerzeit an die Debatte im italienischen Parlament in den Jahren 1919 - 1920 über die Annexion des von Italien besetzten deutschen Südtirol und des Welschtirol. Damals haben die sozialistischen Vertreter Turati, Salvemini, Ribolli und andere haben gesagt: Um Gottes Namen, wir dürfen nicht annektieren, wenn nicht Abstimmungen abgehalten worden sind, im Trentino, in Südtirol und selbstverständlich auch drüben in Istrien usw. Sie haben gesagt, in der Kammer sind goldene Tafeln angebracht über die Abstimmungen zum Königreich Italien im Jahre 1860. Damals hat in der Lombardei und im Veneto und in der Emilia Romagna ein sehr hoher Prozentsatz, über 90%, hat dafür gestimmt, daß die jeweilige Region sich anschließt an das Königreich Piemont. Die sozialistischen Abgeordneten haben gesagt, sie seien mit der Annexion nur einverstanden, wenn die große Mehrheit dafür gestimmt hat, damit also einverstanden ist. Das ist geltendes Völkerrecht und gilt für Südtirol und auch für das Trentino, wenn es dieses Recht geltend machen will.

Ich muß noch daran erinnern, daß die Bewegung der nicht italienischen ethnischen Gemeinschaften am 19. März 1991 in Rom in Montecitorio in einer Pressekonferenz den Entwurf einer internationalen Konvention über den Status der ethnischen Gemeinschaften vorgestellt haben. Dort steht im Artikel 5: "Eine historisch in Mehrheit auf einem Gebiet siedelnde ethnische Gemeinschaft hat das Recht auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes im Sinne des Artikels 1 der internationalen Menschenrechtspakte und der grundlegenden Resolution Nr. 2625 (XXV) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 24. Oktober 1970 über die internationalen Grundsätze für die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten". Der Staat muß auf jeden Fall mit verfassungsrechtlichen Bestimmungen - sagen die Vereinten Nationen - die freie

Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes von seiten der autochthonen Bevölkerung und unter der Aufsicht der zuständigen Organe der Vereinten Nationen gewährleisten. Die Vereinten Nationen haben diesbezüglich z.B. Beschlüsse gefaßt, was die sogenannte westliche Sahara betrifft, die sowohl von Marokko als auch von Algerien beansprucht wird und wo auch eine Einwanderungspolitik betrieben worden ist, damit bei einer Abstimmung dann eine Mehrheit zu Gunsten des Marokko zustandekommt und wo die Vereinten Nationen gesagt haben: Da muß eine Abstimmung stattfinden und zwar durch die autochthone Bevölkerung.

Erkennt der Staat das Selbstbestimmungsrecht einer Gemeinschaft nicht an, kann diese bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen oder beim von ihr beauftragten europäischen Parlament eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit ihres Anspruchs verlangen. Das haben wir, die sogenannten im Föderalismus zusammengeschlossenen Volksgruppenvertretungen verlangt. Selbstverständlich bisher ohne irgendeinen Erfolg.

Damit komme ich zum Schluß. Ihr lehnt in eurem Regierungsprogramm den Bundesstaat ab. Ihr sagt: Wir brauchen die Region, um die nationale Einheit Italiens zu verteidigen. Kein Wort, daß man anstelle der Regionalverfassung einen Bundesstaat haben möchte. Kommt es zu einem Bundesstaat, dann kann dieser nur gebildet werden wenn die verschiedenen, als Völker anerkannten Regionen Italiens entscheiden können, ob sie als Mitgliedsstaaten diesem Bundesstaat beitreten wollen oder nicht. Dies ist auch im Verfassungsgeszentwurf enthalten, den der aostanische Abg. Luciano Caveri bereits zum dritten Mal eingebracht hat. Daher sollen der Regionalrat und die Landtage einen Beschluß machen, in dem festgeschrieben wird: Wir bejahen den Bundesstaat als Gliedstaaten eines Bundesstaates, aber unter der Voraussetzung, daß das jeweilige Volk abstimmen kann ob es diesem Bundesstaat beitrifft. Danke.

(Signor Presidente! Il Presidente Grandi non ha ritenuto di dover dare risposta alle mie affermazioni; pertanto riporto ora brevemente tali argomentazioni. Avevo detto che il Trentino non ricade nell'ambito dell'Accordo di Parigi, anche alla luce di quanto poi specificato dalle risoluzioni delle Nazioni Unite. Tuttavia il Trentino, in base al diritto internazionale, doveva avere il diritto di poter decidere se era d'accordo con l'annessione all'Italia. Questo era il punto. Dall'altra il Presidente parla di un'Europa delle Regioni. Ed io a questo proposito ho affermato che si tratta di una frottola, in quanto il trattato di Maastricht non prevede un'Europa delle Regioni. Anche il cons. Pahl, che in passato predicava il diritto di autodeterminazione, parla ora di Regione europea del Tirolo senza alcuna modifica dei confini. Se per Regione europea si intende un soggetto autonomo riconosciuto dal diritto internazionale, allora questo non sarà comunque possibile per la Regione europea del Tirolo, a meno che non si sopprima il Trattato di Maastricht. Questa discussione sull'Europa delle Regioni, questo nuovo obiettivo che la Giunta si è prefissato, non è altro che un inganno. Contestualmente - e questo è il lato negativo della mentalità trentina -, spinti dalla paura, si cerca aiuto da tutti i possibili alleati, anche se questi poi di fatto si contraddicono. Poi nel programma di coalizione ci si dichiara ben disposti nei

confronti di Berlusconi e Fini. Inoltre non capisco perché i mezzi di informazione, la Rai o il Dolomiten, tacciano sul fatto che la Südtiroler Volkspartei 5 giorni prima delle elezioni abbia inserito nel nuovo programma di coalizione della Giunta regionale una formale revoca del "Los von Trient" ed abbia previsto la possibilità di mantenere la Regione, per poter difendere l'unità nazionale. Sicuramente anche Berlusconi e Fini sono favorevoli a questo orientamento. Quindi è stata ribadita la necessità di mantenere la Regione per difendere l'unità nazionale italiana.

Il Presidente non è nemmeno entrato nel merito delle mie affermazioni, come del resto è nella "santa" tradizione della Democrazia Cristiana, quando si verificano contrasti di questo tipo. Sarò breve. Parliamo ora del rilascio della quietanza liberatoria nel giugno 1992 da parte dell'Austria davanti alle Nazioni Unite che ha sancito che: è stato dato pieno adempimento all'Accordo di Parigi; tutte le divergenze - così come richiesto dalle Nazioni Unite - sono state appianate; il Pacchetto è una questione puramente interna allo Stato italiano ed in futuro l'Italia non potrà accogliere nuove rivendicazioni da parte dei sudtirolesi, se non saranno condivise anche dagli italiani presenti sul territorio. Se dovesse essere richiesto il diritto di autodeterminazione, l'Italia non potrà concederlo se non sarà d'accordo anche il gruppo di lingua italiana. Questo è quanto ha affermato l'Austria di fronte alle Nazioni Unite. Va ricordato che precedentemente l'Austria aveva richiesto l'adesione alla Comunità europea. Quando l'Austria ne diventerà membro - ed è ormai certo che lo diventerà -, essa dovrà recepire il Trattato di Maastricht che di fatto sancisce la fine dell'Europa delle Regioni. Anche l'Austria, diventando membro dell'Unione europea, dovrà così riconoscere l'identità nazionale dell'Italia all'interno dei confini esistenti e ciò significa che con il Trattato di Maastricht essa non potrà mai richiedere il diritto di autodeterminazione per l'Alto Adige. Ma a tale proposito l'Austria non ha espresso la minima riserva. L'Austria si è addirittura rifiutata di fare delle riserve. Perché? Perché sapeva che altrimenti l'Italia si sarebbe opposta alla sua adesione alla Comunità europea.

Nel corso delle ultime elezioni politiche la stragrande maggioranza dei sudtirolesi ha espresso nuovamente la sua fiducia alla Südtiroler Volkspartei, sebbene 5 giorni prima delle elezioni, la coalizione - composta da 19 membri della SVP, 11 dell'ex-DC e 8 trentino-tirolesi - avesse revocato formalmente il "Los von Trient" ed avesse ribadito la necessità di mantenere questa Regione per difendere l'unità della nazione. La revoca del "Los von Trient" è stata poi nuovamente ribadita dal cons. Pahl dopo la lettura del programma di coalizione. Il programma, di per sé, sarebbe già stato sufficientemente esplicito. Noi avevamo rilevato la rilevanza negativa di questo programma. Gli organi di stampa hanno però taciuto ed il Presidente non ha ritenuto necessario rispondere a queste nostre argomentazioni. Il Trentino ha paura di perdere l'autonomia ed allora corre da Caio e Sempronio per cercare ancora di salvare qualcosa. Ma se questo pericolo esiste, allora c'è una sola possibilità per il Trentino, che è quella che anch'esso chiedi di poter effettuare una consultazione popolare per esprimere il suo parere circa l'avvenuta annessione del Trentino all'Italia. Posso immaginare quale sarà il responso del Trentino. Ma questa è una questione che

riguarda solo i trentini. Ebbi modo di esporre questa mia tesi il 19 agosto 1993 a Malé al Ministro degli Esteri Andreatta. Egli non negò che anche il Trentino avesse il diritto di richiedere l'esercizio del diritto di autodeterminazione. E questo non perché i trentini dicano di essere tedeschi e di non voler rimanere con l'Italia, ma perché esiste un principio di diritto internazionale, in base al quale una popolazione di una unità amministrativa ben definita come lo sono le Province di Trento e di Bolzano, deve essere interpellata quando cambia la sovranità nazionale. Questo lo ha confermato a Firenze anche il professore di diritto internazionale Cassese, ovvero che la popolazione di un'unità amministrativa deve essere interpellata quando cambia la sovranità nazionale. E questo non è avvenuto né per il Sudtirolo, né per il Trentino. Per questa ragione abbiamo il diritto di richiedere l'autodeterminazione, e di effettuare una consultazione popolare. Voi sapete che nel diritto internazionale sono soggetti giuridici solo gli stati e non le popolazioni. Ma la prassi adottata nel dopoguerra dalle Nazioni Unite in molte risoluzioni ha fatto sí che diventassero soggetti di diritto internazionale i popoli che chiedevano ed esercitavano il diritto di autodeterminazione. I confini degli stati sono intangibili e questo vale anche per gli stati europei come altrove, se questi stati sono sorti sulla base del diritto di autodeterminazione, ovvero se la popolazione interessata della rispettiva unità politica ha avuto la possibilità di effettuare una consultazione popolare.

In conclusione ricordo brevemente il dibattito svoltosi in Parlamento negli anni 1919-20 relativo all'annessione del Sudtirolo e del Trentino, allora occupati dall'Italia. I rappresentanti socialisti Turati, Salvemini, Ribolli e altri dissero: per carità, non dobbiamo procedere all'annessione, se precedentemente non è stata fatta una consultazione popolare nel Trentino, in Sudtirolo ed in Istria. Essi fecero presente che alla Camera erano affisse delle tavole d'oro che ricordavano le votazioni del 1860 sull'adesione al Regno Italico. Allora in Lombardia, Veneto ed Emilia Romagna una percentuale molto alta, oltre il 90%, si espresse a favore dell'annessione al Regno di Piemonte. I parlamentari socialisti dissero che sarebbero stati favorevoli all'annessione solo se la grande maggioranza si fosse espressa positivamente. Questo è il diritto internazionale vigente e vale per l'Alto Adige tanto quanto per il Trentino, sempre che voglia far valere tale diritto.

Vorrei inoltre far presente che il movimento delle comunità etniche non italiane il 19 marzo 1991 in una conferenza stampa, tenutasi a Roma a Palazzo Montecitorio, ha presentato la bozza di una convenzione internazionale sullo status delle comunità etniche. Nell'art. 5 si dice: "Una comunità etnica maggioritaria e insediata storicamente su di un territorio ha il diritto di esercitare l'autodeterminazione ai sensi dell'art. 1 della convenzione internazionale sui diritti dell'uomo e della risoluzione n. 2625 (XXV) dell'Assemblea generale delle Nazioni Unite del 24 ottobre 1970 sui principi internazionali che regolano i rapporti amichevoli e la collaborazione fra gli stati." Lo stato in ogni caso deve garantire con norme costituzionali - affermano le Nazioni Unite - l'esercizio del diritto di autodeterminazione da parte della popolazione autoctona, sotto il controllo degli organi competenti delle Nazioni Unite. Le Nazioni Unite hanno adottato in questo senso anche delle risoluzioni, per esempio

sulla questione del Sahara occidentale che veniva rivendicato sia dal Marocco che dall'Algeria e dove si è anche proceduto ad una politica di immigrazione, in modo che poi nel corso della consultazione popolare la maggioranza votasse a favore del Marocco. In quell'occasione le Nazioni Unite hanno affermato che doveva svolgersi un referendum tra la popolazione autoctona.

Se poi uno Stato non riconosce a una comunità il diritto di autodeterminazione, questa può poi richiedere una decisione circa la legittimità della sua richiesta all'Assemblea generale delle Nazioni Unite o al Parlamento europeo da lei incaricato. E noi, come rappresentanza dei gruppi etnici uniti dal cosiddetto federalismo, abbiamo chiesto proprio questo. Sino ad oggi comunque senza successo.

E concludo. Nel vostro programma di coalizione voi rinnegate lo stato federale. Voi dite: noi abbiamo bisogno della Regione per difendere l'unità nazionale. E non si fa alcuna menzione del fatto che al posto di una costituzione regionale si vorrebbe introdurre uno stato federale. Se si vuole uno stato federale, allora questo potrà avvenire solo quando le varie Regioni italiane riconosciute come popolazioni autonome, decideranno autonomamente se aderire come unità costituenti allo stato federale. Questo principio è contenuto anche nel progetto di legge costituzionale che l'on. aostano Luciano Craveri ha presentato per la terza volta al Parlamento. Per questa ragione il Consiglio regionale e i Consigli provinciali dovrebbero adottare una delibera nella quale si stabilisce che, come unità costituente di uno stato federale, si condivide la forma federalistica dello stato, ma solo a condizione che la rispettiva popolazione possa esprimersi circa l'adesione o meno a questo stato federale.)

PRESIDENTE: Ricordo ai colleghi che il nuovo regolamento prevede che ogni consigliere può intervenire per complessivi 15 minuti.

Ha chiesto di intervenire il cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, volutamente non sono intervenuto in discussione generale sul disegno di legge del bilancio per due ragioni: una di carattere strategico, se così mi è consentita l'espressione, e l'altra di contenuto meramente tattico. L'obiettivo tattico mi pare sia stato pienamente raggiunto, perché qualcuno forse avrebbe atteso un intervento della durata tale che impedisse la brutta figura, nella quale è incorsa la Giunta e la maggioranza e nulla vale il richiamo che il Vicepresidente ha fatto in coda alla lettura del processo verbale, quando il Vicepresidente ha richiamato tutti al senso della responsabilità.

A questo proposito, a scanso di equivoci, è opportuno che i colleghi sappiano che i consiglieri del MSI non sfuggono alla loro responsabilità di forza di opposizione, di conseguenza eravamo in aula pronti a votare contro il bilancio che ci è stato presentato.

Potrei continuare la polemica, non con il Vicepresidente Peterlini, non tanto perché non se la meriti, quanto perché il Vicepresidente Peterlini non è l'interlocutore politico, ma è l'interlocutore istituzionale e a questo riguardo facciamo

riserva di avere con l'interlocutore istituzionale tutti i momenti di confronto che riterremo più opportuno attivare.

Per quanto riguarda invece la responsabilità politica che compete all'esecutivo, non può essere sottaciuto il fatto che l'esecutivo ieri si trovava nella condizione di doversi salvare per il rotto della cuffia, in corner, di dover utilizzare la campana. Ricordo quando ero a scuola e magari ero timoroso nell'affrontare qualche interrogazione, veniva puntualmente in soccorso la campanella che rimandava la scolaresca a casa.

In questo contesto mi pare sia più che evidente che il ruolo del maestro lo abbia ampiamente e tempestivamente esercitato il capogruppo del SVP e quindi lo chiameremo maestro con molta reverenza, ma a questo proposito mi pare sia giusto e doveroso sottolineare un altro aspetto, vale a dire, signor Presidente della Giunta, che sia perfettamente inutile parlare troppo del bilancio, quantomeno nella sua fase della discussione generale, riservandoci di intervenire puntualmente sull'articolato. Non so se questa sarà una lunga giornata, nel senso che ritengo questa possa essere una giornata fruttuosa, per conoscere nelle sue pieghe il bilancio e per valutarlo, ma la valutazione dipende dalla sensibilità politica che le spese ci inducono a farci riflettere.

Quando lei nella sua relazione ci dice a pag. 8, leggo testualmente: "E' da dire subito nel merito che il bilancio di previsione del 1994 si presenta sul piano politico come un atto in parte ereditato..." quindi il bilancio risulta essere ricevuto per successione, in parte ereditato, nei confronti di un 'de cuius' che non può non essere riferito per quanto riguarda la responsabilità ad una formula di governo a degli uomini che sono ben individuati.

E per ironia della sorte, signor Presidente della Giunta, non possiamo non rilevare che il nome di battesimo del vecchio e del nuovo Presidente sia lo stesso, per significare che forse il 'de cuius' in termini politici può essere non riferito ad Andreolli, ma a questo riguardo il 'de cuius' può essere riferito a Tarcisio Grandi.

Il gusto della polemica o del paradosso, signor Presidente della Giunta, mi appartiene, ma sarebbe una esercitazione di strumentale vanità quella se io insistessi più di tanto sul gusto della polemica o del paradosso. Va da sé che bisogna altresì sottolineare quell'altra parte della valutazione che lei dà al suo bilancio, oltre alla questione dell'eredità si riferisce al fatto che è già costruito, quindi ci troviamo di fronte a due categorie di interpretazione, che non possono che essere autentiche, se è vero che colui che presenta il bilancio, cioè lei, riconosce, con una onestà intellettuale che non possiamo non sottolineare come un fatto positivo, che questo bilancio da una parte appartiene all'asse ereditario e d'altra parte che questo bilancio sia costruito.

Allora l'eredità di cui si fa cenno non è temperata da altre valutazioni, ma addirittura questa eredità viene ancor di più rafforzata da un'altra valutazione, che è opportuno, a questo riguardo, richiamare la vostra attenzione sul fatto che la rigidità del bilancio ereditato e già costruito sia ormai un elemento comune a tutti i bilanci degli enti pubblici, e questo non può non fare in modo che noi siamo d'accordo con lei una volta tanto, sul fatto che questo bilancio viene discusso, affrontato e approvato immediatamente dopo la costituzione della Giunta. Di conseguenza tutto il dibattito che

si è fatto ieri, è stato in larga misura un dibattito ozioso, perché si è rivolto nei confronti della impostazione programmatica di cui lei si è fatto portavoce a nome della Giunta e a nome della maggioranza, nel momento in cui questa maggioranza si è formata, questa Giunta si è insediata, nel momento in cui lei ha ricevuto i voti per poter esercitare le funzioni di Presidente della Giunta regionale.

Dicevo dibattito ozioso, perché bastava riferirsi alla testimonianza dei resoconti stenografici, per farci capire che tutto il resto e non l'analisi delle cifre fosse in qualche misura il secondo tempo della discussione che abbiamo affrontato e risolto qualche settimana fa, al momento in cui si è insediato come Presidente di questa nuova Giunta.

Allora sotto questo profilo non possiamo non sottolineare come la giornata di ieri molto probabilmente sia stata consumata in un rito che è la ripetizione di quanto alcune settimane fa siamo andati a dire. Siamo un po' come Paganini, che era avvezzo a non ripetere e infatti non vogliamo ripeterci, signor Presidente, perché altrimenti cadremo nel rischio di dover ripetere a soggetto un copione che ben conosciamo.

Allora per quanto riguarda l'art. 1, parlo in termini tecnici, politici, di bilancio, in termini di interpretazione di bilancio, ci troviamo all'art. 1 a dover approvare il complesso delle entrate e ci dimentichiamo che nel complesso delle entrate non possiamo non fare riferimento all'avanzo di amministrazione dell'esercizio precedente, perché l'avanzo di amministrazione è parte integrante del complesso delle entrate, vale a dire la massa finanziaria spendibile non è soltanto determinata dalla ragione che esiste secondo le vigenti disposizioni legislative, i conferimenti dello Stato e le entrate proprie della Regione, ma in questo contesto esiste anche un fondo di cassa, che è determinato dall'avanzo di amministrazione dell'esercizio precedente.

Allora sarebbe stato più corretto, e non lo dico soltanto per oggi, ma per tutto quello che è stato, lo dico anche per quello che sarà, da un punto di vista della logica contabile avremmo dovuto innanzitutto occuparci del rendiconto generale degli esercizi passati, perché soltanto sulla base della attenta, responsabile considerazione che si dovrebbe fare dei rendiconti, avremo la possibilità non soltanto di verificare puntualmente la capacità di governo, definita dal bilancio, ma non immiserita dalla acritica considerazione dello stesso, se il bilancio, così come accade degli enti pubblici e non soltanto, perché questa è una caratteristica ormai consolidata per quanti i soggetti siano chiamati da disposizione di legge e dover rendere il conto, non siamo nella considerazione che abbiamo un documento che è il rendiconto per l'esercizio passato, sulla base peraltro che questo rendiconto è accompagnato anche da una sentenza della magistratura contabile, che come prescrive la legge nella sua composizione totalitaria e onde evitare di essere confuso da qualche sprovvaduto, intendo a sezioni unite, la magistratura contabile ha espresso una sentenza, nella quale dichiara, per quanto riguarda il 1992, l'ho letta perché è in calce al rendiconto, la magistratura contabile non ha sollevato obiezioni sul piano formale.

Signor Presidente, qui allora esiste un problema politico, vale a dire se ancora possiamo pensare che i controlli della magistratura contabile debbono soltanto

riferirsi ad un controllo squisitamente formale, oppure se la attività di controllo, tenuto conto che il controllo non viene esercitato nell'ambito della sovranità che proprio spetta all'assemblea legislativa, debba essere affidato ad un altro organo, nel caso di specie alla Magistratura contabile, quando sappiamo che è un controllo meramente formale e quindi tale controllo viene indirizzato soltanto sull'aspetto dell'ordinato esame delle carte.

Evidentemente non siamo di questo avviso, perché riteniamo che questo problema non può essere in alcun modo dimenticato, nè può essere disatteso, se per un attimo facessimo attenzione sul serio a quello che è oggetto della discussione.

Ecco perché, signor Presidente della Giunta, al di là e al di sopra dei giudizi che sul piano politico potremo dare, giudizi che molto spesso possono essere considerati come pregiudiziali, come una sorta di pregiudizio, come una sorta di battaglia di posizione, per cui chi è all'opposizione non può che recitare questo ruolo, mentre chi è al governo recita un ruolo diametralmente opposto.

Cerco di spogliarmi il più possibile di questa costrizione, che ci mette nella condizione di non capire fino in fondo i meccanismi che sovrintendono alla gestione del bilancio, questi meccanismi sono gli elementi indispensabili per la conoscenza, e quando parlo di conoscenza significa anche della scienza, è di capire fino in fondo che il meccanismo che sovrintende al bilancio deve essere il più possibilmente trasparente, per consentire allora, al di là delle pigrizie e al di là della possibile ignoranza, e quando parlo di ignoranza mi riferisco al sostantivo derivante dal verbo ignorare, che su questa materia un po' da tutti può essere considerato come una caratteristica.

Concludendo, signor Presidente della Giunta, per quanto riguarda questo aspetto all'art. 1, non possiamo non fare riferimento a quello che abbiamo detto, alla seconda parte dell'intervento, alla valutazione di merito di questa situazione, sulla quale nutriamo tutte le riserve, anche se sappiamo benissimo che queste riserve sono alimentate e fondate da una prassi ormai diventata consolidata, per la quale sempre in queste circostanze ci comportiamo in questi termini.

Ecco perché allora questa nostra posizione l'ho voluta riassumere in questo intervento all'art. 1, dichiarando fin d'ora che siamo contrari all'art. 1, proprio per le ragioni che ci siamo permessi di illustrare attraverso il mio modesto intervento, ragioni che ritengo più che fondate, nella logica, nella dottrina della contabilità, più che evidenti e più che necessarie di aver avuto una certa dignità, se abbiamo ritenuto che questa dignità dovesse essere espressa attraverso il mio modesto intervento.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Ich wollte Ihnen nur sagen, daß Sie vorhin mit meiner Stellungnahme natürlicherweise vor allem an die Mehrheit gewandt habe und an die Abwesenden von der Mehrheit und nicht an die Opposition, die ja zu einem guten Teil da war und auch

nicht an Ihre Fraktion von der Sie zu Recht unterstrichen haben, daß sie vollständig da war.

Der nächste Redner ist der Abg. Vecli. Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, consigliere.

Volevo solo dire che il mio intervento di prima era rivolto prevalentemente alla maggioranza e non all'opposizione, che del resto era sufficientemente rappresentata nella seduta di ieri; non mi sono rivolto solo al suo gruppo che era al completo come Lei giustamente ha affermato.

Il prossimo oratore é il cons. Vecli. Prego ne ha facultá.

VECLI: La ringrazio, signor Presidente. Egregi colleghi, Presidente Grandi, ho ascoltato con grande attenzione quando leggeva le sue dichiarazioni e poi per scrupolo sono andato anche a rileggerle.

Non voglio comunque parlare dei numeri del bilancio, in quanto quelli li ha già letteralmente demoliti ieri il mio collega Boldrini.

Io invece ho una domanda: Presidente Grandi, dove ci sta portando? Non è questa la strada indicata dagli elettori.

Vorrei fare a questo proposito delle riflessioni.

A pag. 1 e 2 delle sue dichiarazioni traspare l'assoluta certezza che l'attuale statuto non possa essere modificato, ma ne siete sicuri? Mentre decretate con gli accordi di Giunta l'agonia della regione dividendola in due, affermate di volerne fare un campione di autonomia.

Queste sono bugie, sono menzogne, state smantellando la regione, unico e vero baluardo dell'autonomia. L'autonomia bisogna saperla conquistare e guadagnare giorno per giorno, con amministrazioni limpide e capaci, con investimenti produttivi e non parassitari. Dobbiamo dimostrare di essere, se non il primo della classe, dobbiamo dimostrare almeno di essere fra i primi della classe, questo per giustificare in modo plausibile che i finanziamenti ricevuti vengono gestiti in maniera accorta e migliore che nel resto d'Italia.

A pagg. 3 e 7 si parla invece di aggregazione regionale, sole regionale che si muove comunque in direzione del nord e poi si ribadisce, come governo della regione Trentino-Alto Adige, la volontà di ricercare l'unità della nuova regione, possibilmente dentro i confini segnati dall'accordino.

Quello che più preoccupa sono le prese di posizioni aprioristiche, folcloristiche e se vogliamo anche nostalgiche, perché lasciano poco spazio alla razionalità e al dialogo, mentre tengono a dividere i trentini e gli autonomisti su dogmi tipici di ideologie ormai superate.

La Lega Nord invece tende ad analizzare le situazioni sulla base di dati attendibili, concreti ed attuali, perché non si tratta di riprodurre delle situazioni storiche, ma dobbiamo preparare il futuro alle nuove generazioni, dobbiamo assicurare un domani ai nostri giovani e per far questo occorre sì guardare al presente, ma soprattutto

dobbiamo pensare allo sviluppo futuro, in quanto è facile rimanere emarginati nella ristrutturazione globale e regionale dell'economia in Europa e anche nel mondo.

Secondo quello che si legge a pag. 3: "Il Trentino è indissociabilmente legato all'Alto Adige, per ragioni di storia, di ambiente e di cultura, e anche per ragioni economiche...", sembra che il Tirolo storico sia omogeneo sotto molti punti di vista e la macroregione che dovrebbe comprendere il Trentino si deve fare su basi di continuità storica.

Ma la storia del Trentino non si identifica sempre con la storia del Tirolo ed i trentini inoltre non si identificano sempre con i valori, con gli atteggiamenti, con la realtà socio-economica delle genti che stanno oltre il confine del Brennero.

Apro un inciso. La Lega Nord non ha pregiudiziali sui confini della macroregione, chiede soltanto che accanto alle tre macroregioni si affianchino e coesistano le cinque a statuto speciale, otto in tutto. E' un dato che solo chi è in malafede continua a falsificare, si deve comunque dare atto al Presidente Grandi, quando riconosce a pag. 2: "la Lega Nord, che tuttavia fa salve le regioni a statuto speciale del nostro Paese", era ora! In questo inciso vorrei chiamare in campo queste forze politiche che continuano a mistificare, a giocare con le verità, con false affermazioni, questa gente, queste forze politiche devono smetterla, questa è pura demagogia.

Signori miei, l'autonomia si difende in un altro modo, non con 50 anni di malgoverno e ladrocinio, si difende in altro modo.

Tornando all'Euregio brevemente ricordo lo studio di Hermann Denz, dell'Università di Innsbruck, che ha svolto una ricerca sulle affinità e sulle diversità culturali che ha il Trentino Alto-Adige ed il Tirolo. Il risultato è forse sorprendente e soprattutto è sorprendente solamente per i nostalgici, in nessuno degli ambienti esaminati e i parametri indicatori erano la famiglia, la religione, la donna, i sentimenti, le idee politiche ecc., in nessuno degli ambiti esaminati il trentino-Alto Adige, il Tirolo sono l'uno vicino all'altro, quindi l'ipotesi di un abito culturale unitario va respinta in maniera totale, mentre da un punto di vista storico a nord e a sud del Brennero si è sviluppata una cultura della vita privata e pubblica molto diversa.

Tuttavia secondo la Lega Nord, ciò che in passato non si è verificato potrebbe succedere in futuro, ma con una politica assai diversa da quella finora attuata o prospettata, che non riesce neppure ad unire Trento con Bolzano e per far ciò la Lega Nord avanza da tempo delle proposte finora ignorate dalla partitocrazia ormai superata.

Per finire veniamo a pag. 6 delle sue dichiarazioni, signor Presidente: "Priorità assoluta assume, nelle scadenze di Giunta, la legge per l'elezione diretta del sindaco, non soltanto per anticipare la decisione sul ricorso proposto dal Governo avanti alla Corte costituzionale, ma soprattutto nella prospettiva della scadenza elettorale del 1995".

Promesse, noi che dovevamo essere i primi siamo rimasti gli ultimi, non abbiamo saputo varare nemmeno una riforma elettorale, vergogna! Non soltanto a lei, ma a tutti i predecessori.

Allora ritorno alla domanda iniziale, Presidente Grandi, dove ci sta portando, dove volete andare, questa Giunta è nata zoppa, questa Giunta non riesce

neanche a camminare, dove sono tutte le persone che dovrebbero essere presenti in quest'aula! Basta con la politica del corridoio, cosa sta succedendo nella 'bouvet' antistante quest'aula? Cosa stanno facendo? E' un mercato, la politica, le cose si devono portare avanti in quest'aula e non fuori!

Cominciamo a lavorare in un'ottica diversa, cominciamo a proporci in maniere differenti, altrimenti l'elettorato ci spazzerà via, il ciclone, quel vento formidabile che si è abbattuto sulle istituzioni e che è stato chiaramente affermato con i voti delle ultime elezioni, deve avere un monito, signori miei è ora di cambiare! Grazie.

PRÄSIDENT: Danke schön Abg. Vecli.

Das Wort hat jetzt die Abg. Chiodi. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Vecli.

Il prossimo oratore iscritto a parlare è la cons. Chiodi. Prego, ne ha facoltà.

CHIODI: Anch'io farò alcune riflessioni, che avrei voluto fare ieri in discussione generale, ma il Vicepresidente Peterlini in quattro e quattro otto ha chiuso la seduta e siamo rimasti a bocca asciutta, allora ne approfittiamo in discussione dell'art. 1.

Dopo aver visto l'esito della votazione per il passaggio alla discussione articolata, come capogruppo di questo gruppo faccio l'intervento a titolo personale, non per riportare osservazioni e nuove polemiche sulle posizioni diverse che sta prendendo il nostro gruppo in occasione della discussione regionale, ma non essendo d'accordo su questo bilancio mi pare molto corretto che almeno quello che dico siano considerate riflessioni mie personali.

Credo che questo bilancio preventivo, per certi versi, sia lo specchio del 'de profundis' che si sta recitando per l'istituto Regione, perché credo che questo bilancio, anche se comprendo le difficoltà, è il primo atto di questo esecutivo. Alcune cose erano già state fatte, però credo che si poteva veramente cogliere l'occasione per dimostrare di voler fare qualcosa di diverso. Invece noto che questo bilancio mette in evidenza soprattutto l'assenza di un grande progetto, mentre si intravedono gli intenti di questa maggioranza, che possono essere pericolosi. Non comprendo il vostro obiettivo, ma lo riconosceremo strada facendo.

Credo che, nonostante tutto, questo bilancio - lo abbiamo visto nelle dichiarazioni del Presidente che se ne è reso conto e anche nelle dichiarazioni del Vicepresidente - non lo possiamo giudicare al di fuori della crisi che sta investendo l'istituto regionale, perché in quasi tutti gli interventi, ma anche nella presentazione del Presidente Grandi, si vedeva che era questo il punto; il punto della provincia, il punto della regione, il punto della nostra stessa autonomia sta vivendo un momento di grave crisi, ne discutiamo, abbiamo letto sulla stampa in questi ultimi tempi le prese di posizione, però qualcuno - sto parlando della stampa trentina - diceva che i trentini dovevano arrivare ad una discussione seria sull'Euregio.

Credo che qui regni una grande confusione, essendo l'Euregio un'invenzione e diceva bene prima il collega Benedikter che è una ragnatela che gira nel nostro cervello, cioè voglio dire che questi progetti si possono realizzare dopo un lungo e serio lavoro di preparazione. Non è possibile inventare e discutere improvvisamente dell'Euregio, non è un discorso che non mi fa paura, ma non è questa la politica che dobbiamo inventare. Su questi argomenti dobbiamo avviare un processo di preparazione.

Per certi versi anch'io sono rimasta stupita dall'intervento del cons. Pahl, che è stato delegato da questo esecutivo a fare una ricerca dell'Euregio. Il discorso del ruolo della regione Trentino-Alto Adige non deve essere delegato ad una persona dell'esecutivo, ma deve essere un profondo momento di confronto e non solo fra le maggioranze e le minoranze, ma anche con la popolazione, dato che la nostra diversità è tale da non poter procedere in questa direzione, perché già dalla vostra maggioranza stanno uscendo posizioni diverse.

Abbiamo un Presidente del Consiglio regionale, che speriamo abbia parlato a nome personale come Franco Tretter, che ritiene necessario andare tutti a Borghetto, abbiamo alcuni esponenti dell'altra forza politica, cioè voci illustri, se quanto riporta la stampa è giusto, che parlano di autodeterminazione, abbiamo dei colleghi che dicono di comperare più le macchine FIAT, perché la Fondazione Agnelli è sovvenzionata dalla FIAT. Il discorso della Fondazione Agnelli è stato lanciato mesi or sono, ma non è mai stato sviluppato.

Non c'è ombra di dubbio che sotto il cielo dell'istituto regionale c'è una grossa confusione, come venirne fuori? Confrontandoci tutti sia sulle riforme elettorali, sia sull'Euregio. Dovremo cercare di compiere un passo culturale in avanti, in quanto ribadisco che l'Euregio a me non fa paura e credo che come trentina abbia da dire qualcosa sull'istituto regionale. Con questo bilancio avremmo avuto la possibilità di fare un passo avanti, di porci al di sopra degli interessi dei gruppi politici che compongono la maggioranza senza limitarci a queste dichiarazioni, che per certi versi diventano fumose, e così anche questo bilancio avrebbe potuto ottenere un'impronta diversa.

Credo che, se la nostra regione è in crisi o in disgrazia, non è unica la vostra responsabilità, non essendo noi tutti stati capaci o non abbiamo voluto o non ci interessava, a dare luogo alla nuova regione. In questi anni, in quest'aula, diverse sono state le posizioni a tal proposito. Qui si predicava a favore della regione, ma a conclusione del dibattito alcuni esponenti affermavano candidamente che la regione era un istituto indesiderato. Allora è chiaro che non siamo riusciti a fare quel passo politico importante, quello che ci avrebbe permesso di compiere una scelta per il futuro di questo istituto; lo abbiamo lasciato morire, la qual cosa è emersa anche nella formazione di questa Giunta; tre giorni prima doveva essere composta dal Presidente e 4 assessori, ma passate le elezioni gli assessori sono diventati 6 e giustamente il collega Boldrini si chiedeva ieri: cosa faranno questi assessori!

Neanche verso l'esterno abbiamo dato una dimostrazione seria, dato che un assessore regionale, per fare una nota di piccolo conto, costa! Rimanevano tot persone della maggioranza da "sistemare" nella gestione, poiché non avevano in parte

trovato posto in provincia, allora abbiamo pensato di allargare la Giunta di questa regione, senza uno scopo preciso, da una parte si intende ridurre le competenze della regione e dall'altra aumentiamo gli assessori.

Ho sempre considerato la regione, assieme alle due province, uno degli impianti molto forti, quale strumento - se ci avessimo creduto e la dimostrazione che non ci crediamo nemmeno adesso è qui - per creare qualcosa di diverso.

Mi rendo conto che questo discorso può apparire confuso, non desidero difendere la regione come istituto quale è oggi, perché anch'io la critico, anch'io faccio un discorso legato alla struttura regionale ed al suo personale; insistiamo nell'affermare che la regione ha ancora da svolgere un importante ruolo, ma non sappiamo quale e pertanto va reinventata senza peraltro sprecare le risorse a disposizione, mentre, come ricordava la collega Zendron, l'attività politica finora svolta, vedi ad esempio l'impianto della previdenza regionale, suscita l'impressione che i vari provvedimenti siano stati improvvisati.

Ricordo il collega Benedikter quando ci diceva che non potevamo, secondo il nostro statuto, intervenire in quella direzione perché non era previdenza, ma assistenza, e voi a suon di maggioranza avete approvato quel malloppo di leggi vergognose, leggi che vanno riviste, perché sono anticulturali, sono cose di altri tempi, sono cosa vecchia e a tanto vi siete abbassati semplicemente per meri scopi elettorali. Il nostro impianto previdenziale è ideologico, non andava minimamente verso le donne, non vi siete curati di nulla, a suon di maggioranza avete emanato delle leggi vergognose, che non esistono in alcuna altra parte d'Europa, perché se andiamo a controllare le altre leggi, sono completamente diverse; le nostre leggi sulla previdenza sono invece vecchie, antiche, che servono solo a sprecare 102 miliardi del bilancio.

Volevo fare un'altra riflessione. La regione, con le risorse che può vantare, non ha mai offerto ai consiglieri regionali un supporto che li aiuti a compiere il loro lavoro, non ha mai provveduto a metterci a disposizione strutture adatte ed anche qui ci rendiamo conto che molti di noi in quest'aula hanno cercato di portare qualcosa di innovativo, però in effetti la stessa struttura non ci ha mai offerto tale opportunità.

Al di là di tutto questo dovremo cercare di muoverci in diverse direzioni partendo dal ruolo della regione e qui davvero le chiedo, Presidente Grandi, di non tenere la discussione sull'autonomia regionale solo all'interno dell'esecutivo, ho molto rispetto per i suoi collaboratori, ma simile discussione va portata in Consiglio regionale date le nostre differenze di intendere l'autonomia e relativi problemi.

Guardando il bilancio non ho trovato nulla di nuovo, pertanto non lo posso votare, però vorrei davvero che alcuni passaggi di queste brevi riflessioni vi possano rimanere impresse!

PRÄSIDENT: Frau Abgeordnete.

Ich wollte Ihnen nur etwas sagen: gestern, bevor ich die Generaldebatte abgeschlossen habe, habe ich einige Minuten gewartet, um den Anwesenden die Möglichkeit zu geben, sich zu Wort zu melden. Ich bin da gesessen und habe nach

rechts und nach links und von links nach rechts geschaut und geduldig gewartet und es hat sich dann effektiv niemand mehr zu Wort gemeldet.

Sie kommen gleich zu Wort. Das Wort... Es hat dann nach einigen Versuchen zunächst einmal die Frau Kollegin Zendron geredet. Sie "hat sich geopfert" - wie sie selbst gesagt hat - und dann glaube ich, hat noch jemand geredet und dann war einfach niemand mehr, der bereit war, zu reden. Selbstverständlich konnte ich als Präsident nichts anders tun als abschließen. Ich sage Ihnen das nur deswegen, weil ich nicht dem Vorurteil unterlegen möchte, daß ich irgendwie gewaltsam die Diskussion abgebrochen hätte. Dies war nicht der Fall.

Der nächste Redner ist der Abg. Levegghi und dann auf der Rednerliste stehen Abg. Holzmann und ... War das eine Wortmeldung? ...Und dann Abg. Benedetti und dann Abg. Morandini. Immer zum Artikel 1.

Das Wort hat jetzt der Abg. Levegghi. Er ist nicht im Saal.

Dann kommt der Nächste und zwar der Abg. Holzmann. Bitte schön Herr Abgeordneter.

PRESIDENTE: Consiglieri.

Desideravo solamente dirLe che già ieri prima di chiudere la discussione, avevo atteso alcuni minuti per vedere se altri consiglieri desiderassero prendere la parola. Ho atteso pazientemente, guardando tra i banchi dei consiglieri, e nessuno effettivamente ha chiesto di intervenire.

Le concederó subito la parola... Vi sono stati da parte mia alcuni tentativi e poi ha chiesto la parola la cons. Zendron, dicendo che interveniva sacrificandosi. Dopo di lei nessun'altro si é iscritto a parlare. Successivamente é intervenuto un altro oratore e quindi piú nessuno. Quale Presidente non potevo fare altro che chiudere la discussione. Le spiego tutto ciò, solamente perché non desidero mi si muova il rimprovero di aver interrotto in modo brusco la discussione, poiché ciò non corrisponde al vero.

Il prossimo oratore iscritto a parlare é il cons. Levegghi e poi il cons. Holzmann... Successivamente...Desidera iscriversi a parlare?...Bene. Hanno chiesto di intervenire anche il cons. Benedetti ed il cons. Morandini. Sempre in merito all'art. 1.

Concedo ora la parola al cons. Levegghi, il quale non é presente in Aula.

Il suo intervento decade e quindi passiamo al prossimo oratore iscritto a parlare, il cons. Holzmann.

Prego consigliere, ne ha facoltà.

HOLZMANN: Grazie, signor Presidente. Signor Presidente della Giunta, non era mia intenzione intervenire, però dal momento che anche lei ha fatto esplicito riferimento nelle sue dichiarazioni all'euroregione, come altoatesino non potevo sottrarmi a questa occasione di dibattito e di confronto. Ritengo che parlare di euroregione nel momento in cui la situazione politica nazionale è profondamente e radicalmente mutata e soprattutto nel momento in cui si annunciano importanti cambiamenti istituzionali che modificheranno l'organizzazione dello Stato, anche attraverso la ridefinizione dei confini territoriali delle regioni, sia veramente intempestivo.

Non sappiamo se il futuro assetto nazionale prevederà tre macroregioni, oppure 12 regioni disegnate con criteri economici dalla fondazione Agnelli o seppure ci saranno altre soluzioni, certo è che questi cambiamenti già annunciati troveranno concreta realizzazione molto presto e quindi che senso ha parlare oggi, nella regione Trentino-Alto Adige, di una ipotetica euroregione non meglio definita.

Quali sono gli esempi, i riferimenti che ci possono fare immaginare una realtà nuova e diversa rispetto a quella con la quale siamo stati eletti, esistono esempi di euroregioni già in alcune zone d'Europa, al confine tra la Germania e l'Olanda, ma sono realtà prive di poteri per loro stessa scelta, l'euroregione non ha poteri e non ne vuole, ha solamente compiti di indirizzo e suggerisce ai governi confinanti alcune modifiche legislative che rendono più agevoli i rapporti transfrontalieri tra le popolazioni.

Cosa si intende qui per euroregione? Si intende una cosa profondamente diversa, si intende cioè una realtà geografica che dovrebbe comprendere, oltre al Tirolo del nord, il Trentino- Alto-Adige, ma che dovrebbe assommare le competenze delle province autonome a quelle della regione. Ecco che quindi questo disegno si discosta nettamente dalle esperienze di euroregione europee, che come ho già detto non hanno competenze specifiche, invece qui si ipotizza un euroregione con ampie competenze, quelle appunto delle province autonome e della regione.

Quali sono i pericoli di una siffatta impostazione? innanzitutto si determinerebbe un ulteriore allontanamento di quest'area geografica dal controllo nazionale, dall'appartenenza a una nazione e quindi questo dal nostro punto di vista non è assolutamente condivisibile e ci stupisce che partiti nazionali possano accettare per la logica imposta dai numeri e quindi per la necessità di occupazione delle cariche istituzionali di accettare il ricatto politico che impone di pensare a una realtà autonomistica profondamente e radicalmente diversa.

Qualche sera fa ho avuto occasione di confrontarmi in televisione con alcuni esponenti politici della Lega Nord, della SVP e anche del PATT, in particolare credo fosse l'attuale segretario politico Delvai, il quale sosteneva che l'euroregione aveva una sua legittimità, in quanto il Trentino aveva le sue radici culturali, i suoi legami con l'Austria. Sentire queste cose da un altoatesino è normalissimo e capibile, ma sentirlo da un trentino di lingua italiana, che non conosce una parola di tedesco e che conosce molto poco anche della storia austriaca, veramente fa rabbrivire, mi dispiace e poi l'esempio concreto che ha fatto in quella occasione è stato che al casinò di Seefeld ci sono moltissimi bolzanini di lingua italiana. Queste sarebbero le radici culturali che ci legano con l'Austria. Se domani faremo un casinò a Riva del Garda debbo intuire che i legami culturali con l'Austria si annulleranno, perché tutti i bolzanini andranno a giocare al casinò di Riva del Garda.

A parte la battuta, che mi sentivo di fare proprio sulla scorta delle sue dichiarazioni, ritengo che sia estremamente pericolosa anche per i trentini una euroregione, perché in questa entità la SVP assumerebbe un ruolo di leadership politica, determinato proprio dalla grande sintonia di intenti che la legano con i partiti di lingua tedesca d'oltre Brennero e dalla sintonia politica che li lega con alcuni partiti di lingua italiana anche del Trentino e quindi la minoranza di lingua italiana dell'Alto Adige e a

questo punto anche della provincia di Trento sarebbe minoranza dal punto di vista numerico, ma sarebbe ancora più minoranza dal punto di vista politico.

Non ci stupisce che alcuni esponenti politici, e mi ha fatto piacere l'intervento della capogruppo del PDS, Wanda Chiodi, che ha fatto un'analisi abbastanza condivisibile di questo problema e che ha sconfessato il suo collega di partito Viola, che ci ha abituati a certe fughe in avanti, addirittura ha proposto di nominare Magnago senatore a vita, d'altra parte sappiamo, è diventato assessore provinciale e naturalmente la sua impostazione politica in questa legislatura è radicalmente cambiata, tant'è che l'altro giorno in Consiglio provinciale ha avuto il coraggio di votare contro una nostra mozione, che riportava una sua mozione che presentò alcuni mesi prima nella scorsa legislatura.

Quindi siamo estremamente preoccupati e vorremmo che il Presidente della Giunta regionale ci tranquillizzasse, anche perché la compagine di questa Giunta regionale fornisce ulteriori motivi di preoccupazione, a nostro avviso, il fatto che il cons. Pahl sia stato nominato Vicepresidente della Giunta regionale dopo che per anni ha predicato che la regione deve essere distrutta, deve essere eliminata, addirittura ha teorizzato una annessione all'Austria a tempi brevi con l'adozione dello scellino come moneta, nonostante questo è stato nominato Vicepresidente della Giunta regionale.

Mi auguro che le preoccupazioni che qui molto sommariamente ho espresso, ma che sono preoccupazioni concrete e diffuse nella popolazione di lingua italiana di Bolzano, possano trovare adeguate risposte e chiarimenti da parte del Presidente della Giunta regionale.

PRÄSIDENT: Danke Herr Abgeordneter.

Der nächste Redner ist der Abg. Benedetti.

PRESIDENTE: Grazie, consigliere.

Il prossimo oratore iscritto a parlare é il cons. Benedetti.

BENEDETTI: Penso che una discussione su un bilancio di previsione debba essere fatta e paragonata a quelle che sono le volontà politiche, sicuramente poi la volontà politica si dovrebbe tramutare in fatti e quindi essere di lettura estremamente chiara su un bilancio di previsione, che dovrebbe essere realistico o vicino alla realtà che si intende progettare.

Da questo punto di vista e da queste prime battute sicuramente non ritengo ci siano grandi affinità tra quanto si esprime politicamente e si traduce in cifre. E' un bilancio che a mio avviso è da rivedere quasi totalmente, perché mi sembra vecchio e gonfiato di talune cifre, alludo ai 6 miliardi di imposte regionali che sono di competenza provinciale già dal 1989 per legge e che ancora non sono stati spostati o i 6 miliardi relativi a vincoli ed attività militari che sono ancora presenti nel bilancio regionale, sia pure di competenza provinciale, o addirittura quei 7 miliardi e 700 milioni che si riferiscono all'istituto degli uffici del giudice di pace, che non sono ancora stati

avviati e siamo ad aprile, quindi è difficile ipotizzare che si riuscirà entro fine d'anno a mettere insieme questi uffici o comunque spendere questi soldi.

Per quanto riguarda qualche osservazione sulle spese direi che per quanto riguarda soprattutto le spese di personale gradirei dei chiarimenti, innanzitutto sapere se si fanno delle previsioni basate su una pianta organica, su qualcosa di studiato o se si va avanti alla cieca su questi parametri. Capire se in concomitanza con lo svuotamento delle competenze progressive della regione corrisponde un abbassamento, dal mio punto di vista naturale, anche dei dipendenti e del costo del personale.

Forse si pensa di rivoluzionare tutto anche in questo termine, in quanto al cap. 670, interventi da provvedimenti legislativi nel settore dell'organizzazione del personale, troviamo 4 miliardi e 800 mila, realmente mi auguro sia una cifra ipotizzata per riuscire a fare un disegno organico del personale, ma non c'è cenno nelle note programmatiche, nè nelle schede, quindi non si sa a cosa ci si riferisce dettagliatamente e quindi anche lì la faccenda è abbastanza confusa.

Non c'è nemmeno un disegno nella descrizione delle spese di quegli 8 miliardi in più che nel '93 si dovrebbero spendere a favore della fusione dei comuni. Mi auguro che se sono stati messi in ballo 8 miliardi ci sia un progetto qualificante e quindi dia anche una giustificazione di questo.

C'è poi il capitolo dei fondi, il 2300, che assieme al 670 fa capire come si spendono 6 miliardi in altri interventi dovuti a oneri dipendenti da provvedimenti legislativi e non si riesca realmente a capire come la regione, svuotata di competenze amministrative, reali, possa in un bilancio mettere cifre di questo genere, senza poi essere supportate da progetti ben precisi.

Sempre nel cap. 2300 c'è 1 miliardo da spendere per nuovi provvedimenti legislativi di intervento nel settore della cooperazione, sappiamo che abbiamo già 2 miliardi e mezzo, abbiamo dei residui anche degli anni passati e quindi è incomprensibile che si vada a porre questi miliardi in attesa di leggi che verranno fatte.

Quindi abbiamo più volte asserito, se ne parla in ogni discussione che in questi ultimi anni si è legiferato troppo, a volte anche male, totalizzando delle cifre di bilancio si arriva a vedere che ci sono 40 miliardi nel bilancio regionale che l'utilizzo è subordinato a nuovi provvedimenti legislativi, direi che questa è un'altra forte contrarietà, non si può ipotizzare e continuare a dire che dobbiamo delegiferare e poi porre in bilancio 40 miliardi che si possono utilizzare solo con nuove leggi. Il risultato quale sarà di questi 40 miliardi? Sarà quello che i nostri solerti assessori dovranno prodigarsi entro la fine dell'anno ad inventare qualche leggina per riuscire a spendere quei soldi.

Per quanto riguarda i trasferimenti al Consiglio regionale si prevedono costantemente questi 30 miliardi di spesa per gli anni 94-95-96, devo quindi comprendere che non c'è alcuna volontà politica da parte della Giunta di ritoccare quell'esborso di 12 miliardi annui spesi in vitalizi, a fronte di 180 milioni di entrate, che a mio avviso è una cosa aberrante.

Analizzando queste cifre dico che una certa coerenza tra quanto di professa e si esterna con quanto poi si attua deve esserci, le buone intenzioni vanno

tradotte anche in pratica e sicuramente questo bilancio non è in sintonia con quanto si predica.

Qui si fa accenno alla rigidità dei bilanci delle istituzioni di tutti gli enti pubblici, non ho una grande esperienza di bilancio, ma ho redatto come assessore competente il bilancio del mio comune nel 1993 e lì decisamente si è sviliti nel redarre il bilancio, lì si sente quella oppressione di mamma provincia che non ti lascia decisamente spazio per qualificare un assessore, un sindaco, lì si è decisamente ristretti negli ambiti di scelta, ma questo penso non avvenga per quanto riguarda il bilancio regionale. Al contrario in regione, a mio avviso, si avrebbe la possibilità di dare una forte registrata a questi bilanci, è impensabile che a fronte di un continuo svuotamento di competenze non ci sia stato nel corso degli anni anche una riduzione dei costi fissi, siamo ancora all'80%, è una cosa pazzesca.

In questi bilanci si è continuato a produrre negli anni dei residui che a mio avviso sono folli, segno di inoperosità e degli avanzi di esercizio, ingiustificabili soprattutto verso l'esterno.

Ritengo che grandi parole si sono spese sull'autonomia, sull'euroregione, ma l'autonomia a mio avviso si difende anche con l'efficienza, con esempi di sana e oculata amministrazione, con bilanci di previsione della portata per il quale ci è stato sottoposto questo bilancio e a mio avviso è improponibile parlare di euroregione, semmai si dovrà giustificare, non so con quali articolazioni, i nostri comportamenti amministrativi, soprattutto verso le altre regioni italiane rispetto a quanto noi facciamo.

Nella relazione al bilancio si dice cambia tutto, è impossibile evitare di cambiare anche noi, questo si legge nelle dichiarazioni del Presidente Grandi. Posso anche darle atto che questo bilancio lei Presidente se lo sia trovato praticamente già fatto, ma sicuramente se devo giudicare dalle prime mosse da lei proposte, ad iniziare dalla composizione larga di questa Giunta al subappalto di studio per l'euroregione alla SVP, non è quel cambiamento da me auspicato e che vada in senso positivo.

Ritengo che questo sia un bilancio vecchia maniera, un bilancio da tempi di vacche grasse, che affermiamo da diversi mesi ormai siano terminati, ma che qui non si registrano. Una 'change' la voglio lasciare, starà a lei dimostrare nel proseguo un cambiamento di tendenze, che dovrà andare con un primo e unico fine che sarà solo ed esclusivamente quello di difendere questa regione.

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)
(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini, ne ha facoltà.

MORANDINI: Grazie Presidente, per dire in termini piuttosto sintetici che a noi questo non pare un bilancio poco significativo, che sminuisce il ruolo della regione, ma tutt'altro, lo vediamo carico di un significato politico, che fa soprattutto attenzione ad alcuni degli snodi più importanti su cui la regione deve oggi dare le risposte e in questi termini già altri colleghi si sono soffermati.

Sento il dovere di rispondere, chiamato in causa anche da alcuni colleghi, fornendo alcune precisazioni che sono doverose, perché o ci confrontiamo seriamente sulle cose, oppure ognuno esprime le proprie ideologie e poi siamo d'accapo.

Avrei gradito che il collega Alessandrini, quando ha criticato le leggi in materia previdenziale, avesse anche motivato le ragioni di questa critica, ma così non è apparso e mi riferisco anche all'intervento di poco fa della collega Chiodi. Qualche settimana fa il TG3, che sicuramente non è rete televisiva che si riconosce nell'impostazione di chi parla, ma piuttosto in quella della collega Chiodi, ha espresso un riconoscimento estremamente significativo a livello nazionale sulle leggi a cui ha fatto riferimento la collega Chiodi e che ha particolarmente criticato.

Diciamo che nei fatti queste leggi, la cui attuazione si è avviata da qualche mese e non di più, stanno ricevendo un riconoscimento unanime da parte di tutte le regioni italiane, alcune delle quali stanno addirittura legiferando in questa direzione; le ragioni per cui queste leggi sono state presentate sono sotto gli occhi di tutti e non sono quelle che prima la collega Chiodi ha detto, quindi non sono ragioni né elettorali, né ideologiche, su queste ragioni gran parte dell'Europa si sta muovendo da tempo, il resto dell'Europa comincia ad incamminarsi in questa direzione, quindi questi sono i fatti che abbiamo davanti, abbiamo alcune risoluzioni del Parlamento europeo che vanno in questa direzione, la competenza se fosse stata assistenza sarebbe stata tale da consentire al Governo di rinviare queste leggi, cosa che invece non è avvenuta, ha riconosciuto la competenza previdenziale; il non utilizzo dei fondi relativi totale qui bisogna che la evidenziamo questa contraddizione, quando le leggi erano in itinere si diceva che avrebbero prosciugato le finanze regionali, oggi che invece c'è un avanzo su alcune di queste si dice che sono fallite, mi pare un po' contraddittoria l'affermazione. Vero è invece che queste leggi che sono in fase ancora di prima applicazione dovranno pure andare a regime, poi si vedrà e si farà una verifica e naturalmente ben vengano rivisitazioni per migliorarle, nel senso di renderle ancora più rispondenti a queste finalità, visto che in questi termini si è espresso gran parte del Consiglio regionale.

Quanto alle osservazioni della collega Zendron sulla legge sulle casalinghe, mi preme replicare che se questa legge fosse stata fatta per chi non ne ha reale bisogno evidentemente saremmo ancora a discutere, lei ricorda le famose discussioni, collega, sul fatto che trattasi di materia previdenziale, quindi non può togliere la possibilità, graduata secondo i criteri che lei sa, a chiunque di scriverci, sempre secondo i criteri che avevamo evidenziato. Le domande è vero che sono poche, o vuol dire che pochi sono i soggetti che hanno bisogno di una copertura previdenziale perché hanno già pensato in questi anni, mi riferisco a soggetti che arrivano un po' avanti con l'età, perché è chiaro che una persona di 18 anni oggi non fa domanda su queste leggi, ma la farà più avanti, quindi le persone che sono avanti con l'età hanno già pensato a coprirsi previdenzialmente e probabilmente sarà questo quindi, man mano che la legge andrà a regime e verrà applicata nel corso degli anni dovrebbero aumentare le domande, ma comunque prendiamo atto anche di questo; invece vorrei evidenziare che non è vero che questa legge favorisce una persona di 18 anni piuttosto che un'altra che è

rimasta fuori dal mondo del lavoro, quando invece dà la possibilità dai 18 anni fino ai 61 di iscriversi a chiunque sia rimasta fuori dal mondo del lavoro.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Peterlini, ne ha facoltà.

PETERLINI: Frau Kollegin Chiodi, Sie werden sich wundern. Auch ich werde zum Familienpaket Stellung nehmen, so wie der Kollege Morandini zurecht sich das Recht als Abgeordneter herausgenommen hat, hier Stellung zu nehmen, so möchte auch ich Ihnen sagen, daß es nicht allein damit getan ist, Ihre Aussagen unwidersprochen im Raum stehen zu lassen. Sie haben in der Diskussion über das Familienpaket im Regionalrat bereits in der vergangenen Legislaturperiode Ihr Mißbehagen zum Ausdruck gebracht und wir haben es zur Kenntnis genommen, aber die Mehrheit war trotzdem der Meinung, daß es richtig und notwendig war, einen ersten Schritt in Richtung einer verbesserten Familienpolitik zu setzen und das ist auch getan worden. Die Maßnahmen, die gesetzt worden sind, sind mit großer Genugtuung von... Was ist los? ...Die Maßnahmen sind also von der Bevölkerung sehr wohl aufgenommen worden und sind von allen Sozialverbänden, dem KVW allen voran, sogar als weiterausbaufähig bezeichnet worden, aber auch der Familienverband Südtirols hat uns zu Beginn der Legislaturperiode seine Vorstellungen und Wünsche, die im großen und ganzen auch dann in das Koalitionspapier Eingang gefunden haben, mit auf dem Weg gegeben. es ist der Wunsch geäußert worden, den Weg des Familienpaketes zu einer umfassenderen Familienarbeit und umfassenderen Familienpolitik, in der die Frau in ihrer Rolle als Mutter genauso wie in ihrer Rolle als arbeitende Mitwirkende an der Gesellschaft anerkannt wird, weiterzuschreiten. Deswegen hat das Koalitionsprogramm diesbezüglich einen Schwerpunkt gesetzt und möchte diese Maßnahmen weiter ausbauen. Vor allem Anklang gefunden hat das Geburtengeld, das jenen Hausfrauen gewährt wird, die sonst keine Versicherung haben und das von allen in Anspruch genommen wird, soweit die Information reicht. Und wenn die Information nicht reicht, dann müssen wir natürlicherweise die Informationskanäle verbessern. Ebenso ist gewünscht, daß das Geld für die Erziehung der Kinder, das sogenannte Betreuungsgeld, weiter ausgebaut wird. Wir gewähren es zur Zeit bis das Kind ein Jahr alt ist . Es wird gewünscht, daß man darüber hinausgeht. Wir werden sehen, wie die finanziellen Möglichkeiten diesbezüglich vorhanden sind und ich stelle mir darüber hinaus vor, daß wir im Bereich des Rentenwesens verstärkt den Artikel 6 des Autonomiestatutes umsetzen werden. Ich habe es in der Regierungsdebatte bereits gesagt und möchte nicht alles wiederholen, daß allen arbeitenden Menschen die Möglichkeit gegeben werden soll, durch ein integriertes Pensionssystem eine zufriedenstellende Altersvorsorge zu genießen. Wenn die Hausfrauenrente nicht diesen Anklang gefunden hat, wie Sie zurecht vermerkt haben, dann liegt es nicht daran, daß sie nicht attraktiv genug ist. Sie wissen es genau, die Bürgerinnen zahlen 1,7 Millionen Lire ein, jetzt können sie sogar diesen Betrag in zwei Raten zahlen, und bekommen im Jahr fast 8 Millionen Lire. Also es ist ein rund 20prozentiger Eigenbeitrag dabei, alles andere zahlt der Regionalhaushalt, sodaß also die Maßnahme sehr attraktiv ist. Ich bin aber mit dem

Kollegen Morandini einer Meinung, daß man hier verstärkte Informationen setzen muß. Es ist, so daß einige Punkte noch unklar waren und daß es deswegen eine bessere Ausgestaltung dieser Gesetzesnorm braucht, weil man natürlicherweise langfristige Zahlungen nur eingeht, wenn das alles sehr klar ist und wenn man alles genau weiß. Wenn wir für 15 Jahren einen Versicherungsbeitrag einzahlen, dann möchten wir natürlicherweise die Gewißheit haben, die Rente in Anspruch nehmen zu können, und möchte auch wissen, welche seine Auswirkungen sind. Da scheinen mir noch einige Unklarheiten bei der Bevölkerung vorhanden zu sein. Soweit zum Familienpaket.

Ein Wort wollte ich noch an den Vizepräsidenten und an den Präsidenten des Ausschusses richten. Der Präsident und vor allem der Vizepräsident haben nicht nur in der Regierungserklärung sondern auch in der Erklärung zum Haushalt erneut das Thema Europaregion Tirol angesprochen. Ich danke ihnen dafür. Ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir in diesem Rahmen mit dem Trentino darüber diskutieren, wie unser zukünftiges Schicksal ausschauen soll. Ich habe in dieser Debatte hier im Regionalrat viel gelernt. Die Stellungnahmen der Südtiroler waren vielleicht für uns nicht so unbekannt, wohl aber aus den Reden der Trentiner Vertreter konnte man spüren, wie man an einer Zukunftsdiskussion interessiert ist. Wie sehr man wünscht, daß diese Zukunftsdiskussion nicht allein unter der Mehrheit bleibt und ich möchte ihnen in diesem Punkt Recht geben und ihnen sagen: Natürlich müssen wir alle gemeinsam, sei es Mehrheit als Opposition, über die Zukunft unserer Länder und einer eventuellen Europaregion diskutieren und freue mich über die Bereitschaft darüber. Ich möchte aber nicht, daß die Europaregion sozusagen der Zankapfel zwischen Mehrheit und Opposition wird. Die Mehrheit, die in diese Richtung marschieren wird, und die Opposition die es ablehnen wird, nur weil es von der Mehrheit kommt, sei es an den Kollegen Benedikter diesen Vermerk als auch an die Kollegen der Lega und andere, die sich etwas skeptisch geäußert haben, weil wir natürlicherweise zuerst einmal darüber diskutieren wollen, wie und in welcher Form wir unsere Zukunft gestalten wollen. Wenn wir der Meinung sind, ohne Vorbehalte, daß die Zukunft unserer Länder darin besteht, eine Randregion Italiens zu bleiben oder eine Randregion des Nord-Est zu werden, dann braucht es keiner großen Diskussionen mehr, dann müßte man höchstens schauen, wie schnell man diese drei Regionen zusammengießt. Ich erinnere uns daran, daß es schon einmal einen sogenannten Triveneto gegeben hat, der uns geschichtlich aufgezwungen worden ist und kein großer Erfolg war, weil es einfach an den kulturellen und geschichtlichen Gemeinsamkeiten gefehlt hat. Wenn man hingegen der Meinung ist, daß man gemeinsam eine Diskussion über eine zukünftige Rolle in Europa führen will, die eine moderne europäische Region auch in grenzüberschreitender Form im Auge behält, dann glaube ich, ist die Bereitschaft von der Mehrheit auf jeden Fall gegeben, diese Diskussion gemeinsam zu führen. Ohne Änderung der Grenzen das Thema ist eine Frage der Durchführung, das Sie aufgeworfen, Kollege Benedikter - Änderung der Grenzen. Man muß zunächst einmal wissen, was man will. Und wenn die Zukunft darin liegt, daß man sagt: Wir möchten eine Europäische Region, die grenzübergreifend gestaltet wird, dann kann am Ende einer solchen Diskussion eine Volksabstimmung in allen Landesteilen durchgeführt werden. Dies ist glaube ich in

allen Papieren und Stellungnahmen gesagt worden, auch vom Kollegen Pahl. Aber die Diskussion muß darüber geführt werden. Ich würde sagen, daß es vielleicht angebracht wäre, zusätzlich zu den Bemühungen des Ausschusses - und damit wollte ich abschließen - eine ad hoc Kommission oder ein Diskussionsforum einzurichten, um dieses Thema zu vertiefen und um auch gerade den Trentinern Gelegenheit zu geben, ihre Meinungen und Vorschläge zu dem Thema in demokratischer Weise mit einzubringen. Wenn es gewünscht wird, können wir darüber im Fraktionsführerkollegium aber auch im Rahmen des Regionalrates selbst vielleicht reden.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

(Collega Chiodi, Lei si meravigliará del fatto che anch'io interverró in merito al Pacchetto Famiglia, cosí come il collega Morandini si é giustamente sentito autorizzato, quale consigliere, ad esprimere la propria posizione in merito. Anch'io desidero dirLe che non basta non opporsi alle sue affermazioni. Nel corso della scorsa legislatura Lei ha già avuto modo di esprimere nel dibattito sul Pacchetto Famiglia il suo disagio, e ne abbiamo preso atto; ma la maggioranza é stata tuttavia dell'avviso che fosse necessario e corretto porre un primo passo nella direzione di una migliore politica a favore della famiglia, e questo é quanto successo. E gli interventi che sono stati posti in essere, sono stati con grande soddisfazione... Che succede? ...Gli interventi realizzati, al contrario di alcune affermazioni fatte, hanno incontrato il favore della popolazione e sono stati definiti dalle associazioni che operano nel settore sociale, prima tra tutte dall'ACLI di lingua tedesca, come passibili di miglioramenti ed ampliamenti; anche l'associazione delle famiglie sudtirolesi all'inizio della legislatura ci ha fatto manifestato le proprie aspettative ed i propri desideri che nella maggioranza dei casi hanno anche trovato una rispondenza nell'accordo di coalizione in cui e' stata espressa la volontà di proseguire la via intrapresa con il Pacchetto Famiglia, ovvero verso una politica per la famiglia piú globale, in cui la donna venga riconosciuta nel suo ruolo di madre e di forza attiva della società. Per questo nell'accordo di coalizione é stato posto come punto qualificante l'ampliamento delle misure concernenti la politica a favore della famiglia. Ha trovato soprattutto buona accoglienza l'assegno di natalità, concesso a quelle casalinghe che non godono di alcuna copertura assicurativa e che verrà richiesto sinché le informazioni sono sufficienti. E se le informazioni non saranno sufficienti, allora dovremo migliorare i canali d'informazione. E' stato anche auspicato che l'assegno di cura venga ulteriormente aumentato. Attualmente tale assegno viene concesso sino al compimento del primo anno di vita del bambino. Da numerose parti é stato auspicato che si vada oltre questo limite, ovviamente dovremo verificare le possibilità finanziarie esistenti e posso immaginare che nel settore pensionistico dovremmo maggiormente dare applicazione all'art. 6. dello Statuto di autonomia. Nella discussione sulle dichiarazioni programmatiche del Presidente della Giunta regionale ho già avuto modo di esprimere la mia posizione e non desidero ripetere ulteriormente quanto già affermato, ovvero della necessità di concedere alle persone che lavorano la possibilità di giungere ad un sistema pensionistico integrato. Se la pensione alle

casalinghe non ha trovato una grande rispondenza, come Lei stessa ha giustamente osservato, ciò non dipende dal fatto che non era una misura previdenziale sufficientemente interessante. Come Lei saprà, le casalinghe versano annualmente 1,7 milioni di lire, avendo la possibilità di effettuare il pagamento in due rate, ed hanno diritto ad una rendita di 8 milioni di lire annui. Per cui si tratta di un versamento contributivo che corrisponde al 20 per cento della somma erogata, mentre il residuo 80 per cento viene coperto con gli stanziamenti di bilancio della Regione. Per cui sono dell'avviso che tale intervento sia sufficientemente valido, ma riconosco anche, come ha affermato il collega Morandini, che sia necessario porre in atto una maggiore informazione. Alcuni punti della legge erano poco chiari e per questo ritengo sia necessaria una rivisitazione della norma legislativa; dovendo i contribuenti effettuare dei versamenti a lunga scadenza, chiaramente è preferibile che la norma sia chiara e che si abbiano sin dall'inizio tutte le informazioni possibili. Se dobbiamo effettuare dei versamenti previdenziali per 15 anni, ovviamente si dovrà avere la certezza che gli effetti di tali versamenti siano certi e in tal senso mi pare vi siano ancora delle alcune, delle incertezze presso la popolazione.

Questo per quanto atteneva il Pacchetto Famiglia.

Desideravo inoltre svolgere alcune considerazioni rivolgendomi in modo particolare al Presidente ed al Vicepresidente della Giunta regionale. Ambedue hanno toccato ripetutamente l'argomento "Regione Europea del Tirolo", più specificamente nelle dichiarazioni programmatiche e nella relazione al bilancio, e li ringrazio di ciò. Ritengo sia importante discutere con il Trentino su quale sarà il nostro destino futuro. Nel corso di questa discussione in Consiglio regionale ho imparato molte cose. Le affermazioni dei rappresentanti sudtirolesi non ci erano forse sconosciute, ma quelle dei rappresentanti trentini ci hanno permesso di percepire quale sia l'interesse per questa discussione sul nostro futuro, quanto sia sentita la necessità che questa discussione non sia sviluppata solamente all'interno della maggioranza, e in tale frangente desidero darLe ragione consigliere e dirLe che ovviamente dobbiamo discutere congiuntamente, ossia maggioranza e minoranza, sul futuro delle nostre province e di un'eventuale Regione europea del Tirolo e mi rallegro della disponibilità mostrata. Non desidero però che la Regione Europea del Tirolo diventi il pomo della discordia tra maggioranza ed opposizione. La maggioranza che proseguirà su questa strada, e l'opposizione che rifiuterà tale modello, solamente perché viene proposto dalla maggioranza. E tale osservazione critica è diretta sia al collega Benedikter che ai colleghi della Lega ed altri, che si sono espressi scetticamente, poiché a mio avviso dapprima dobbiamo discutere su quale forma dare al nostro futuro. Se siamo dell'avviso, senza riserve, che il futuro delle nostre province debba essere quello di regione marginale dell'Italia, o di una regione marginale del Nord-Est, allora non sono necessarie grandi discussioni, al massimo ci si dovrebbe attivare per fondere queste tre regioni. Ricordo che in passato c'è già stato il Triveneto che ci è stato imposto e non è stato un successo, poiché non vi erano affinità culturali e storiche. Se invece si è dell'avviso che si debba sviluppare una discussione comune sul futuro ruolo in Europa in cui una regione moderna europea anche transfrontaliera sia in primo piano, allora

ritengo che vi sia la disponibilità della maggioranza di condurre insieme questa discussione. Senza modificare i confini, collega Benedikter, poiché l'argomento concerne una questione di attuabilità. Dapprima si deve sapere ciò che si vuole. E se il futuro sarà quello di una regione Europea che abbia un'assetto transnazionale, allora alla fine di una simile discussione, si potrà indire un referendum in tutte le parti del vecchio Tirolo Storico, cosa di cui ha parlato anche il collega Pahl. Ritengo quindi che sarebbe opportuno se, in aggiunta agli sforzi della Giunta regionale, si potesse insediare una commissione ad hoc per approfondire questo argomento e per dare anche ai Trentini la possibilità di inglobare le loro proposte ed idee su questo argomento in modo democratico, ovviamente sempre che ve ne sia la necessità, e ne potremmo discutere alla conferenza dei capigruppo o in Aula.

Grazie, signor Presidente!)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Leitner, ne ha facoltà.

LEITNER: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr kurz. Ich habe schon gestern gesprochen und möchte mich nicht wiederholen. Ich komme nur noch einmal zurück auf die Europäische Region Tirol, weil man hier meiner Meinung nach, eine Begriffsverwirrung weiterhin betreibt wird und ich rege an, daß man sich hier einmal vielleicht im Rahmen der Fraktionssprecher zusammensetzt, damit zumindest eine kleine gemeinsame Basis gesucht wird, wie man hier diskutieren soll, weil die Ziele der verschiedenen politischen Gruppierungen sicherlich äußerst unterschiedlich sind. Ich habe festgestellt, daß wird in diesen zwei Tagen nicht anderes als leeres Stroh gedroschen und eigentlich keinen Weg gefunden haben, in welche Richtung wir gehen sollen. Wenn der Regionalrat nicht ein reiner Debattierklub bleiben will, dann muß man sich was einfallen lassen und sich wirklichen einen Ruck geben. Für uns ist die Sache ganz klar. Wir haben es immer gesagt und ich wiederhole ein weiteres Mal: Diese Region wie sie heute ist, hat keine Zukunft. Man muß die Bevölkerung in den ganzen Entscheidungsprozeß miteinbauen, sonst favolieren wir hier etwas den Leuten vor, machen sehr schöne theoretische Gebilde und konkret wird gar nichts daraus. Am 12. Juni haben wir Europawahlen. Also Wahlen zur Erneuerung des Europäischen Parlamentes und gerade in diesem Rahmen erwarten sich die Leute, vor allem die Südtiroler aber sicherlich auch viele Trentiner, eine Neuausrichtung dieser Autonomien. Wenn man die Europäische Region - das habe ich gestern schon gesagt - nicht an den wenigen Leuten in die Hand geben will, nämlich der EG-Kommission, dann muß man Wege finden und auch Dinge institutionalisieren wie auch die Europäische Region. Für mich hat eine Europäische Region keinen Sinn, wenn sie keine Institution wird, wenn sie kein Subjekt des Völkerrechtes. Weil grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die ist heute auch schon möglich und wenn man Seefeld zum Spielen fahren will oder anderswo hin zum Baden, diese Probleme haben wir nicht. Hier geht es schon um viel mehr. Und hier geht es auch für viele Menschen, daß ein historisch gewachsenes Unrecht wiedergutmacht wird und ich habe gestern auch gesagt - und das betone ich noch einmal: Es soll nicht anders Unrecht dadurch

entstehen. Das ist auch klar, aber wir leben Gott sei Dank in demokratischen Ländern, und werden doch so reif sein und auch so viel Vertrauen in die bestehenden Institutionen haben, daß wir imstande sind, neue zu schaffen, daß wir alte überwinden. Hier braucht es einen Ruck, denn wir uns alle geben müssen, aber die Ziele bitte klar formulieren. Wir von unserer Seite sagen es ganz klar, und ich wiederhole es noch einmal: "Ceterum censeo hanc regionem esse delendam, utinam alteram construere possimus". Danke.

(Egregio Presidente, stimati colleghi!

Saró molto breve. Già ieri sono intervenuto nella discussione e non desidero ripetere quindi quanto affermato. Vorrei però ritornare ancora una volta sul concetto di Regione Europea del Tirolo, poiché a mio avviso vi é una certa confusione di idee e sollecito quindi i presenti a cercare, forse nell'ambito della conferenza dei capigruppo, una base comune su cui sviluppare la discussione, poiché gli obiettivi dei diversi gruppi politici sono sicuramente differenti. Ho avuto modo di constatare che nel corso di questi due giorni non abbiamo fatto altro che pestare l'acqua nel mortaio, e che non é stata individuata alcuna soluzione che indicasse quale via intraprendere. Se il Consiglio regionale non vuole rimanere un puro salotto di discussione, allora si dovrà pensare a qualcosa di nuovo ed attivarsi. Per noi la questione é molto chiara. Abbiamo sempre affermato, e lo ripeto ulteriormente, che la Regione nella sua veste attuale non ha alcun futuro. A mio avviso é necessario coinvolgere la popolazione nei processi decisionali, altrimenti la buggeriamo, teorizzando degli assetti molto interessanti e concretizzando però molto poco di tutto ciò. Il 12 giugno si terranno le elezioni per il rinnovo del Parlamento europeo, e proprio in tale occasione la popolazione, soprattutto i sudtirolesi ma anche molti trentini, si attende una nuova impostazione di queste autonomie. Se non si desidera affidare questa Regione Europea a una ristretta cerchia di persone, ovvero alla Commissione della Comunità Europea, allora si dovranno trovare altre soluzioni ed anche istituzionalizzare alcune strutture, come ad es. la Regione Europea. A mio avviso una Regione Europea del Tirolo non ha alcun senso se non assurge ad istituzione, a soggetto del diritto internazionale, poiché la collaborazione transfrontaliera é già possibile, e se si vuole recarsi a Seefeld al casinó o in un'altra località a fare il bagno, non vi sono problemi di alcuna sorta. Nel nostro caso si tratta di qualcosa di piú importante, si tratta di porre rimedio ai torti imposti dalla storia, e già ieri ho affermato che su tali torti non debbono nascere altre ingiustizie. E' anche evidente che, vivendo in Paesi democratici, abbiamo la maturità e la fiducia nelle istituzioni necessarie per essere in grado di creare delle nuove istituzioni, superando le vecchie. Ed in tale direzione abbiamo bisogno di attivarci, soprattutto definendo chiaramente gli obiettivi da perseguire. Per quel che ci riguarda possiamo dire che "Ceterum censeo hanc regionem esse delendam, utinam alteram construere possimus". Grazie!)

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Das war sehr kurz und klar. Ich habe momentan keine weiteren Wortmeldungen mehr und dann könnten wir vorbehaltlich einer Replik, wenn der Ausschußpräsident reden möchte.

...Abg. Magnabosco?

Bitte Abg. Magnabosco.

PRESIDENTE: L'intervento é stato molto chiaro e breve. Non vi sono altri oratori iscritti a parlare, per cui con la riserva di una replica, potrei concedere ora la parola la Presidente della Giunta.

...Cons. Magnabosco, desidera intervenire?

Prego, ne ha facoltà.

MAGNABOSCO: Da un esame anche superficiale di questo bilancio risulta evidente che la regione, del resto è quasi scontato date le scarse competenze, spende il denaro in gran parte vicino all'80% per spese correnti.

Credo che quando sarà attuato il programma che è stato esposto dal Presidente della Giunta regionale, le spese correnti rappresenteranno il 100% del bilancio, quindi fra qualche anno arriveremo a questo.

Ora credo che sia un esempio unico e spero, ma non d'Italia nel mondo, di un ente con tutta un'impalcatura che spende tutto per l'impalcatura, perché non c'è niente da amministrare.

Credo che anche quando si parla di questa regione, che comprende tutto il Tirolo e anche il Trentino ecc., Euregio e così via, lo si faccia anche perché si capisce che questa regione, così come con vari provvedimenti degli anni passati e adesso siamo alla conclusione, svuotata completamente non ha più senso.

In un mio precedente intervento avevo detto che era facile prevedere che in questa situazione nella riforma, probabilmente nel rispetto delle minoranze non si potrà facilmente concepire una grande regione di tutto il Veneto o addirittura del Lombardo-Veneto, senza tener conto che vi è una minoranza nella provincia di Bolzano di lingua tedesca. Per cui era da pensare che ci sarebbero state delle proposte perché il Trentino si aggregasse ad una macroregione, lasciando la piccola regione del Sudtirolo-Alto Adige.

Mi pare che ormai quello che dissi all'inizio della legislatura sia evidente per molti, che non è più il pensiero pellegrino di qualcuno, è nella logica delle cose al punto che se ne parla tranquillamente anche a livello di esponenti di spicco dei partiti nazionali. Quindi ricorrere agganciandosi a Maastricht, a una prospettiva di una specie di Europa delle regioni, vorrei che qualcuno mi indicasse nel trattato dove trova questo affascinante progetto, mi sono letto alcune volte, anche perché ho dovuto tenere qualche conferenza sul trattato, francamente sono sbalordito nel vedere continuamente affermare come un qualche cosa di serio, qui si ipotizza una strana regione che supera i confini, che sconvolge tutto, una specie di stato indipendente, insomma trovo che siano tutte stranezze.

Di fatto e di preciso c'è una cosa, che questa regione sta per essere completamente smantellata, questo è vero e capisco il cercare di rifugiarsi in qualche cosa, anche nel segno. Ripeto, ci avviamo verso un futuro bilancio in cui tutte le entrate serviranno per le spese correnti, perché non c'è niente altro. La cosa è grave e temo che si ripercuoterà gravemente sui cittadini del Trentino, perché sarà difficile che si possa mantenere una soluzione di intervento dello Stato in modo particolare - e mi riferisco ad un intervento economico - quando non c'è più una specifica ragione, quella ragione resterà per il solo Alto Adige.

Sono un po' più di metà trentino, sotto certi aspetti, mio padre veneto, mia madre di Trento, sono nato nel Trentino, poi mi sono spostato in Alto Adige, quindi ho più radici e vicinanza con il Trentino, e posso dire questo, che mi dispiace che le scelte politiche della DC, adesso PP, abbiano portato, il PATT ha avuto un grosso successo, ma ormai era già fatto tutto, non c'è quasi niente da togliere a questa regione, il PATT conclude assieme alla DC con la benedizione ovvia della SVP, la quale penso che possa in questo modo ottenere quello che forse anelava, cioè una piccola regione del solo Alto Adige ed i trentini che vadano a quel paese. Un po' mi dispiace per le radici che ho qui, per quello che conosco di qui, ma mi pare non vi sia scampo.

Per qualche anno ci sarà il sogno dell'Euregio, poi però ci si sveglia e vi accorgete che era un sogno.

PRÄSIDENT: Danke.

Der nächste Redner ist der Abg. Willeit.

Bitte schön Herr Abgeordneter.

PRESIDENTE: Grazie:

Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons. Willeit.

Prego, ne ha facoltà.

WILLEIT: Signor Presidente, egregi colleghi, visto che altri hanno parlato non tanto dell'art. 1, ma più dell'introduzione delle dichiarazioni generali, desidero anch'io cogliere l'occasione per manifestare due, tre pensieri e per cercare di corresponsabilizzare qualcuno di voi anche sui problemi che stanno particolarmente a cuore al sottoscritto.

Leggendo le seconde dichiarazioni programmatiche del Presidente Grandi, ben integrate e illustrate dal cons. Pahl, ho visto che il primo ha ribadito i concetti delle prime dichiarazioni della regione europea del Tirolo, il secondo ne ha già tracciato l'iter formativo.

Il Presidente Grandi però ha affermato che il problema delle minoranze è compito originario dell'autonomia ed in questo gli dò ragione, è indubbiamente compito originario, perché le autonomie scaturiscono dalle minoranze e dalla necessità della loro tutela. Ha affermato che è compito primario delle province e della regione tutelare le minoranze, però dopo passando al che cosa fare parla soltanto di una funzione integrativa se ed in quanto le province sono d'accordo, una funzione integrativa della

regione di studio, di consultazione, di qualche normazione e, guarda caso, nel bilancio non troviamo nulla in questa direzione, bensì troviamo previsioni, impegni riguardanti l'integrazione europea, l'accordino, le camere di commercio quale ponte per la formazione della regione europea.

Ora mi chiedo una cosa: cosa sta alla base di questa regione? Non voglio credere che sia quello che ha detto il collega Palermo, cioè soltanto gli interessi di qualche società economica, soltanto quelli! Voglio ben sperare che dietro la regione del Tirolo e di tutte le altre regioni italiane stia la comunione degli interessi comuni, storici, culturali, ambientali, economici, voglio sperare, perché diversamente sarebbe una costruzione comunque sbagliata.

Allora signor Presidente e cari colleghi non ritenete che le minoranze etniche o una minoranza non abbia anche interessi comuni, gli stessi, molto più originali, molto più naturali, molto più prioritari e che non sia compito di questa regione badare prima a quelli.

Orbene, non ripeto quello che ho detto l'ultima volta in occasione delle prime dichiarazioni programmatiche, però volevo comunicarvi che da quanto ho potuto seguire tutti questi progetti della ristrutturazione dello Stato, delle regioni e della unione europea, non ho visto nei progetti dell'Euregio, nè nella fondazione Agnelli, nè nel progetto della Lega, l'interesse primario della minoranza ladina tutelato, non ho visto l'unità territoriale amministrativa dei ladini. Non lo so se dipende solo dalla deficienza di disegnare le carte o se dipende da concetti politici e giuridici di Stato, in nessuno di questi progetti ho visto una indicazione chiara in questa direzione, senza che necessiti dire quale sarà poi la procedura, ma una indicazione chiara che l'interesse primario della minoranza ladina è quello di essere riunita territorialmente ed amministrativamente con tutte le conseguenze.

Non trovando nel documento che sta alla base di questo bilancio alcuna indicazione in questo senso, non posso associarmi a coloro che lo approvano, anche se lo accetterò con beneficio di inventario che si possa in seguito varare leggi o normative che permetteranno di impiegare i fondi nella giusta direzione.

PRÄSIDENT: Danke Abg. Willeit.

Das Wort hat jetzt der Abg. Divina.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Willeit.

La parola ora al cons. Divina.

DIVINA: Grazie, Presidente. Riaffermo anch'io l'affermazione fatta dal collega Willeit che più che una osservazione e un'attenta disamina di un bilancio si stanno facendo più dichiarazioni programmatiche, affermazioni generali sull'impostazione e sull'assetto istituzionale che andrà a prendere la regione, più che non una analisi dettagliata e magari critica al bilancio dell'ente regione.

Pertanto mi soffermerò su qualche dato, che ravvisa poi elementi in direzione ai quali questa Giunta dovrebbe tener fede alle osservazioni fatte in aula.

Abbiamo un bilancio che sotto l'aspetto tecnico torna, in quanto esclusivamente le entrate pareggiano le uscite, ma con artifici che si chiamano tecnica di bilancio, che conosciamo tutti. Un dato che non può sfuggire è il fatto che per compensare entrate e uscite si vada ad utilizzare un avanzo di esercizio dell'anno precedente, è un avanzo di esercizio che supera i 66 miliardi.

Questo bilancio non porta i dati relativi al bilancio del '93, in quanto è un bilancio di previsione per gli anni '94-'96. Ricordo che l'esercizio '93 si è concluso con il complesso delle entrate nell'ordine dei 306 miliardi, 66 miliardi è un ordine di grandezza, è un mare di soldi che incide, è più di un sesto di bilancio che i vostri predecessori non sono riusciti ad impiegare utilmente. Il mio collega Boldrini aveva fatto un calcolo di impegno fisico, al quale ho sottoposto un assessore regionale. Abbiamo fatto una grossa critica al fatto che una così pochezza di competenze sia gestita da una pletera di assessori, la quale voi sommariamente state ricalcando l'indirizzo e l'impianto precedente.

Il dato significativo e dello scarso impegno al quale è tenuta la Giunta provinciale, è dato dai disavanzi, cioè da quanto non si riesce nemmeno a fare nella pochezza degli impegni che la vostra Giunta, come la precedente, è stata chiamata ad esercitare. Dati che emergono anche a profani di bilancio si possono verificare con una certa facilità.

Il collega Boldrini parlava dell'irrazionalità in questo momento storico, nel quale si parla di far funzionare al meglio le istituzioni, dello sbarazzarsi di tutto ciò che non è indispensabile che fosse gestito dalle partecipazioni e si criticava i continui impegni che voi dovrete protrarre, impegni di sottoscrizioni di nuovi finanziamenti a società azionarie della quale la regione è socia, compartecipe. Se andiamo a vedere l'utilità che ne deriva da queste partecipazioni finanziarie provinciali, vedo che come dividendi di società con partecipazione regionale, in termini di competenza '94 non c'è nemmeno una lira, c'è un 'p.m.' che se non vado errato vuol dire per memoria.

Chiedo quale interesse abbia la collettività trentina e fare grossi investimenti, adesso non so le cifre a memoria, ma le nuove sottoscrizioni di capitali in autostrada, mediocredito, Interporto, quando in termini di utilità ne deriva zero, partecipazione agli utili zero, per memoria. Questo è un dato che a noi preoccupa non poco.

Passo solo a grandi linee a toccare i dati più evidenti. Il fatto che troviamo come assegnazioni da parte dello Stato per il funzionamento dei giudici di pace la cifra relativa di oltre 7 miliardi e 700 milioni, soldi dei quali però, pur essendo come poste di bilancio, non avremmo la disponibilità, in quanto questa regione non è riuscita a darsi una legislazione, non siamo riusciti a far funzionare il nuovo istituto dei giudici di pace, per cui sappiamo che abbiamo posti di bilancio, ma avremo soldi indisponibili a questo punto.

Parto da una piccolezza, perché proprio nelle piccolezze magari si rileva l'attenzione che un soggetto dedica alle proprie finanze e proprio perché è una piccolezza vorrei esaltarne il valore: i proventi derivanti dalla vendita di oggetti fuori uso. Conosciamo come gli enti pubblici abbiano abitudini di continuare ad assegnare

attrezzature di vario tipo, perché deve far funzionare una miriade di servizi ecc., sappiamo anche come assessori che arrivano e pretendono rinnovamento degli uffici, nuove dotazioni di attrezzature, sappiamo anche che abbiamo grandi magazzini di materiale sicuramente reimpiegabile, utilizzabile per altri scopi.

Vediamo anche qui come in termini di entrate non serve nè buttare, nè cancellare, nè accatastare, ma si possono fare aste pubbliche, cosa ne facciamo di questi materiali di vecchi uffici di assessori, vecchi uffici dei dirigenti, che ogni volta che cambia un funzionario o un tecnico si rinnovano gli uffici. In queste piccolezze un privato non potrebbe permettersi di buttare all'aria tanti soldi, saranno pochi nel contesto del bilancio, ma troviamo zero come introiti delle entrate derivanti dalla vendita di oggetti e attrezzature fuori uso. E' proprio il significativo di queste piccole cose che ci fa capire l'attenzione che voi dedicate alla finanza di questa regione.

Un dato viceversa che è più politico e del quale non troviamo alcuna posta in bilancio, sono quelle assegnazioni da parte delle comunità europee e dei consigli d'Europa per il conseguimento delle finalità di promozione e dell'integrazione europea. Nel dibattito che ha preceduto la discussione sui vari articoli abbiamo molto parlato di Europa, di integrazione, molto abbiamo parlato del futuro della nostra regione nel contesto europeo. Questo mi fa pensare che quanto avevamo affermato che pur parlando nessuno ha un briciolo di interesse, deriva dal fatto che nemmeno in questa posta di bilancio non troviamo alcuna entrata, ben sapendo che la comunità europea ha dei grossissimi stanziamenti, proprio in funzione di questo tipo di promozione per l'integrazione europea.

L'interesse che questa Giunta sta dedicando all'attenzione dell'Europa, al futuro delle nostre regioni, alla nascita, all'integrazione della comunità europea, si vede dal fatto che non sta utilizzando un briciolo degli stanziamenti che la comunità europea potrebbe destinare.

Vi dico: mal comune mezzo gaudio, non siete i soli, perché anche nel bilancio dello Stato troviamo pressoché gli stessi dati. Ho degli amici europarlamentari, il nostro movimento ha la fortuna di avere anche qualche eurodeputato che ci ha descritto in dettaglio la situazione e in ordine di grandezza vi possiamo assicurare che il 90% degli stanziamenti europei, destinati in ogni caso o alle regioni o all'Italia, per il 90% rimane inutilizzato per l'incapacità dell'Italia - e a questo punto dico anche di questa regione - di elaborare progetti per poter accedere a questi stanziamenti europei, questo in visto a tutte le chiacchiere che si fanno sull'Europa, sull'organizzazione, sul futuro e sulla nostra regione nel contesto europeo.

Questi erano dati minimali che non si potevano però non evidenziare da quanto emerge dall'elaborato del bilancio. Viceversa è stata fatta una disamina dell'assetto futuro che avrà il nostro Stato. A questo punto ci viene da pensare che vogliamo molto parlare dell'organizzazione nazionale è perché si vuole forse non parlare dell'assetto istituzionale che prenderà la regione e le province, anche perché non si è detto niente, probabilmente non si sa cosa dire.

Abbiamo elaborato una mozione, nella quale chiediamo alla Giunta di organizzare un dibattito non solo interno, ma nazionale se non internazionale, nel quale

si analizzino le varie situazioni transfrontaliere, che tipo di direttrici di sviluppo si vogliono dare alle nostre regioni, noi lo stiamo chiedendo per capire le intenzioni, perché non siamo sicuri di quanto si afferma, in quanto si afferma una cosa e nei fatti ne verificiamo un'altra, per mettere anche un po' alle corde, perché qui non si vuole veramente parlare del futuro, perché nessuno ci ha detto che compiti avrà questo Euregio e dal momento che troverà due realtà, due regioni o province con i Länder tedeschi, con legislazione profondamente diversa, vorremmo capire se alla fine gestire questa euroregione competenze attualmente delle regioni o dei Länder, o gestirà materia di competenza dei due stati. A questo punto dove uscirà la competenza dell'Euregio cosa subentrerà: la legge dello Stato italiano o la legge dello Stato austriaco?

Ci sono un sacco di questioni che non sono state minimamente affrontate da chi ha buttato questo sasso Euregio, che sembra quel sasso buttato sulla luna, tanto per dire abbiamo anche noi la proposta innovativa, intanto passa il tempo, non ci si arriverà mai, ma domani qualche cosa si troverà.

La paura che da più parti è stata formulata, sicuramente in modo strumentale, sul fatto della possibilità di un'organizzazione federalista dell'Italia, a noi lascia veramente sconcertati. Il concetto di federalismo in quest'aula dovrebbe essere un concetto abbastanza noto o conosciuto da tutti i membri di questa assemblea, se federalismo significa massima autonomia alle comunità locali, massimo decentramento dello Stato, perché la sovranità non starà più in un organismo centrale, ma la sovranità starà alle comunità locali, non capisco perché bisogna aver paura di un'organizzazione che vedrebbe attribuita non una delega amministrativa e legislativa, ma la sovranità per autogovernarsi ad ogni comunità locale. Questo qualcuno me lo deve spiegare, che tipo di paura può fare quando uno ha paura di perdere, ma gli viene dato più di quello che ha in questo particolare momento storico.

Considerando poi che la forza che inciderà in questo momento nell'organizzazione dello Stato - mi riferisco alla Lega Nord - ha già in tutti i suoi atti ufficiali in più di un'occasione stabilito che l'organizzazione dello Stato qualsiasi sarà, perché la composizione verrà fatta con tre formazioni, non vedrà in ogni caso toccate le autonomie delle regioni speciali, qualsiasi sia il tipo di macroregione, ma le autonomie speciali non si toccano, a questo punto qualcuno ci dica se vuol giocare nel torbido perché allarmare la popolazione con falsità e menzogne di questo tipo.

A noi sembrano furbizie quelle che si stanno giocando in quest'aula da personaggi di varie provenienze, si gioca sull'equivoco, soprattutto si utilizzano cose non vere strumentalizzando le emozioni della gente, questa è veramente una cosa grave, si calunnia e con menzogne si strumentalizza e si alimentano tensioni che sono pericolosissime.

Abbiamo sentito parlare delle cose più strane, riunioni a Borghetto, non so che tipo di dimostrazioni dovrebbero essere, noi andiamo a Pontida ad esaltare le nostre vittorie, fore potrebbe essere l'imitazione, vedendo che le basi dei movimenti vengono ravvivate, si riesce a pilotare meglio, probabilmente i vertici di qualche partito locale ha pensato che una manifestazione di questo tipo, fatta in loco con una

collocazione geografica anche significativa, potesse alimentare per far crescere l'immagine del movimento.

Referendum sull'autonomia. Se una sciocchezza peggio si potesse inventare, difficilmente uno di noi riuscirebbe a trovarla. In un contesto di autonomia storica, in un contesto di libertà raggiunta e gestita per 40 anni, vorrei vedere un solo trentino che si esprimesse contro l'autonomia, sarebbe da pazzi, ma a questo punto mi chiedo: si vuol fare un referendum o un plebiscito con risultato già conosciuto in partenza? Rientra nelle furbizie e nei giochini che in questo momento si tendono a fare.

Abbiamo persino letto un appello di un assessore provinciale, a non comperare automobili FIAT perché queste minerebbero l'autonomia del Trentino! Questo è stato l'ultimo tassello di un puzzle, che dell'inverosimile, per non dire del paradossale.

L'assessore Fedel insinuava che comperando FIAT una parte di proventi non solo andrebbe all'azienda, ma anche alla famiglia Agnelli, pertanto di conseguenza alla fondazione Agnelli, che poi non capisco perché debba far così paura in questo momento, sappiamo che con tutta l'autorevolezza che ha il centro-studi della fondazione, ma sempre centro-studi rimane. Sappiamo che se un centro-studi assolda quattro illustri scienziati di una formazione politica elaborerà un disegno di un certo taglio, se commissiona un lavoro ad una equipe di scienziati, di costituzionalisti di altra matrice politica avrebbe partorito un altro tipo di progetto.

A noi non fa paura, siamo formazioni politiche, che centri-studi facciano il loro lavoro non ci impensierisce, in quanto fondazione Agnelli non è presente in Parlamento e non può incidere...

Presidente, mi deve dire se ho ancora minuti o meno, perché non so se il campanello sta richiamando me o i commessi...

PRESIDENTE: Non i commessi, il cons. Divina.

DIVINA: Mi chiede di chiudere, va bene.

Non abbiamo paura di questa fondazione Agnelli anche perché chi dice il vero verrà gratificato a brevissimo, chi gioca con la gente alla fine sarà sempre punito, dico una cosa, proprio perché la critica diretta è derivata dal PATT, tre punti tocco che il PATT ha evidenziato e poi ha contraddetto immediatamente. Campagna elettorale tutta antidemocratica, mai con ladri democristiani, il giorno va bene ma gli eredi di questi ladri non sono tanto male se sono disposti a spartire le sedie di una Giunta si può anche andare d'accordo.

Abbiamo sentito dire dal Presidente della Giunta provinciale di Trento faremo pulizia di quella burocrazia messa dal PSI, dalla DC, però abbiamo visto che sono tutti ancora al loro posto, anzi è stato anche detto che non si tocca niente, bisogna capire prima di registrare la macchina.

Terzo punto. Difensori dell'autonomia allo stremo a parole, poi è stato abbracciato il progetto SVP che sta demolendo di fatto questa regione e pertanto l'autonomia trentina è estremamente in pericolo.

Si parla di minoranze, di tutela di queste specificità, ma il ladino avrà molte altre argomentazioni da fare per dimostrare che le cose non sono vere, in ogni caso dico che il popolo trentino è sicuramente attento e ha dimostrato che non perdona quando la gente parla in un modo e si comporta in un altro. Grazie.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Delladio. Bitte.

PRESIDENTE: Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons. Delladio. Prego, ne ha facoltà.

DELLADIO: Grazie signor Presidente. Egregi colleghi, raccolgo per questi ultimi 5 minuti che mancano alla chiusura dei lavori le osservazioni fatte dal cons. Willeit a riguardo della minoranza etnica ladina, esprimendo al Consiglio le linee programmatiche del movimento Lega Nord, in questo modo ufficializzando quello che la Lega Nord va da sempre dicendo in giro per il Trentino-Alto Adige.

Innanzitutto tre concetti fondamentali: la parificazione dei ladini presenti sul territorio regionale alla pari dei ladini dell'Alto Adige, secondariamente, siccome il nostro movimento si basa sulla tutela delle minoranze, perseguiamo l'unificazione delle tre componenti ladine sui tre territori delle province di Trento, Bolzano e Belluno, unificazione poi dovremo vedere sotto quale forma istituzionale risolvere il problema.

Altro punto la rappresentatività dei ladini in Consiglio provinciale a Trento, in modo che la componente ladina della valle di Fassa abbia il proprio rappresentante in Consiglio provinciale e concordiamo che esistono in bilancio, sono stati stanziati pochissimi fondi per la tutela delle minoranze, non solo, ma avevo anche rivolto alcune domande in sede provinciale all'assessore competente per quanto riguarda la tutela delle minoranze germanofone sul territorio provinciale di Trento, c'è poca attenzione nei confronti di queste minoranze, perché vediamo un depauperamento di queste comunità e conseguentemente un annullamento se non troviamo i fondi e delle soluzioni affinché sopravvivano con la loro identità etnica e culturale. Grazie.

PRÄSIDENT: Abg. Gasperotti bitte.

PRESIDENTE: Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons. Gasperotti. Prego, ne ha facoltà.

GASPEROTTI: Intervengo anche perché chiaramente vorrei votare questo art. 1 il pomeriggio, è una scelta che faccio ed intervengo fino alla scadenza dei lavori, quindi fino alle ore 13.00. Non voglio nascondermi dietro un dito, anzi lo manifesto tranquillamente.

Sarà forse per qualcuno un lavoro in più, ma siamo stati delegati dal popolo a rappresentare i loro interessi e quindi cerchiamo di essere in aula, ieri ero assente per motivi familiari e mi dispiace.

Vorrei intervenire solo sul discorso delle compartecipazioni. Per la Lega Nord compartecipazioni vuol dire intervenire col denaro pubblico in aziende e vedere alla fine d'anno utili, perché questo è il meccanismo economico, si dovrà vedere per forza dell'utile. Ho chiesto in Commissione come è andata con il capitale investito nell'autostrada del Brennero e mi è stato detto che siamo possessori di un pacchetto azionario e non abbiamo alcuna spesa rispetto questo capitolo, però abbiamo comunque degli utili se il consiglio di amministrazione di questa autostrada sarà all'altezza dei compiti, che vuol dire che l'autostrada i propri utili li reinveste in lavori, svincoli, li abbiamo visti a Rovereto nei pressi dello stadio, c'è a Reggiolo Rolo una nuova uscita, non so quant'è la compartecipazione per lo svincolo della Bolzano-Merano, comunque sono investimenti di capitali rispetto agli utili di questa società.

Quello è l'utile sociale, quello dovrebbe essere l'indirizzo consegnato ai consiglieri di amministrazione dell'autostrada, se questi facessero l'interesse del maggior azionista, che è questa assemblea; abbiamo anche chiesto un confronto con questo consiglio di amministrazione, la mozione è stata presentata, vediamo se sarà accolta.

Altra questione. Siamo anche compartecipati, presenti nel Mediocredito e nel Credito Fondiario. Vi faccio un esempio molto semplice. Chi ha acquistato la casa con le agevolazioni della legge 62 della provincia di Trento 11 anni fa, l'ha costruita accedendo a mutui agevolati del costo effettivo bancario presso il Credito Fondiario del 23%, l'abbattimento della legge 62 prevede circa un abbattimento al 4-5% da parte dell'utente, da parte del beneficiario. Il rimanente degli interessi viene pagato annualmente da bilanci provinciali, Trento e Bolzano. Queste cartelle, colleghi, sono ancora in giro e non sono state acquistate dalla regione Trentino-Alto Adige, che ha avuto 60 miliardi di denaro non speso l'anno scorso, sono ancora in giro al 23%, non vi sembra uno scandalo!

Al collega Leveghi, che è assessore per l'edilizia della provincia di Trento, far mancare questa quota di denaro non vuol dire far mancare la possibilità di reinvestire e ricomprare ancora una quantità di case che può mettere a disposizione della gente? Questo vale anche per Bolzano e non solo per Trento. Allora l'utile non può essere redistribuito, c'è un utile nella partecipazione del Mediocredito e Credito Fondiario, solo che bisogna aggiungere anche la managerialità dell'azienda e delle partecipazioni. Purtroppo siamo stati in presenza di un governo regionale e provinciale che ha dato i risultati che tutti conoscono, i giornali tutti giorni riportano fatti che dimostrano la buona efficienza e lo scopo che si era prefissato questo tipo di maggioranza.

Allora siamo per chiedere all'assemblea se vogliamo essere favorevoli o sfavorevoli all'art. 1 che assieme agli altri articoli determinano il bilancio d'entrata. Propongo, non so se sarà possibile, signor Presidente, che questi 60 miliardi più il denaro messo a disposizione per la cooperazione che è fermo da tre anni, altra sofferenza al popolo trentino e altoatesino, proprio perché si sta offendendo la gente, perché da una parte si dice che non ci sono denari e dall'altra si mantengono le casse, qualcosa dovrà rispondere questa nuova Giunta, non è sicuramente responsabile del bilancio scorso, ma è già presente da qualche responsabilità nel bilancio del 1994.

Il numero degli assessori non lo critico più di tanto, mi auguro solo che siano all'altezza del compito. Al Presidente della Giunta regionale chiedo possa rispondere a queste esigenze, che non sono dei singoli cittadini, ma sono anche degli assessorati provinciali.

Sul Credito Fondiario, Presidente, qualcosa mi auguro possa dire, come del resto sulla compartecipazione dell'autostrada, perché anche lì c'è bisogno di un raccordo fra chi è delegato a rappresentare e i rappresentati. Mi fermo qui, aggiungendo anch'io una parte sul discorso della modifica dello statuto di autonomia.

Come a livello centrale si sta giocando con un falso obiettivo, abbiamo appena eletto un nuovo Parlamento che aveva l'esclusivo compito di governare il Paese e questo compito viene trasformato in costituente, attenzione, il Parlamento è stato eletto per assolvere il compito di governare il Paese e non per modificare la Costituzione, perché allora quando si è voluto fare la Costituzione si è fatto un Parlamento e si è eletto la Costituente. Quindi non più a livello maggioritario, ma a livello di rappresentanza assoluta delle parti proporzionali.

Questo Parlamento è eletto in modo maggioritario, si sa che il 43% detiene la maggioranza del Parlamento e questo si arrocca il potere di modificare la Costituzione. Non vi sembra che si stia scivolando sullo stesso ragionamento anche a livello regionale? Allora nei referendum è semplificato dire sì o no, perché nei referendum non si può dire sì-ma oppure no-ma, si può dire solo sì o no. Ecco perché chiedo un attimo di riflessione su questo argomento e un'attenzione maggiore per quanto riguarda le modifiche costituzionali.

Abbiamo per nostra fortuna presente chi ha partecipato alla costituzione di questo statuto, teniamone conto le sofferenze sopportate da chi non voleva essere omologato e cerchiamo di ragionare in termini di massima partecipazione di tutti all'interno di questa 'costituente' che si vuol introdurre in Italia. Dobbiamo fare in modo anche noi, Consiglio regionale, di negare la possibilità a questo Parlamento, eletto in maniera maggioritaria, di modificare la Costituzione e quindi poter modificare anche le norme contenute nello statuto, che sono norme costituzionali. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke schön.

Dann unterbrechen wir jetzt die Sitzung und setzen am Nachmittag um 15.00 Uhr die Arbeiten fort. Ich wünsche ihnen einen guten Appetit. Mahlzeit.

PRESIDENTE: Grazie.

Sospendiamo ora la seduta. I lavori riprenderanno alle ore 15.00. Auguro ai presenti buon appetito.

(ore 13.05)

(ore 15.08)

Presidenza del Presidente Franco Tretter

PRESIDENTE: La seduta riprende. Prego procedere con l'appello nominale.

DIVINA (*segretario*): (fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: La discussione sull'art. 1 è conclusa. Ha chiesto la parola il Presidente della Giunta regionale.

GRANDI: Presidente, intervengo brevemente per evidenziare anzitutto che si sono alternati, su questo primo articolo di legge, due ordini di considerazioni, uno primo di carattere politico, che riprende in parte le argomentazioni che sono state affrontate ieri, sia nella replica, sia durante le dichiarazioni programmatiche; l'altra parte di considerazioni che sono state svolte riguardano invece il bilancio e più propriamente il punto primo.

Rispetto al dibattito politico che si è innescato questa mattina, credo non ci tocchi che spendere una parola breve, perché nella replica mi sono soffermato su queste considerazioni di fondo, per ribadire la posizione del governo della regione, anzitutto rispetto alla immodificabilità dello statuto rispetto all'autonomia, per ribadire la posizione del Trentino rispetto all'autonomia stessa, per ribadire che l'autonomia del Trentino è legata all'autonomia altoatesina e queste due autonomie originano questo peculiare assetto che tocca a noi difendere e valorizzare.

Dopo di che è venuto giustamente anche un riferimento molto esplicito al problema delle minoranze, qui ribadisco quello che avevo avuto modo di dire ieri e cioè dopo l'approvazione del bilancio attiveremo tutta una serie di incontri e vedremo quali saranno le azioni sia sul piano normativo che sul piano amministrativo che potranno essere adottate, con anche l'impegno di mettere a disposizione eventuali risorse finanziarie necessarie per il raggiungimento di questi obiettivi.

Un'altra nota lo merita il metodo, perché in qualche intervento questa mattina si è posto il problema di trovare una via più allargata rispetto all'ambito del governo della regione, rispetto all'ambito dell'esecutivo, come sede appropriata per affrontare tutte le questioni inerenti il futuro dell'autonomia della nostra realtà regionale e anche a questo proposito posso riaffermare l'impegno che mi ero assunto ieri sera, concordato già seppure informalmente con i colleghi di Giunta, di individuare una sede istituzionale, nella quale ricollocare tutto il dibattito che è emerso in occasione del dibattito del bilancio e poi per creare in quella sede le condizioni per una significativa convergenza sui passi da fare per il futuro, anche se doverosamente la Giunta regionale intende far fino in fondo la propria parte e quindi siederà naturalmente a quel tavolo, con il lavoro che nel frattempo ha inteso avviare.

Detto questo, sul binario che riguarda più propriamente il bilancio, riprendo alcuni interrogativi che ci sono stati posti. Anzitutto c'è chi ha evidenziato che in questo art. 1 nella voce delle entrate è stato collocato l'avanzo dell'esercizio. Allora posso informare, dati alla mano, che è l'art. 14 della legge sulla finanzia regionale del

1991 che impone di seguire questa impostazione, per la quale l'avanzo accertato nell'esercizio precedente deve essere collocato nel bilancio annuale, questo è stato recepito in questa legge della regione sulla contabilità finanziaria e peraltro questo dettato normativo recepisce una indicazione vincolante che è venuta dal Ministero del tesoro. Dopo di che qualcuno ha messo in evidenza che il rendiconto del 1992 non è stato ancora approvato, questo è vero, tant'è che chiederemo quanto prima che sia iscritto all'ordine del giorno del Consiglio già il rendiconto del 92, dalla Giunta regionale è stato approvato.

Qualcuno poi ha chiesto relativamente ai 6 miliardi delle entrate tributarie su concessioni non governative, abbiamo dovuto mettere questa voce perché la provincia di Bolzano non ha ancora legiferato; invece i 6 miliardi relativi alle servitù militari gli abbiamo dovuti prevedere per evitare che le due province li perdessero, c'è tutto un carteggio che abbiamo qui intercorso tra lo Stato e le due province con le autorità militari, dal quale si evince quanto ho potuto affermare.

Le somme messe a disposizione invece per i giudici di pace trovano riscontro nel fatto che in luglio deve per legge decollare questo nuovo istituto.

Per quanto riguarda le spese per il personale, posso dire da una verifica intercorsa durante la pausa che dalla pag. 103 alla pag. 119 si ha riscontro del fatto che queste spese sono da considerarsi obbligatorie e quindi perfettamente documentate.

Per quanto riguarda gli oneri del Consiglio si parla di 30 miliardi, rispetto ai quali però non vi è sindacato da parte del governo provinciale, quindi tutto quello che qui è stato detto relativamente al fatto che si deve mettere l'assemblea legislativa ed i singoli consiglieri nelle condizioni di poter svolgere bene il proprio ruolo, è di spettanza esclusiva del Consiglio regionale. Quest'anno il Consiglio ha chiesto 30 miliardi per il proprio funzionamento e per gli oneri che gli impongono e nel bilancio regionale sono stati coperti.

Vi è poi quel capitolo molto importante delle copartecipazioni, sulle quali pure ieri sera mi ero soffermato, per anticipare che sicuramente l'orientamento di un prosciugamento della presenza dell'ente pubblico in questi enti economici rappresenta un obiettivo anche del governo regionale, quindi andiamo perfettamente in sintonia con queste doverose sollecitazioni, dopo di che però vorremmo che la regione fosse sufficientemente tutelata e garantita, anche rispetto al subentro dei nuovi soci e alla filosofia che a quel punto questi enti intendono portare avanti.

Per questo motivo dopo il bilancio si è previsto l'incontro con l'Autobrennero, con il Mediocredito, tra l'altro qualcuna di queste realtà ha anche l'assemblea nelle prossime settimane e andremo a fare ragionamenti che mi pare si possano considerare in piena sintonia con l'orientamento che qui è emerso. Quindi una riduzione della presenza della mano pubblica, però un ragionamento altrettanto serio e preciso sul ruolo che questi enti, disciplinati attraverso anche l'apporto della regione, dovranno svolgere e naturalmente un ragionamento molto serio e preciso del quale renderemo conto anche su quelli che saranno i nuovi soci che faranno parte della compagine societaria degli enti economici.

Queste erano le questioni sia di fondo politiche, sia le più evidenti che sono state posti, per le quali ho cercato di rispondere, chiedendo in ogni caso al Consiglio l'approvazione del primo articolo, che riguarda lo stato di previsione dell'entrata. Per altre considerazioni mi riserverò nella parte di replica rispetto alle dichiarazioni di voto che interverranno.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione dell'art. 1. E' stata chiesta la verifica del numero legale da parte della cons. Klotz ed altri.

L'art. 1 è approvato con 29 voti favorevoli, 8 contrari e 5 astenuti.

Art. 2

Totale generale della spesa

1. E' approvato in lire 383.842.000.000 in termini di competenza ed in lire 688.519.150.000 in termini di cassa il totale generale della spesa della Regione per l'anno finanziario 1994.

Art. 2

Gesamtbetrag der Ausgaben

1. Der Gesamtbetrag der Ausgaben der Region für das Finanzjahr 1994 in Höhe von 383.842.000.000 Lire, was die Kompetenz betrifft, und in Höhe von 688.519.150.000 Lire, was die Kassa betrifft, wird genehmigt.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'art. 2? La parola alla cons. Klotz.

KLOTZ: Herr Präsident!

Wir haben hier sehr viele schöne Reden gehört, etwa welche neue Funktion die Region übernehmen wird oder daß die Region sozusagen notwendig sei, um in eine bessere Zukunft zu gelangen. Richtig Auskunft über die Region als solche geben uns aber hier die Voranschläge in den Ausgaben. Da entdeckt man selbstverständlich einige sehr interessante Dinge aus denen man schließen kann, um was es wirklich geht. Ich werde ihnen anhand dieser Daten hier auch beweisen, daß die Region wirklich reiner Selbstzweck ist.

Beginnen wir beispielsweise mit Kapitel 5. Es geht selbstverständlich vor allen Dingen um die Darstellung der Regierungsmitglieder. Im Kapitel 5 der Ausgaben ist die Rede von "Amtsentschädigung für den Präsidenten des Regionalausschusses und die wirklichen Assessoren und Ersatzassessoren", immerhin Kompetenz und Kassa 420.000.000, pro Kopf gerechnet 70.000.000.-. Das ist die Amtsentschädigung.

Dann kommen die "Ausgaben für Reisen des Präsidenten des Regionalausschusses und der Assessoren": 180.000.000.- in der Kassa, 150.000.000.- in der Kompetenz, d. h. immerhin ca. 30.000.000.- pro Kopf und das zusätzlich, wie ich annehme, zu den Dienstaufwendungen.

Schauen wir uns Kapitel 75 an: "Aufwandsspesen des Präsidenten und der Assessoren" in Höhe von 270.000.000.- in der Kompetenz und 400.000.000.- in der Kassa. Kapitel 90 sieht vor: "Ausgaben für die Presse und Informationsdienste, Ausgaben für Dokumentation über die Aspekte der Region und über die Tätigkeit der Regionalverwaltung durch Presse und Massenmedien sowie für die Verbreitung des entsprechenden Materials", also wiederum Selbstdarstellung, in der Kompetenz immerhin 1 Milliarde 200 Millionen, in der Kassa 1 Milliarde 800 Millionen.

Werte Herren, ihr laßt euch diese Selbstdarstellung fürwahr etwas kosten. Kommen wir dann weiter zu anderen interessanten Ausgaben, etwa zu Kapitel 110: "Beiträge und Unterstützungen an das Personal für die Teilnahme an Sonderlehrgängen zur technischen und sprachlichen Vervollständigung auch im Ausland. Ausgaben, Beiträge und Unterstützungen für die Durchführung von Sonderlehrgängen zur technischen und sprachlichen Vervollständigung für das Personal". In der Kompetenz scheinen immerhin 500 Millionen und in der Kassa 790 Millionen auf. Ich habe so viele Klagen darüber gehört, daß auch innerhalb der Beamtenschaft, vor allem der Trentiner Beamtenschaft, regelrecht Druck auf deutsche Beamte ausgeübt wird, die ihre Sprache gebrauchen. Die Frage, die sich nun ergibt ist folgende: Wird es gewährleistet sein, daß mit diesen 500 Millionen tatsächlich auch eine Änderung des Verhaltens herbeizuführen ist, ist man sicher, daß tatsächlich die Gleichstellung der Sprachen hier durchgesetzt wird? Das ist, wie gesagt, eine konkrete Frage und ich erwarte mir auch eine ganz klare Antwort darauf, denn das ist immerhin eine stattliche Summe.

Dann kommen wir schließlich zur Kategorie Zuweisungen, zum Kapitel 305. Da geht es um "Ausgaben für die Verwirklichung der Initiativen zur Förderung und zum Ausbau des politischen Integrationsprozesses Europas". In der Kompetenz scheinen 1 Milliarde 500 Millionen, in der Kassa sogar 2 Milliarden 200 Millionen auf.

Aber nicht genug damit, es folgt das Kapitel 310 mit "Ausgaben für die Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden sowie an andere Körperschaften und Vereinigungen für Initiativen zur Förderung und zum Ausbau des politischen Integrationsprozesses Europas": in der Kompetenz 1 Milliarde und in der Kassa sogar 3 Milliarden. Nun muß man dazu sagen: Natürlich sind das Ausgaben an die Gemeinden, aber für welches Programm, für welches Europakonzept? Sind sie unter diesen gegebenen Voraussetzungen gerechtfertigt? Zählen wir das einmal zusammen, dann kommen immerhin in der Kompetenz 2 Milliarden 500 Millionen Lire heraus. In der Kassa sogar 5 Milliarden 200 Millionen Lire für eine Integrationsarbeit, die sicher nicht hier in unserem Sinne ist, die wir also in keiner Weise mittragen können. 5 Milliarden 500 Millionen Lire in der Kassa, um ja diese Region darzustellen, um dieses Europa zu vertreten. Das also werden wir nie und nimmer mittragen.

Dann schauen wir uns weitere interessante Ausgaben an. Es kommt die Rubrik 'Finanzdienste', Kategorie 'Ankauf von Gütern und Diensten'. Sehr interessant ist der "jährliche Mitgliedsbeitrag an die höhere Anstalt für die Ausbildung des Personals der Regionen und der örtlichen Körperschaften mit Sitz in Venedig. Ausgaben für den Beitritt zu Organisationen auch internationaler Art und für wirtschaftliche und kulturelle Körperschaften". Wozu? Was läuft da in Venedig? Das möchten wir wissen. In der

Kompetenz sind da immerhin stattliche 175.000.000.- vorgesehen. In der Kassa sogar 176.000.000.-. Was geschieht in Venedig? Wozu diese Ausgabe? Das wiederum eine ganz konkrete Frage.

Und dann Kapitel 510: "Ausgaben für die Veranstaltung von und die Teilnahme an Tagungen, Kongressen und anderen öffentlichen Veranstaltungen und Feierlichkeiten": Kompetenz 400.000.000.-, Kassa 500.000.000.-.

Das nächste Kapitel 520: "Ausgaben für Untersuchungen, Studien und Erhebungen, Ausgaben für den Ankauf, die Veröffentlichung und die Übersetzung von Monographien ...": Vorgesehen sind in der Kompetenz 400.000.000.-, in der Kassa 700.000.000. Und siehe da unter einer anderen Rubrik, nämlich in den Kapiteln 605 und 610 unter der Kategorie 'Zuweisungen' finden wir dasselbe noch einmal: Kapitel 605 "Beiträge für den Ankauf, die Veröffentlichung und die Übersetzung von Monographien.." also von wem? Das möchten wir hier schon einmal wissen. Was soll hier passieren. "...Studien und Arbeiten von regionalem Belang, Prämien und Beihilfen für Studien und Arbeiten über regionale Fragen oder über Fragen von regionalem Belang": 30.000.000.- in der Kompetenz, in der Kassa 41.500.000.-. Aber siehe da, Kap. 610: "Ausgaben zugunsten von Körperschaften, Vereinigungen und Komitees zur Förderung ihrer institutionellen Tätigkeit, für die Abhaltung von Tagungen, Kongressen und anderen öffentlichen Veranstaltungen und wieder Feierlichkeiten sowie für die Teilnahme an solche Feierlichkeiten", wie eben schon im vorhergehenden Kapitel, das ich erwähnt habe unter der Rubrik 'Finanzen'. Es kommen also dieselben Kapitel in verschiedenen Rubriken wieder. Noch eine Besonderheit, auf die mein Kollege Alfons Benedikter bereits gestern hingewiesen hat, nämlich Kapitel 310: "Ausgaben für die Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden sowie an andere Körperschaften und Vereinigungen für Initiativen zur Förderung und zum Ausbau des politischen Integrationsprozesses Europas: 3 Milliarden in der Kassa.

Dann folgt schließlich noch eine Frage zum Kapitel 636: "Betrag, der den autonomen Provinzen Trient und Bozen als Entschädigung für die Belastungen und die Tätigkeit des Militärs in ihrem Gebiet zusteht und vom Verteidigungsministerium zugewiesen wird", Kassa wie Kompetenz 6 Milliarden 251.400.-. Es würde uns jetzt einmal interessieren, wie sich diese Gelder zusammensetzen, wem sie zugeführt werden und nach welchem Kriterium sie aufgeteilt werden?

Also wir haben von der schön dotierten Selbstdarstellung und Ausstattung der Regionalregierung gesprochen. Nehmen wir einmal als Vergleich das Kapitel 865: "Ausgaben für die Durchführung von vorbereitenden Lehrgängen für Anwärter auf das Befähigungsdiplom für die Ausübung der Grundbuchbefugnisse". Das sind armselige 20.000.000.- in der Kompetenz und in der Kassagebarung 40.000.000.- und für Feierlichkeiten, Veranstaltungen, Glanzpapier und dergleichen haben wir also schon um ein Vielfaches mehr. Man sieht hier wozu dieser Haushalt dient. Es ist der reinste Selbstzweck. Es ist wie gesagt zum größten Teil einfach verschwendetes Geld. Wie vieles könnte damit in den beiden Ländern realisiert werden! Mit unserem Teil könnten wir die Vinschgauer Bahn finanzieren, wir könnten wahrscheinlich zumindest einen Teil der Staatsstraßen übernehmen und vielleicht Herr

Landesrat Hosp könnten wir sogar auch noch die Lehrer und die Schule übernehmen. Also so vieles könnte man damit anfangen. Insofern glaube ich sind diese hier aufgelisteten Ausgaben eine Einsicht in die Wahrheit über diese Region. Sie ist unnütz. Es ist wie gesagt die reinste Selbstdarstellung und dieser können wir nie und nimmer zustimmen. Wir haben oft genug aufgedeckt was es mit dieser Region wirklich auf sich hat und insofern kann man also nur wiederholen: Es ist eigentlich verantwortungslos, die Steuergelder eben hier für dieses Redhaus zu verwenden und für die Vergoldung der Regierungssessel.

(Illustre signor Presidente!

Abbiamo sentito molte belle parole sul ruolo che la Regione è chiamata a svolgere e sulla necessità di tenerla in vita, onde giungere ad un futuro migliore. E' invece lo stato di previsione della spesa a rivelare il vero scopo di questa Regione: esso evidenzia alcuni aspetti interessanti che permettono di capire quali siano i fini effettivamente perseguiti. Mi sia pertanto consentito dimostrare che la Regione è fine a se stessa.

Iniziamo, a mero titolo esemplificativo, con il capitolo 5 riservato prevalentemente alle spese per i componenti la Giunta. Il capitolo 5 delle spese si riferisce "all'indennità di carica al Presidente della Giunta regionale ed agli Assessori effetti e supplenti". Gli stanziamenti ivi previsti ammontano a lire 420.000.000.- in termini di competenza e di cassa, equivalenti ad un importo pro capite di 70.000.000.-. Questo per quanto attiene l'indennità di carica.

Segue il capitolo relativo alle "Spese per viaggi del Presidente della Giunta regionale e degli Assessori", dotato di 180.000.000.- in termini di cassa nonché di 150.000.000.- in termini di competenza. La massa spendibile pro capite è quindi di 30.000.000.-, escluse le spese per le macchine di servizio.

Desidero inoltre richiamare l'attenzione sul capitolo 75 recante "Spese di rappresentanza del Presidente della Giunta regionale e degli Assessori" dotato di 270.000.000.- in termini di competenza e di 400.000.000.- in termini di cassa. Sul capitolo 90 "Spese per i servizi di stampa e informazione, spese per la documentazione e informazione sugli aspetti della Regione e sull'attività dell'Amministrazione regionale a mezzo della stampa e degli strumenti di comunicazione sociale nonché per la distribuzione del relativo materiale" sono iscritti 1.200.000.000.- in termini di competenza e 1.800.000.000.- in termini di cassa.

Illustri signori, non badate certo alle spese per la vostra immagine! Ma soffermiamoci su altri capitoli di spesa molto interessanti, tra cui il capitolo 110 "Contributi e sussidi al personale per la partecipazione a corsi speciali di perfezionamento tecnico e linguistico anche all'estero. Spese, contributi e sussidi inerenti all'esecuzione di corsi speciali di perfezionamento tecnico e linguistico per il personale". Lo stato di previsione per tale capitolo ammonta a 500 milioni in termini di competenza e a 790 milioni in termini di cassa. Mi è però dato sapere che i pubblici dipendenti, in particolar modo quelli trentini, esercitano pressione su quelli tedeschi che usano la propria madrelingua. La domanda che pare doveroso porre a riguardo è:

questa spesa dell'ammontare di 500 milioni potrà veramente portare ad un cambiamento di comportamento e potrà inoltre garantire l'equiparazione delle due lingue? Questo è un quesito ben preciso e attendo una risposta altrettanto precisa, non per ultimo perchè si tratta di una cifra notevole.

Passiamo ora alla categoria 'Trasferimenti', ovvero al capitolo 305 "Spese per la realizzazione di iniziative intese a favorire e sviluppare il processo di integrazione politica europea." Nel bilancio di competenza sono iscritti 1.500.000.000.- nelle previsioni di cassa addirittura 2.200.000.000.-

Ma non finisce qui. Segue il capitolo 310 "Spese per la concessione di sovvenzioni a Comuni ed altri enti e associazioni per iniziative intese a favorire e sviluppare il processo di integrazione politica europea" dotato di 1 miliardo di lire in termini di competenza e di 3 miliardi in termini di cassa. A riguardo mi interesserebbe sapere quali sono i programmi e i progetti europei che si intendono realizzare con queste sovvenzioni? Pare tuttavia opportuno verificare se le spese di cui sopra sono giustificabili, sulla base dei presupposti esistenti. Secondo un calcolo approssimativo si tratta pur sempre di una massa spendibile di 2 miliardi e 500 milioni in termini di competenza. Nella previsione di cassa sono addirittura iscritti 5 miliardi e 200 milioni per un progetto di integrazione che non condividiamo e che non possiamo certo sostenere. Sono dunque previsti 5 miliardi e 500 milioni in termini di cassa per la presentazione di questa Regione, per la rappresentanza in Europa. Mai e poi mai potremmo sostenere queste attività.

E' utile porre l'attenzione su altri capitoli di spesa molto interessanti. In bilancio è iscritto la rubrica 'Servizi delle finanze' con la categoria 'Acquisto di beni e servizi'. Particolare attenzione merita il capitolo relativo alla "Quota annua di associazione all'Istituto Superiore per l'Addestramento del personale delle Regioni e degli Enti Locali con sede in Venezia. Spese per l'adesione ad organizzazioni anche a carattere internazionale e ad Enti economici e culturali". Quale è lo scopo di questa spesa? Vorremmo che ci si spiegasse cosa si svolge a Venezia. In termini di competenza questo capitolo è dotato della cospicua somma di 175.000.000 di lire, in termini di cassa risulta una previsione di 176.000.000 di lire. Ribadisco quindi la mia domanda: Cosa succede a Venezia? A che cosa serve questa spesa? Anche questa è una domanda ben precisa.

Abbiamo poi il capitolo 510 relativo alle "Spese per l'organizzazione e la partecipazione a convegni, congressi ed altre manifestazioni e celebrazioni pubbliche" ove risultano iscritti 400.000.000 in termini di competenza e 500.000.000 in termini di cassa.

Segue il capitolo 520 "Spese per indagini, studi e rilevazioni. Spese per l'acquisto, la pubblicazione e la traduzione di monografie..." dotato di 400.000.000 in termini di competenza e di 700.000.000 in termini di cassa. Ed ecco che sotto un'altra rubrica, ovvero sui capitoli 605 e 610, quindi alla categoria 'Trasferimenti' ricompaiono le stesse identiche spese: cap. 605 "Contributi per l'acquisto, la pubblicazione e la traduzione di monografie..." Vorremmo sapere di quali monografie si tratta? Il capitolo è inoltre intitolato "studi e opere di interesse regionale. Premi e

sussidi da assegnare per studi ed opere su argomenti regionali o di interesse regionale" ed è dotato di 30.000.000 in termini di competenza e di 41.500.000 milioni di lire in termini di cassa. Il capitolo 610 riguarda invece gli "Interventi a favore di Enti, Associazioni e Comitati per l'incremento di attività istituzionali, per l'organizzazione e partecipazione a convegni, congressi ed altre manifestazioni e celebrazioni pubbliche." Dette spese risultano tra l'altro già nel capitolo che ho testè citato, alla categoria 'Servizi delle finanze. Gli stessi capitoli risultano quindi in rubriche diverse. Mi preme sottoporre all'attenzione dell'Aula un altro fatto particolare che il collega Benedikter ha già evidenziato ieri. Mi riferisco al capitolo 310 "Spese per la concessione di sovvenzioni a Comuni ed altri enti e associazioni per iniziative intese a favorire e sviluppare il processo di integrazione politica europea" dotato di 3 miliardi di lire in termini di cassa.

Infine avrei da porre un quesito in ordine al capitolo 636 "Somma spettante alle Province autonome di Trento e di Bolzano da parte del Ministero della Difesa, a titolo di risarcimento per i vincoli e le attività militari sul loro territorio" che prevede 6.251.400. di lire in termini di competenza e di cassa. Vorrei sapere come si compone questa somma, a chi e in base a quali criteri sarà devoluta?

Ho testè cercato di porre l'accento sulla dotazione finanziaria prevista per la rappresentazione verso l'esterno della Giunta regionale. Prendiamo, a titolo comparativo il capitolo 865 "Spese per l'esecuzione di corsi preparatori di istruzione per aspiranti al conseguimento del diploma di abilitazione all'esercizio delle funzioni tavolari". Le previsioni di questo capitolo ammontano a soli 20 milioni di lire in termini di competenza e a 40 milioni in termini di cassa. I mezzi finanziari previsti per celebrazioni, manifestazioni, carta patinata e via dicendo sono di gran lunga maggiori. Si fa quindi presto a capire a che cosa serve questo bilancio che è fine a sè stesso. Ritengo che questo denaro venga in gran parte sperperato. Quante opere potrebbero invece essere realizzate nelle due province! Con la quota che spetta alla nostra Provincia potrebbe essere finanziato il tratto ferroviario della Val Venosta, trasferita la manutenzione di una parte delle strade statali alla Provincia e, signor assessor Hosp, forse si potrebbe anche provincializzare la scuola. Ritengo che le spese elencate dicano la verità sul ruolo che questa Regione, che a mio avviso è inutile, è chiamata a svolgere. Non si tratta di altro che della propria immagine verso l'esterno, cosa su cui non ci potremmo mai trovare d'accordo. Già in passato abbiamo ripetutamente avuto modo di richiamare l'attenzione sul vero scopo di questo Regione e quindi non mi resta che ribadire che è poco responsabile sperperare il denaro dei contribuenti per questa palestra oratoria nonchè per indorare le poltrone di governo.)

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Danke Frau Abg. Klotz.

Das Wort hat der Abg. Taverna.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Klotz.

La parola ora al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, immagino che qualcuno abbia intuito questa mattina quando, intervenendo sull'art. 1 del disegno di legge del bilancio, mi fossi mantenuto strettamente vincolato alla discussione dell'articolo e di conseguenza la intuizione a cui prima facevo riferimento necessariamente implicava da parte nostra ulteriori interventi nella discussione dell'articolato di questo disegno di legge.

Signor Presidente della Giunta, la legge di bilancio è talmente importante, a nostro giudizio, che impone la lettura del bilancio. Ho la netta impressione che questa mattina abbiamo ascoltato molti interventi appassionati ed interessanti, ma che nulla avevano a che fare con la legge di bilancio e devo ringraziare, anche perché mi sarei trovato ad essere una voce stonata rispetto al coro delle voci bianche di questa mattina, devo ringraziare la collega Eva Klotz, la quale ci ha riportato alla realtà delle cifre elencandole con molta diligenza.

Questo dimostra che almeno in due hanno letto il bilancio, è già molto Presidente della Giunta, perché se due consiglieri su 70 hanno avuto l'avventura di leggere il documento contabile, rappresenta un dato di fatto - tre, quattro - mi fa piacere che le voci siano più numerose di quello che avessi sperato e mi fa piacere di essere in buona compagnia nell'aver letto il bilancio.

Dicevo che bisogna leggere il bilancio perché è lo strumento di governo, per la semplice ragione che le leggi si finanziano attraverso l'investimento che ciascuna legge conserva nel proprio dispositivo finanziario, ma al medesimo tempo l'azione di governo si può esplicare anche attraverso la delega al bilancio per quanto riguarda il finanziamento di quelle leggi a cui espressamente la legge fa riferimento per quanto riguarda lo stanziamento relativo e di competenza.

Dal momento che parlo di competenza consentitemi di rilevare un dato che per quanto riguarda le spese, siccome siamo all'art. 2, non si possono confondere le entrate dalle spese, quindi quando stamattina sull'art. 1 ho sentito tutti parlare di spese, evidentemente c'era qualcosa che non andava, se non altro perché l'art. 1 riguardava le entrate ed è evidente che a questo punto, per avere la coscienza della distinzione tra le entrate e le uscite, tra quello che si incassa e quello che si spende, ma quando allora si parla di spese, siamo all'art. 2, è evidente che proprio in ragione della competenza, intesa come altro significato, ci troviamo ad usare lo stesso termine, ma attribuendo allo stesso termine significati diversi.

La competenza in questo momento si fa vedere che in termini di competenza le spese ammontano a 400 miliardi, mentre in termini di cassa le spese ammontano a 800 miliardi. Anche qui il dato ci dovrebbe far riflettere, non dico che sia eccessivamente preoccupato circa la discrasia tra i due dati, la competenza e la cassa, perché il principio di competenza per chi di queste cose se ne intende significa l'investimento, la spesa riferita all'esercizio finanziario, per quanto riguarda invece l'esercizio della cassa ci si intende e si vuole riferire al momento in cui si passa alla liquidazione della spesa. Quindi avuto in mente la distinzione che deve essere tenuta in

considerazione, ci deve far riflettere che l'entità della discrasia, quasi il doppio, è un elemento sul quale non si può non tener conto e non si può non ragionare.

Al di là di questo dato, che sembrerebbe meramente accademico, non voglio scadere nell'accademia, nè sono titolare di qualche cattedra universitaria, per cui nemmeno mi arrogo il diritto di poter parlare a questo titolo, abbiamo tra di noi quegli illustri colleghi che hanno una grande competenza, sono docenti universitari e addirittura ci sono anche dei magistrati e a questo proposito è bene ricordare che abbiamo magistrati o ex-magistrati regolarmente pensionati in questo Consiglio regionale, non tanto per ricordare che sono pensionati, che sarebbe poca cosa, quanto per ricordare a coloro che svolgono una iniziativa politica che dovrebbe essere di spessore talmente importante e di sostanza da invitare gli attenti osservatori, i quali sono i più attenti della cosa della politica, se non i mezzi di informazione, i quali pensano che l'arte della politica possa richiedere unicamente lo sforzo di poter interpretare la politica, assumendo come necessario una considerazione di carattere monotematico.

Ecco perché mi meraviglio del fatto che qui abbiamo la costante latitanza del collega magistrato Carlo Palermo, il quale giustamente fa le battaglie nelle quali crede, ma non appena pensa di aver svolto, magari conquistandosi la fotografia sul giornale, il proprio ruolo facendo la battaglia nella quale lui crede, abbiamo immediatamente la diserzione e la latitanza del medesimo consigliere, il quale ritiene di non dover dir nulla per quanto riguarda una serie di spese, che a mio giudizio dovrebbero imporre almeno una qualche meditazione, se è vero come è vero che non si può su questo argomento poter essere così chiari e al tempo stesso così perentori, abbandonare completamente il campo, quasi che l'attività di questa assemblea legislativa dovesse unicamente svolgersi sulla diatriba dello stipendio, che ciascuno di noi viene a percepire.

Non credo che questa sia la politica, credo che la politica sia ben altro, sarà anche questo, ma sicuramente ben altro e allora mi domando perché con quanto ardore egli si presenti alla pubblica opinione e a noi per quanto riguarda la necessità di dover radicalmente modificare questo aspetto, ed egli sia completamente latitante per quanto riguarda tutte quelle spese, che comunque hanno il sapore di spese inutili, che dovrebbero essere additate all'attenzione della pubblica opinione, se non altro perché attraverso questa attenzione potrebbe finalmente operare un controllo.

Ebbene non credo di dover spendere ulteriori parole su questo argomento, certo è che i capitoli di bilancio indicati dalla collega Klotz e la critica che la medesima collega ha espresso, trovano me e il gruppo del MSI d'accordo. Un conto però è sostenere questa contrarietà e un conto, da un punto di vista logico-politico è arrivare alla conclusione: poiché si spende male bisogna chiudere.

Un esercizio commerciale se dovesse spender male o dovesse svolgere il proprio ruolo in modo difforme dalle regole sarebbe chiuso per fallimento, non credo che qualcuno abbia l'intenzione di poter procedere alla liquidazione fallimentare di questo ente, perché se davvero dovessimo conseguentemente sostenere la tesi, secondo la quale, dal momento che qui si spende male, è opportuno riversare questi quattrini alle due province perché spendono meglio, si dovrebbe dimostrare che le due province, avuti

i denari che spettano alla regione siano nella condizione di spendere meglio, il che è un assunto tutto da dimostrare, tant'è che noi del MSI siamo all'opposizione tanto in provincia quanto in regione e nelle rispettive province ciascuno di noi svolge quel ruolo di controllo nei confronti di quella attività amministrativa verso la quale nutriamo fondati dubbi, preoccupazioni e perplessità.

Allora cerchiamo di andare a vedere nelle pieghe del bilancio, ma in termini politici, perché bisogna cercare di mettere nella condizione questa amministrazione di cambiare pagina rispetto ad una realtà che abbiamo, se non altro testimoniato, avendo l'esperienza di una legislatura, ma pur tuttavia ritenendoci del tutto non sprovveduti, abbiamo potuto comprendere nei cinque anni che abbiamo trascorso in quest'aula come alle volte sia necessario leggere nelle pieghe del bilancio e leggere le cifre in un modo che sia al medesimo tempo destinato a rendere giustizia, a far trasparenza delle cifre e degli intendimenti e dall'altro come opposizione a pesare che la lettura, sulla base della trasparenza e sulla base anche della coerenza delle cifre di bilancio possa essere indirizzata, affinché vi sia un mutamento di indirizzo del quadro politico amministrativo dell'attività di governo.

Questo è il compito dell'opposizione, altrimenti si fa testimonianza alla Carlo Palermo, si può godere un giorno di celebrità, ma non si assolve il ruolo per il quale siamo seduti in quest'aula.

Signor Presidente della Giunta, mi permetta di sottoporle alcune considerazioni, che non sono di poco conto, non sono i 30 milioni delle spese di rappresentanza, perché se dovessimo giocare soltanto sui 30 milioni delle spese di rappresentanza, allora faremmo la figura della montagna che partorisce il topolino, la questione che più mi interessa, proprio alla luce di quella capacità di controllo, cui prima facevo riferimento, non può non far riflettere soprattutto chi è destinatario del messaggio e poiché penso, signor Presidente della Giunta, quando lei afferma e dichiara dando un attestato di responsabilità alle opposizioni dicendo che qualche partito di opposizione e di minoranza ha la responsabilità del proprio ruolo, immagino, anche in ragione della testimonianza che a questo proposito possiamo dare, immagino che lei voglia annoverare anche il MSI nell'elenco di quelle forze di opposizione che hanno il senso della responsabilità. Ciò non toglie, signor Presidente della Giunta, che questi dati ci fanno riflettere, sono dati ufficiali che sono contenuti nelle pieghe di bilancio, anche se non emergono dallo stesso.

Ho una sufficiente esperienza, signor Presidente, da poter fare un'analisi comparata delle cifre e mi creda, al di là della documentazione ufficiale cui farò riferimento fra qualche minuto, mi pare che questa comparazione delle cifre possa essere sufficientemente chiara per determinare in chi mi ascolta almeno la convinzione che ci troviamo di fronte ad una gestione che assume il carattere e significato della drammaticità e non voglio a questo punto essere particolarmente catastrofico, perché se immagino che il progetto di informatizzazione del catasto, sta costando cifre da capogiro e parto dal 1990, abbiamo speso solamente 41 milioni, ma dal 1991 siamo saliti a 1 miliardo 762 milioni, nel 1992 a 4 miliardi e 91 milioni, nel 1993 a 3 miliardi e

540 milioni e mi si viene a dire, ad un certo punto, che il soggetto destinatario di queste somme è l'informatica trentina S.p.a.

Quindi rientriamo sempre nel gioco, non usciamo mai da questo circolo vizioso, per il quale possiamo parlare in regione in un certo modo, possiamo parlare lo stesso linguaggio anche in provincia, perché i soggetti non mutano, perché l'informatica trentina è interessata alla questione, sia per quanto riguarda noi come espressione del Consiglio regionale della regione Trentino-Alto Adige, ma ci può riguardare anche nel momento in cui parliamo come consiglieri della provincia autonoma di Trento, dal momento che il soggetto Informatica Trentina S.p.a., guarda caso, nasce per volontà della provincia autonoma di Trento, è un soggetto che ho sempre definito essere parrocchia separata, sono gli ortodossi rispetto ai cattolici, ma pur sempre queste chiese ricevono, alla fine di ogni anno contributi sostanziosi e allora se i contributi sostanziosi vengono erogati dalla provincia - ecco perché contesto l'affermazione della collega Klotz - nella misura di 40 miliardi dalla provincia autonoma di Trento, mi accorgo che una decina di miliardi la regione Trentino-Alto Adige ha comunque liquidato sulla base di forniture di servizi, che l'Informatica Trentina ha dato alla regione.

C'è di più, perché a proposito di trasparenza, colleghi vorrei che poneste veramente mente locale alla necessità di fare trasparenza, il prof. Mario Fedrizzi, non a caso parlavo prima di accademici, che mi risulta essere docente dell'Università di Trento, che faceva parte del comitato della Regione destinato a sovrintendere al progetto di informatizzazione... arrivo alla conclusione Presidente, perché ho altri 7-8 articoli sui quali posso intervenire, quindi portate un po' di pazienza se per caso dovessi sfioracchiare qualche secondo, lo recupererò nel prossimo intervento.

Per concludere questo ragionamento mi pare che sia più che evidente dimostrare come ad esempio nel caso specifico del prof. Mario Fedrizzi, abbiamo questo soggetto accademico inesperto, che si trova nel comitato nominato dalla Giunta regionale per quanto riguarda la informatizzazione del Catasto, il quale si dimette il 24 luglio 1992 dal comitato incaricato per sovrintendere al progetto di informatizzazione e il 7 settembre del 1992, nemmeno due mesi dopo, assume un incarico nel consiglio di amministrazione dell'Informatica trentina!

E' di queste cose che dobbiamo parlare, il bilancio lo si può leggere soltanto se abbiamo come punto di riferimento non già un asettico documento, nel quale vi è una elencazione di cifre con i relativi capitoli, ma il bilancio deve essere eletto in relazione alla effettiva possibilità del bilancio di tradurre in fatti concreti, quotidiani la sua funzione e se sono questi i fatti concreti e quotidiani è evidente che a questo punto non può non sorgere, non parlo di sospetto, parlo di accuse, di denunce.

Concludo, signor Presidente, poiché ho trovato un esecutivo sordo, queste questioni le ho modestamente sottoposte al vaglio delle autorità giudiziarie e mi auguro che l'autorità giudiziaria sappia leggere queste cose, perché delle due o le sa leggere e a prescindere dalla scarsità del personale a sua disposizione le vuol leggere in termini giuridici, oppure a prescindere dal numero dei dipendenti degli addetti di segreteria e dalle informatizzazioni anche della magistratura se uno non le vuol leggere mi si insegna che non c'è niente da fare.

Allora io non sono un rassegnato, ci mancherebbe altro, sono sudato in questo momento perché quanto meno, proprio per ricordare all'amico Palermo che la testimonianza non può essere limitata soltanto a delle comparizioni, mordi e fuggi. Credo che invece la testimonianza politica, se vuole avere spessore e statura, al di là del fatto che parlo dai banchi alti, implica un necessario impegno.

Signor Presidente, mi avvio alla conclusione su questo particolare aspetto, approfittando degli articoli che verranno per introdurre altri elementi di valutazione che ci possono consentire di leggere il bilancio in una forma diversa da quella che mi pare fino adesso sia stata fatta.

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)
(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: La parola al cons. Tosadori.

TOSADORI: Signor Presidente, signor Presidente della Giunta, signori consiglieri, leggendo questo bilancio di previsione con una certa attenzione, ancorché senza le capacità tecniche del collega Boldrini, mi sono accorto e debbo dire che se fossi un suo consigliere o se fossi un suo avvocato le direi: egregio Presidente della Giunta ha fatto male ad accettare la dannosa 'ereditas', meglio avrebbe fatto ad accettarla con beneficio di inventario.

Le competenze residuali della nostra regione, sancite dallo statuto speciale di autonomia, artt. 4, 5 e 6, riducono ormai le competenze di questa istituzione al catasto, al libro fondiario, alla cooperazione e all'antincendi, poco più alla finanza e alla previdenza integrativa. A fronte di queste residuali competenze noi ci troviamo di fronte ad un bilancio di spesa veramente notevole e mi soffermerò poi su alcune cifre per dimostrare l'entità e la notevolezza di questa spesa.

A fronte di spese correnti per catasto, libro fondiario, antincendi per 30 miliardi preventivati in spese correnti e 33 miliardi per spese in conto capitale, ci troviamo dinnanzi ad un bilancio che nel suo complesso prevede un insieme di spese correnti per 388 miliardi in spese correnti e 300 miliardi in spese in conto capitale, per un totale complessivo di 688 miliardi.

Obiettivamente e sinceramente mi sembra che questo bilancio sia esagerato sotto un profilo istituzionale, cioè come insieme delle spese che vanno all'istituzione e insieme delle spese che vanno invece imputate alle materie di competenza. In effetti forse si spiega in questa abnorme situazione il desiderio di trovare un'istituzione più ampia, la quale giustifichi la permanenza o la sussistenza ancora di questa regione. Non mi soffermo nelle diatribe che hanno già soffermato questo Consiglio sull'euroregione.

Un'ultima considerazione vorrei fare. Parliamo di spesa e andiamo alla spesa relativa alla previdenza e assicurazioni sociali, questa spesa in previsione per 109 miliardi, 93 iniziali, definitive 140, porta al 1994 ad un residuo passivo di 59 miliardi 889 milioni, un residuo pari al 52,57% della spesa complessiva di voce. Tenendo conto

poi che questi 140 miliardi e 113 di competenza, sono un terzo della spesa corrente, vi è da chiedersi se sul terzo della spesa corrente più della metà debba andare a residuo passivo. Allora o c'è qualcosa che non va nella previsione di spesa, o c'è qualcosa che non va nell'intero bilancio, perché il dato risulta allarmante.

In questo senso chiedo sia data ragione di un tale sbilancio in ordine a questa voce. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Herr Präsident, ich meine den Präsidenten des Regionalausschusses. Sie sind mit keinem Wort auf die von mir aufgeworfenen Fragen eingegangen und zwar nicht nur auf die politischen Fragen, wo es immerhin um das Schicksal der Region geht, sondern auch auf konkrete Fragen, die Ausgabenseiten betreffen. Entweder geben Sie mir Recht oder Sie sind nicht imstande darauf zu antworten.

Herr Präsident, ich möchte Sie bitten, mich nicht telefonisch zu kontaktieren. Sie haben mich zweimal angerufen, einmal wegen der Ausrichtung dieses neuen Regionalausschusses und dann jetzt jüngst, ob ich einverstanden bin, mit der Einberufung der Kommission am vergangenen Dienstag. Ich verstehe nicht, warum man mich fragt, wenn man mich hier nicht einmal einer Antwort würdigt.

Also wie gesagt, kein Wort über eine Stellungnahmen der Region zur kommenden Bundesverfassung Italiens, über den Schwindel der Euregio, über den Maastricht-Vertrag. Ich habe auch eine Reihe von konkreten Fragen aufgeworfen, z.B. daß man die 77 Milliarden der MwSt.-Einnahme an der Grenze nicht vereinnahmen und daher auch nicht ausgeben wird können. Keine Wort darüber ist gefallen. Auf die Einhaltung des Proporz bzw. die recht merkwürdige Haltung des Rechnungshofes, der sonst selbstverständlich darüber wacht, daß Gesetze eingehalten werden usw. ist auch nicht eingegangen worden. Ich habe z.B. auf die Ausgabe von 500 Millionen für die Zeitschrift, den Vierfarbendruck der Zeitschrift Regione Trentino-Alto Adige - Region Trentino-Südtirol hingewiesen. Ich behaupte, wir könnten uns diese 500 Millionen ersparen, denn sie ist einfach überflüssig. Was das europabezogene Programm betrifft, wo insgesamt 2,5 Milliarden vorgesehen sind und wo es unter anderen heißt: "Das europabezogene Programm sieht für das Jahr 1994 insbesondere die Durchführung von folgenden Initiativen vor: Förderung von Toleranz, Zusammenarbeit und Einigkeit zwischen europäischen Völkern, die finanzielle und organisatorische Beteiligung der Region an der Verwirklichung der vom Europarat in Zusammenarbeit mit der autonomen Provinz Bozen geförderten internationalen Konferenz 'Minderheiten und örtliche Autonomien in der Europäischen Vereinigung" usw. möchte ich nur darauf hinweisen, daß der von der Föderation der Europäischen Volksgruppen dem Europarat vorgeschlagene Entwurf einer Konvention, weit unter dem Buchstaben des Pariser Vertrages ist und diesen, würde sie in Kraft treten, insgesamt entwerten würde. Wir haben damals dazu Stellung genommen und sagen, daß der im Oktober 1992 dem Europarat überreichte Vorschlag einer Konvention über die Grundrechte der Europäischen Volksgruppen als Gegenvorschlag zu den von den Staaten bisher

ausgearbeiteten Entwürfen gewertet werden muß, wobei von Selbstbestimmungsrecht keine Rede ist. Dies, obwohl die Vereinten Nationen in mehreren Resolutionen festgestellt haben, daß das Selbstbestimmungsrecht die Voraussetzung für den echten Genuß aller übrigen Menschenrechte ist und daß die Staaten ein Recht auf die Unversehrtheit ihres Territoriums haben, wenn sie aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes, aufgrund von Volksabstimmungen gebildet worden sind. Das Selbstbestimmungsrecht aller großen und kleinen Völker wird natürlich auch in den Helsinki-Akten unterstrichen und die Europäischen Staaten sind in den Helsinki-Akten verpflichtet worden, jegliche Verletzung dieses Grundsatzes zu beseitigen. In dem jüngst vom Europarat beschlossenen europäischen Abkommen über regionale - und Minderheitenprachen wird einerseits das Recht auf den Gebrauch dieser Sprachen als unveräußerliches Recht behauptet, andererseits wird unterstrichen, daß der Gebrauch dieser Sprachen nicht den Gebrauch der Staatssprache und die Notwendigkeit, diese zu lernen, beeinträchtigen darf. Das von der Föderation der europäischen Volksgruppen vorgeschlagene Abkommen ist weit unterhalb dessen was an sich grundsätzlich im Pariser Vertrag steht und das wird von der Region mit 2,5 Milliarden gefördert. Ich habe auch Fragen in bezug auf die Grundbuchsämter und das Accordinio aufgeworfen. Frage: Was ist mit dem Gesetz, das seit Anfang 1939 in Arbeit ist, das Gesetz "zur Durchführung der EG-Richtlinie 89/646 über die Koordinierung der Gesetzes-, der Verordnungs- und der Verwaltungsbestimmungen betreffend den Zugang zur Tätigkeit der Kreditkörperschaften..." Frage: Was geschieht mit dem Gesetz über die Fürsorgekörperschaften. Es wurden 130 Artikel ausgearbeitet, anstatt die Fürsorgekörperschaften, die privaten Ursprungs sind, die auf eine private Stiftung zurückzuführen sind, aufgrund eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes als Stiftungen anzuerkennen, wenn sie ein entsprechendes Gesuch einbringen.

Und was die Familienrente betrifft, so möchte ich nur kurz darauf antworten: Abg. Morandini, das war sicher ein Versagen in aller Form. Von den 9.000 erwarteten Gesuchen sind nur 300 eingegangen und dies weil das Gesetz so gestaltet worden ist, um den römischen Einwänden Rechnung zu tragen. Was mit diesem Gesetz hätte bezweckt werden sollen ist eine soziale Fürsorge für die Hausfrauen. Sie soll so gemacht werden, wie sie die Region Emilien z.B. gemacht hat. Die Region Emilien hat vor uns mit der Zuständigkeit einer Normalregion ein entsprechendes Gesetz gemacht und wir hingegen haben gesagt: Nein, die Region ist zuständig und man hat dann dieses Gesetz gemacht mit allen diesen Einschränkungen und herausgekommen ist eben alles eher als eine echte Fürsorgemaßnahme für die Hausfrauen. Und ich habe die Frage gestellt: Was geschieht jetzt mit diesem Gesetz und was geschieht mit dem Gesetz über die Fürsorgekörperschaften.

Zuletzt noch möchte ich nur beglückwünschen zu diesem Werk, ich glaube, er hat den Nobelpreis verdient. 16 Seiten ohne etwas Konkretes zu sagen. Es hätte sich wirklich vollkommen erübrigt und ich erwarte mir keine Antwort, Herr Präsident. Mir genügt es, wenn das was ich gesagt habe, zu Protokoll liegt. Aber ich danke - ich brauche keine Antwort.

(Illustre signor Presidente della Giunta regionale!

Lei ha completamente ignorato i quesiti da me posti, sia quelli di carattere politico concernenti il futuro della Regione sia quelli piú specifici inerenti le spese di bilancio. Da ciò non posso che desumere due cose: o condivide le mie posizioni o non è in grado di fornire una risposta.

Signor Presidente, La invito a non contattarmi piú telefonicamente. Ciò è avvenuto ben due volte, la prima per informarmi sull'orientamento di questa nuova Giunta regionale e recentemente per conoscere la mia disponibilità sulla convocazione della Commissione legislativa riunitasi martedì scorso. Mi stupisce che a Lei preme conoscere la mia posizione, se in questa sede non vengo nemmeno degnato di una risposta.

Ho già avuto modo di dire che il Presidente non é benché intervenuto sulla posizione che la Regione intende assumere in ordine alla futura costituzione federale, all'imbroglione della Regione europea ed al Trattato di Maastricht. Inoltre ho posto tutt'una serie di quesiti ben precisi e ho fatto presente che le entrate relative all'IVA d'importazione previste nella misura di 77 miliardi di lire non potranno essere introitate, e di conseguenza non potranno essere spese. Ma l'argomento non è nemmeno stato sfiorato. Il Presidente non ha neppure preso posizione in merito al rispetto della proporzionale e alla bizzarra posizione assunta in merito dalla Corte dei conti, l'organo preposto alla vigilanza del rispetto delle leggi. Ho inoltre richiamato l'attenzione sulla spesa di 500 milioni prevista per la stampa in quadricromia della rivista "Regione Trentino-Alto Adige / Region Trentino-Südtirol". Ritengo che potremmo evitare di spendere questi 500 milioni, in quanto la rivista è, a mio avviso, inutile. Per quanto attiene invece lo stanziamento di 2 miliardi e mezzo per il programma europeistico che per il "1994 prevede in particolare lo svolgimento di iniziative intese a promuovere una cultura della tolleranza, della collaborazione e dell'unità fra i popoli europei, il concorso finanziario e organizzativo della Regione alla realizzazione della Conferenza internazionale 'Minoranze e Autonomie locali nell'unione europea' promossa dal Consiglio d'Europa in collaborazione con la Provincia Autonoma di Bolzano nonché...", mi preme far presente che il progetto di una convenzione presentato al Consiglio d'Europa dalla Federazione dei gruppi etnici europei è largamente inferiore alla lettera dell'Accordo di Parigi che verrebbe svuotato del suo significato qualora questa Convenzione entrasse in vigore. A suo tempo ci siamo espressi a riguardo e ribadisco che il progetto di una convenzione sui diritti fondamentali dei gruppi etnici europei presentato al Consiglio d'Europa nell'ottobre del 1992 deve essere considerato una controproposta ai progetti finora elaborati dagli Stati membri, tenuto conto del fatto che il diritto di autodeterminazione non è nemmeno citato. E questo, sebbene le Nazioni Unite in numerose risoluzioni abbiano ribadito che il diritto di autodeterminazione costituisce il requisito indispensabile per poter veramente beneficiare di tutti gli altri diritti dell'uomo, e che gli Stati debbono poter far valere il diritto dell'inviolabilità del territorio, se essi sono sorti sulla base del diritto di autodeterminazione o in seguito ad un referendum. Il diritto di autodeterminazione dei popoli, piccoli o grandi che siano, è riconosciuto anche negli Atti di Helsinki e gli Stati

europei sono tenuti, proprio sulla base di tali Atti, a porre rimedio a qualsiasi violazione di tale principio. L'accordo europeo sulle lingue regionali e delle minoranze, recentemente approvato dal Consiglio d'Europa, da un lato riconosce quale diritto irrinunciabile l'uso delle lingue di cui sopra, d'altro canto stabilisce però che l'uso di tali lingue non deve danneggiare l'uso della lingua nazionale e la necessità di impararla. L'accordo proposto della Federazione dei gruppi etnici europei è largamente inferiore all'Accordo di Parigi, tuttavia viene sostenuto dalla Regione con 2 miliardi e mezzo di lire. Ho inoltre sollevato delle domande in ordine agli uffici tavolari e all'Accordino a cui vorrei aggiungere un'altra: a che punto si è giunti con la predisposizione del disegno di legge "di attuazione della direttiva 89/646/CEE relativa al coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari ed amministrative riguardanti l'accesso all'attività degli enti creditizi" che è in corso sin dal 1993? Chiedo inoltre di essere informato sul disegno di legge relativo alle istituzioni di assistenza e di beneficenza? Sono stati elaborati 130 articoli anzichè riconoscere agli enti di previdenza di carattere privato lo status di fondazione, conformemente a quanto stabilito dalla Corte costituzionale in una sua sentenza.

Desidero ora invece svolgere alcune brevi considerazioni in ordine alla pensione alle casalinghe. Cons. Morandini, la legge è stata un vero fallimento. Delle 9000 domande ipotizzate, ne sono state presentate solamente 300, e questo perchè la legge venne formulata in modo da tener conto delle riserve espresse dal Governo. Avremmo invece dovuto emanare una legge di carattere assistenziale e non previdenziale, imitando il modello della Regione Emilia che ha esercitato la potestà di regione a statuto ordinario. Noi abbiamo invece insistito sulla competenza della Regione, emanando poi questa legge alquanto restrittiva che costituisce tutt'altro che una misura previdenziale per le casalinghe. Chiedo quindi cosa si intende fare con questa legge e con quella relativa agli enti di assistenza e beneficenza.

Infine vorrei complimentarmi per questa opera che, a mio avviso, è meritevole del premio Nobel. Queste dichiarazioni constano di 16 pagine, ma nessuna di essa contiene delle enunciazioni concrete; per cui ritengo che si sarebbe potuto evitare di pubblicarla. Signor Presidente non attendo una sua risposta; è sufficiente che le mie osservazioni vengano messe a verbale. Ringrazio per l'attenzione e ribadisco che rinuncio ad una eventuale risposta.)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il Presidente della Giunta.

GRANDI: Intervengo, signor Presidente, per riprendere alcune problematiche che sono state trattate negli interventi e vorrei dire anzitutto alla cons. Klotz, che rispetto ogni capitolo c'è da fare riferimento alla legge sostanziale. Questa volta l'edizione del bilancio porta accanto alla indicazione dei capitoli anche i rimandi alle leggi, per cui molte delle questioni che sono state poste possono trovare già riferimento lì. Peraltro posso dire che alcune informazioni possono essere fornite anche da me in questo momento, siccome gli interrogativi sono molti mi sono preso buona nota e posso anche far pervenire delle indicazioni di risposta.

Quello che comunque deve essere certo è che accanto ad ogni capitolo c'è una legge di sostanza come copertura e vi è effettivamente una attività che viene svolta e che sostanzia le competenze della regione stessa. Così tutti quei riferimenti che sono venuti da più parti, per esempio la legge sulla cooperazione europea, la legge sull'aiuto alle persone ed ai paesi impoveriti, trovano dei piani, dei programmi di attività e di intervento, trovano delle attività poi che vengono svolte e penso si possa anche dopo un po' di tempo saggiarne l'efficacia. In ogni caso siamo disponibili a raccogliere tutte le informazioni ed a trasferirle a coloro che vogliono avere risposte certe, precise, concrete rispetto a esitazioni che qui sono state proposte.

Per esempio si parla del progetto di formazione, credo sia importante l'investimento nella formazione a più livelli, relativamente a più ambiti; si è fatto un riferimento da parte della cons. Klotz al cap. 310, il capitolo sulla integrazione europea, sono in grado di fornire tutta la documentazione che mi è stata messa a disposizione proprio anche come obbligo di legge, che prevede che nel momento in cui vengono presentati i bilanci ci sia anche la comunicazione sul lavoro svolto.

Sono stato interpellato sul cap. 636, posso dire che è un capitolo provvisorio, abbiamo dovuto prevedere questo capitolo per introitare intanto per conto dello Stato, per conto del Ministero della Difesa una entrata che poi sarà trasferita alle due province, per quanto riguarda il risarcimento dei danni provocati dalle attività del Ministero della Difesa. In attesa della quantificazione esatta viene introdotto come criterio di riparto quello della suddivisione in due parti uguali, generalmente questo è il criterio del riparto.

Dopo di che il cap. 610, anche per prosciugare un pochino e venendo incontro al discorso che qui è venuto di una razionalizzazione di un superamento di spese forse non del tutto utili, il cap. 610 abbiamo deciso di toglierlo; il 605 riguarda le tesi di laurea, credo che questa sia una spesa, certo non di grande sostanza perché sono poi 30 milioni, ma che sia anche questo uno strumento che tiene vicino, che consente il dialogo con i giovani, che consente la valorizzazione. Però non voglio soffermarmi su questi singoli capitoli, perché come dicevo prima preferirei per ogni capitolo, che mi sono annotato, preparare la scheda e farla pervenire a chi è intervenuto.

Volevo invece assicurare dal punto di vista della sostanza che dietro ad ogni capitolo non c'è effimero, c'è una legge che questo Consiglio regionale ha voluto e c'è un'attività che viene dispiegata, che in parte viene finanziata con l'intervento pubblico, in ogni caso siamo più che disponibili anche ad accogliere queste sollecitazioni, ma non nell'ottica del superamento o della chiusura, nell'ottica eventualmente di una migliore valorizzazione degli strumenti normativi e legislativi che fanno capo alla regione e che sono stati voluti dai Consigli regionali.

Rispetto all'intervento del cons. Taverna credo che nella prima parte quell'intervento possa essere sicuramente considerato come un intervento quasi inconfutabile e rispetto invece a quanto affermava nella seconda parte, quando si riferiva al progetto di informatizzazione del catasto e del tavolare, posso dire che la Giunta intende proseguire nel processo di informatizzazione, anche se ha già dato incarico all'assessore competente di fare delle verifiche sul come e laddove non si ritenesse più

opportuno procedere lungo la strada fino a questo momento seguita ed imboccarne decisamente un'altra. Quindi terremo conto anche delle sollecitazioni che ci sono venute dal cons. Taverna.

Volevo dire al cons. Tosadori, che interpellava attorno al problema del rapporto tra competenze residue in capo alla regione e risorse finanziarie disponibili, evidenziando una sorta di sfasatura per eccesso, volevo dire che questo è sicuramente uno degli interrogativi che anche la Giunta regionale intende porsi.

Alcuni ragionamenti li ho voluti inserire nella relazione che accompagna il bilancio, per far capire quali sono le linee di tendenza, qual è la strategia, anche dal punto di vista finanziario, però non c'è ombra di dubbio che dopo il dibattito, dopo il lavoro già fatto in queste prime tre settimane ci vogliamo considerare impegnati anche a rispondere a questo che è un interrogativo di fondo, del quale preannuncio saremo in grado di rendere conto sicuramente già nella presentazione del prossimo documento contabile.

Il riferimento poi che lei ha fatto al problema dei 52 miliardi a residui, ho raccolto le informazioni e sono in grado di dirle che questo è dovuto a tardato accordo nel riparto dei fondi.

Cons. Benedikter, non è che non ci sia volontà di non risposta, per l'amor di Dio, il fatto è che sulle questioni di fondo, di strategia della politica regionale, esistono posizioni che sono essenzialmente diverse, allora è la diversità che mi impegna a tener conto anche delle sue posizioni, ma è la sostanziale diversità che mi porta anche a dire che tante volte non è agevole il confronto, perché se partiamo dalla ipotesi che l'obiettivo strategico finale deve essere quello della cancellazione delle istituzioni o della difficoltà a trovare una motivazione per la sua stessa esistenza, lei capisce quanto questo crei problemi in chi ha la responsabilità pro-tempore invece di guidare l'esecutivo. Però la posso assicurare che non vi è sottovalutazione degli importanti ragionamenti anche sul piano giuridico, che tante volte lei in questa sala ci rassicura.

Sul problema dell'IVA, che è una di quelle questioni sulle quali lei tante volte si sofferma, posso dire che abbiamo dovuto mettere quello che è nel bilancio, perché esistono delle trattative ancora in corso, più segnatamente posso dirle che i proventi dell'IVA interna e dell'IVA sulle importazioni sono state quantificate il primo in 147 milioni, con un incremento previsto di 5 mila milioni, in percentuale più il 3,52% circa, rispetto all'importo indicato nel decorso esercizio, mentre il secondo viene prudenzialmente contenuto nell'importo di 77 mila milioni pari a quello del precedente esercizio. E' noto infatti, ecco la ragione per la quale abbiamo dovuto riscriverlo, che l'abbattimento delle barriere doganali fra i paesi della Comunità Europea disposto a decorrere dal 1° gennaio 1993, ha prodotto i suoi primi effetti sull'IVA all'importazione che è venuta a cadere.

Quindi pur con le garanzie derivanti dall'art. 6 della legge 30 del 1989, n. 386, confermata con l'art. 11 della norma di attuazione finanziaria approvata con decreto legislativo, è doveroso, nell'attesa degli eventi definitivi, mantenere questo cespite entro i limiti delle previsioni appurate dal decorso esercizio; quindi questa è la ragione per la quale si trova ancora traccia dell'IVA nel nostro bilancio. Quindi in attesa della

conclusione delle trattative con il Ministero del tesoro abbiamo dovuto mantenere aperto questo capitolo.

Per quanto riguarda la legge sulla integrazione europea se ne è parlato in più parti, l'obiettivo nostro è quello del mantenimento e del potenziamento della legge e anche delle risorse finanziarie, è quello piuttosto di una finalizzazione migliore, di una finalizzazione forse più conseguente rispetto ad alcuni obiettivi che possono essere meglio precisati.

Sul progetto della previdenza ne abbiamo parlato più e più volte, vi è un lavoro svolto nella scorsa legislatura, vi sono alcune rettifiche, anche se naturalmente va difeso il lavoro fatto che devono essere apportate e vi è soprattutto l'impegno programmatico di ipotizzare un progetto organico per dare seguito a questa che è sicuramente una competenza molto importante e su questo vi è l'impegno della Giunta regionale subito dopo l'approvazione del bilancio di mettersi al lavoro, perché questo progetto è uno di quelli che meglio dovrebbero sostanziare l'attività della Giunta regionale.

PRESIDENTE: Siamo in votazione dell'art. 2. E' stata chiesta la verifica del numero legale. Favorevoli? Contrari? Astenuti?

L'art. 2 è approvato con 29 voti favorevoli, 10 contrari e 2 astenuti.

Art. 3

Stato di previsione della spesa

1. E' autorizzato l'impegno e il pagamento delle spese della Regione per l'esercizio finanziario 1994 in conformità dell'annesso stato di previsione della spesa.

Art. 3

Voranschlag der Ausgaben

1. Die Bereitstellung und die Zahlung der Ausgaben der Region für die Finanzgebarung 1994 werden entsprechend dem beigeschlossenen Voranschlag der Ausgaben bewilligt.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Boldrini, ne ha facoltà.

BOLDRINI: Signor Presidente, colleghi consiglieri, vorrei cominciare l'esame di questo terzo articolo, sul quale tutti noi abbiamo già evidenziato questa Giunta non ha particolari responsabilità, però ha le responsabilità di quanto dichiarato dal Presidente.

Allora comincerei esaminando quanto detto dal Presidente Grandi a pag. 8: "Sul versante delle entrate, e poiché la finanza regionale è per oltre l'80% finanza derivata..." vorrei fermarmi a questa prima considerazione, che tutti conosciamo benissimo, ma che merita una riflessione attenta. La nostra è una finanza derivata, ciò significa che i soldi che entrano nella regione o nella province escono dalle tasche dei

contribuenti trentini o altoatesini, vanno a Roma, che se li trattiene, e poi quando ritiene opportuno, quando non li spende in altro modo, un po' alla volta, con molta calma ce li rimanda.

Ora voi sapete che il nostro movimento, nell'ambito di un federalismo che esalta le autonomie locali, non le deprime o le annulla, questo lo vorrei ricordare anche al Presidente del Consiglio regionale, il nostro movimento esalta le autonomie locali, uno degli aspetti principali è che noi si chiede una trasformazione della finanza da finanza derivata a finanza propria.

Faccio scappare il Presidente, ma sono contento di avere anche il Vicepresidente, è un po' più cattivo, ma insomma, è un po' più cattivo lei eh!

Nell'ottica dell'aspirazione del nostro movimento di passare da una finanza derivata a una finanza propria e come sono andate le cose il 27 e 28 marzo può darsi che un passo avanti nel senso da noi auspicato sia prevedibile, bisogna porre mente ad un altro aspetto, secondo noi importantissimo, finanza derivata o finanza propria le entrate che derivano dai prelievi tributari, che sappiamo sono la stragrande maggioranza delle entrate, non aumenterà, anzi è nostro impegno e di Forza Italia, ma anche dei movimenti che la hanno assecondata, di diminuire la pressione fiscale. Se questo sarà possibile lo vedremo, sicuramente di non aumentarla, non aumentando la pressione fiscale automaticamente diminuisce, perché l'economia non va bene e se l'economia non va bene le entrate non possono aumentare, ma possono solo diminuire, ma noi sappiamo che nel programma di governo c'è anche l'intenzione di una diminuzione del gettito in assoluto, lo vedremo se ci riuscirà, sicuramente comunque non aumenterà.

Siccome ci auguriamo di arrivare al federalismo che è l'obiettivo per il quale è nata e si batte la Lega Nord, come esaltazione dell'autonomia, ma sappiamo che autonomia significa anche autonomia finanziaria o prevediamo, una volta raggiunto questo obiettivo, che la nostra regione incrementi, dotata di autonomia finanziaria propria e di possibilità di prelievo fiscale proprio, la richiama ai cittadini di pagare più tasse, cosa che ci metterebbe in una squalifica nei confronti dei nostri concittadini, cosa che noi ci batteremo perché non avvenga, o noi dobbiamo prevedere che finanza derivata o finanza propria le entrate diminuiscano e su questo credo non ci siano possibilità di dubbio.

Ora siccome le entrate sono la fonte alla quale si abbeverano le spese, se le entrate diminuiscono evidentemente bisogna ridurre le spese.

Abbiamo già messo in evidenza nel nostro intervento di ieri come quasi l'80% delle uscite sia costituito da spese correnti. Ora domandiamo, e qui cessa la non responsabilità della Giunta e inizia la sua vera responsabilità, non abbiamo visto nelle dichiarazioni programmatiche del Presidente come intende eliminare o ridurre questa discrasia tra uscite bloccate sull'80% da spese correnti e il fatto che le entrate inevitabilmente stanno calando. Abbiamo preso atto, ma non ci accontenteremo Presidente Grandi, perché la controlleremo attentamente, ma abbiamo preso atto in questo momento che lei sta avviando un processo di privatizzazione, vedremo se le sue promesse sono come quelle di Cirino Pomicino o se invece si fa qualcosa di vero in questo campo.

Noi riteniamo che la strada della privatizzazione non possa comportare una inversione completa di tendenza, con un valore così elevato di spese correnti non siamo a livello di una regione progredita, siamo a livello di una regione dell'estremo sud, ma non italiano bensì estremo sud mondiale, perché quando un'amministrazione riesce a complicare così tanto le cose, in gran parte per motivi clientelari, a creare la burocrazia così contorta e pletorica da portare le spese correnti all'80% del bilancio, questo naturalmente non è colpa di questa Giunta, ma la Giunta è nata dai lombi della Giunta precedente, perché le persone in parte possono essere cambiate, ma l'origine è quelle e quindi voi figli siete colpevoli delle colpe dei vostri padri.

Allora Presidente Grandi avete bisogno di purificarvi l'anima, voi che siete democristiani dovete fare una pulizia generale, dimostrandoci con i fatti che importante è una previsione di diminuzione, di decremento di quella altissima percentuale di spese correnti che, se rimane a questi livelli, ci porterà addirittura alla paralisi e vorremmo vedere e sentire nel suo intervento quale strada intende percorrere per arrivare ad ottenere un risultato immediato, non differibile nel tempo, un risultato immediato di diminuzione delle spese correnti, perché purtroppo quello che scrive lei ci preoccupa e non è su questa linea, perché lei a pag. 9 dice: "E' essenziale vengano garantite, sia nella quantità come nel trend le entrate fiscali". Devono essere garantite sia nella quantità come nel trend, il che vuol dire che, se non sono garantite e noi siamo sicuri che nessuno le dà questa garanzia e siamo sicuri che le entrate diminuiranno, mentre lei spera che le risorse attualmente disponibili vengano garantite.

Se lei andasse in banca, il fido non glielo darebbero, forse la banca di Trento e Bolzano sì, non ha bisogno di grosse garanzie abbiamo visto, ma altre banche no, perché le sue garanzie sono labili, le sue garanzie non sono affidabili e allora se diminuirà questa disponibilità e nella quantità e nello sviluppo, nella prospettiva, quali iniziative prendere, perché non si può puntare solo sul fatto che si mantengano, bisogna prevedere un amministratore accorto, che sia amministratore di una società privata o di un ente pubblico è la medesima cosa, ma un amministratore accorto non può prevedere che tutto vada bene nel senso da lui sperato, può sperare che vada bene, ma un amministratore accorto deve prevedere che non vada così bene e deve preconstituire un percorso alternativo, che non lo trovo nelle sue dichiarazioni e che mi auguro di ascoltare nella sua risposta.

Questo percorso alternativo deve iniziare da subito, andando a pescare in quelle voci di spesa che sono finora non utilizzate o male utilizzate e ce ne sono per decine e decine di miliardi e forse per qualche centinaio, non gliele voglio suggerire io, voglio ascoltarlo da lei, in modo che l'impegno sia dell'organo istituzionale e non dell'opposizione. Ci auguriamo veramente di sentire nella sua replica questo tipo di intervento, considerato che siamo certo che le entrate diminuiranno e questo per noi è un dato che assolutamente ci preoccupa. Grazie.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Vecli und dann die Abg. Klotz. Prego, consigliere.

PRESIDENTE: Il prossimo oratore iscritto a parlare é il cons. Vecli e successivamente la cons. Klotz.

Dapprima concedo la parola al cons. Vecli.

VECLI: La ringrazio, signor Presidente. Avevo due brevi domande da porre al Presidente Grandi, mi sono cimentato in un compito che non è mio, ma già stamattina qualcuno aveva posto una domanda a cui credo non sia stata data risposta e siccome sono abituato al fatto che i conti debbono sempre tornare e visto che qui le somme non danno ragione a chi le ha proposte, ripropongo l'interrogativo.

Per quanto riguarda il cap. 2300 a pag. 89, poi è stata data la pag. 90, non riesco a capire se quei 4.500 mi vanno a sostituire quegli interventi straordinari a favore delle camere riportati a 3.500 o se vanno a sostituire la voce: altri interventi.

Comunque sia la risposta, il totale non dovrebbe rimanere tale, quindi le chiedo, signor Presidente, se vorrà dare qualche nota di spiegazione.

Un'altra domanda al cap. 670 della pag. 87: 'Interventi nel settore dell'organizzazione e del personale' quei 4.800 vorrei chiedere esattamente cosa rappresentano e quali idee o quali progetti siano in atto, anche perché ritengo che una somma del genere dovrebbe comunque rappresentare un qualcosa di molto definito e di particolareggiato. Gradirei avere delle risposte precise. La ringrazio.

PRÄSIDENT: Danke Abg. Vecli.

Das Wort hat die Frau Abg. Klotz.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Vecli.

La parola va ora alla cons. Klotz.

KLOTZ: Wir sollen hier jetzt also die Bereitstellung der Ausgaben der Region für diese Gebarung entsprechend dem Voranschlag bewilligen. Ich glaube, das ist doch eine große Verantwortung. Wenn man den Haushaltsplan im Detail durchgesehen hat und das habe ich gemacht, dann ist schon das eine und andere anzumerken. Immerhin muß hier auch gesagt werden, daß auch die Kompetenzen für 1995 und 1996 bewilligt werden und die unterscheiden sich überhaupt nicht von der Kompetenz für 1994. Infolgedessen also will man ganz klar mit diesen Methoden und auch in dieser Zielsetzung weitergehen. Man denkt also daran und ist dabei, diese Region auch für die kommenden zwei Jahre entsprechend auszustatten. Das zum einen.

Dann natürlich muß man auch ein wenig auf das letzte Jahr eingehen, denn wir haben so viel Kassarückstände wie wir heuer für dieses Jahr 1994 in der Kompetenz eingeschrieben haben und das sagt allerhand über die Verwaltung der Region aus. Selbstverständlich hat das auch mit dieser Regierung zu tun. Natürlich. Es

zeigt, wie man hier zu wirtschaften gewohnt ist und ich glaube, daß das keine gute Art ist.

Ganz konkret aber, Herr Präsident des Ausschusses, hatte ich zwei Fragen und die schlagen sich natürlich auch in diesem Artikel nieder. Ich hatte zwei ganz präzise, wichtige Fragen, die nicht beantwortet worden sind und ich möchte Sie ersuchen, im Zusammenhang mit Ihrer Antwort zu diesem Artikel dazu Stellung zu nehmen. Es handelt sich zum einen um das Kapitel 110: "Beiträge und Unterstützungen an das Personal für die Teilnahme an Sonderlehrgängen zur technischen und sprachlichen Vervollständigung auch im Ausland. Ausgaben, Beiträge und Unterstützungen für die Durchführung von Sonderlehrgängen zur technischen und sprachlichen Vervollständigung für das Personal". Ich hatte dazu einige Gedanken angebracht und mich interessiert nicht nur die Ausgabe von 500 Millionen in der Kompetenz und 790 Millionen in der Kassa, sondern auch die politische Frage: Wie ist es um den Willen bestellt, tatsächlich die deutsche Sprache innerhalb des Personals der Region vollwertig anzuerkennen? Ich hatte Ihnen gesagt, daß Angestellte darüber klagen, daß eben von seiten italienischer Beamter ein ganz konkreter Widerwille besteht und daß sie unter Druck gesetzt werden, wenn sie ihre Sprache gebrauchen wollen. Wird dieses Geld konkret dafür eingesetzt, daß eben, wie hier großartig steht, die sprachliche Vervollständigung erzielt wird? Das ist die eine wichtige Frage Herr Präsident, die Sie nicht beantwortet haben und dann auch noch die andere wichtige Frage nämlich: Ausgabenkapitel 500. Hier ist die Rede vom "jährlichen Mitgliedsbeitrag an die Höhere Anstalt für die Ausbildung des Personals der Regionen und der örtlichen Körperschaften mit dem Sitz in Venedig". Meine konkrete Frage war: Was wird dort gelehrt? Wer wird dort hingesandt? Was hat die Region davon? Es ist immerhin eine Kompetenz von 175 Millionen, Kassa 176 Millionen. Aber was geschieht dort in Venedig? Was für eine Ausgabe ist das? Wozu?

Das waren die beiden wichtigen Frage und es ist vielleicht natürlich und das können wir verstehen, daß Sie nicht auf Äußerungen oder Fragen im Zusammenhang mit den sogenannten Diensten des Präsidiums des Regionalausschusses eingehen. Denken Sie an die Bedeutung des Wortes "dienen". Hier hat man mehr den Eindruck, daß es um den Ausdruck "bedienen" geht. Die Amtsentschädigung für die Präsidenten, die Amtsentschädigung mit einer Kompetenz von 420 und Kassa von 420 Millionen und in den nächsten Jahren 1995 und 1996 genau auch 400 Millionen. Da gedenkt man nicht zu sparen. Dann noch die Ausgaben für die Reisen und die Assessoren von 150 Millionen in der Kompetenz und von 180 Millionen in der Kassa und für 1995 und 1996 wiederum dieselbe Kompetenz von 160 Millionen. Ich hatte klar die Frage gestellt, wie sie das verantworten, wo sie doch alle einen Dienstwagen zur Verfügung haben? Dr. Pahl, das ist ja nicht das einzige. Es gibt auch die Kapitel unter der Rubrik Ankauf von Gütern und Diensten. Es gibt ja noch die Selbstbedienungsartikel, Ausgabenkapitel 75 mit den Aufwandsspesen des Präsidenten des Regionalausschusses und der Assessoren, Kompetenz 270 Millionen, Kassa 400 Millionen, Kompetenz für 1995 genauso 270 Millionen und für 1996 auch 270 Millionen.

Dann noch das Kapitel 90, in welchem man selbstverständlich die Leute aufklärt und von der Wichtigkeit dieser Institution überzeugt ist, und zwar mit einer Kompetenz von 1.200.000.- und Kassa von 1.800.000.-, Kompetenz für 1995 von 1.300.000.- für 1996 ganz genauso wieder auch 1.300.000.-.

Herr Präsident, vielleicht sagen Sie, ob Sie das selber wirklich im innersten mittragen können, diese Fülle an Ausgaben und Diensten.

(Siamo ora chiamati ad approvare gli impegni di spesa della Regione sulla base degli stati di previsioni di questo esercizio, assumendoci una grande responsabilità. Chi come me ha letto attentamente questo bilancio, avrà sicuramente alcune osservazioni da fare. Innanzitutto bisogna tenere presente che ci apprestiamo ad approvare i bilanci di competenza anche per gli esercizi 1995 e 1996, che non si differenziano dal bilancio di competenza dell'esercizio in corso. Da ciò ne consegue che si intende, anche in futuro, portare avanti metodi ed obiettivi già noti; anche per i prossimi due anni la dotazione finanziaria della Regione é garantita. Questo in primis.

Ritengo sia inoltre opportuno esaminare piú accuratamente i dati dell'esercizio appena conclusi. I residui di cassa si assestano sulla somma preventivata in termini di competenza per l'esercizio 1994 e ritengo che ciò sia indicativo per l'amministrazione della Regione. Ovviamente tale aspetto é connesso anche con l'orientamento di questa Giunta; dimostra come si era soliti amministrare e non ritengo si possa esprimere un giudizio positivo in merito.

Signor Presidente della Giunta, ho testè posto due quesiti ben precisi che trovano rispondenza in questo articolo, a cui Lei però non ha dato risposta. La invito pertanto a provvedervi nel corso della Sua replica su questo articolo. Mi riferisco al capitolo 110 "Contributo e sussidi al personale per la partecipazione a corsi speciali di perfezionamento tecnico e linguistico anche all'estero. Spese, contributi e sussidi inerente all'esecuzione di corsi speciali di perfezionamento tecnico e linguistico per il personale". Avevo espresso alcune osservazioni in merito a questo capitolo e, non mi riferisco solamente alla spesa di 500 milioni in termini di competenza e di 790 milioni in termini di cassa, ma anche al quesito di carattere politico: esiste veramente la disponibilità a livello regionale di attribuire alla lingua tedesca il riconoscimento che, a pieno titolo, le spetta? Ho già avuto modo di ricordare che i dipendenti lamentano il fatto che i funzionari di madrelingua italiana esercitano pressione sui colleghi di madrelingua tedesca che intendono avvalersi dell'uso della propria madrelingua. I mezzi finanziari di cui sopra, saranno effettivamente impiegati per giungere al perfezionamento linguistico? Si tratta, a mio avviso, di un quesito di notevole rilevanza, signor Presidente, al quale Lei non ha dato risposta. Inoltre ho posto un quesito in ordine al capitolo di spesa n. 500 "Quota annua di associazione all'Istituto Superiore per l'Addestramento del personale delle Regioni e degli Enti Locali con sede in Venezia." La domanda da me posta era la seguente: Che tipo di addestramento viene offerto a Venezia, chi partecipa ai corsi? Quale vantaggio ne deriva per la Regione? Si tratta pur sempre di una somma di 175 milioni in termini di competenza e di 176

milioni in termini di cassa. Vorrei quindi mi si spiegasse cosa si svolge a Venezia, di che tipo di spesa si tratta e per quale scopo?

Questo per quanto atteneva le mie due importanti domande. E' quasi comprensibile che Lei non voglia prendere posizione in merito alle osservazioni ed ai quesiti circa i cosiddetti servizi dell'Ufficio di Presidenza della Giunta regionale! Tuttavia La invito a riflettere sul significato del termine "servire". Ho l'impressione che in questo contesto il termine assuma la connotazione di 'servirsi di qc.' anzichè di 'servire'. Il capitolo relativo all'indennità di carica al Presidente della Giunta è dotato di 420 milioni di lire in termini di competenza e di cassa per l'esercizio 1994, nonchè di 400 milioni per il 1995 e il 1996. Questi capitoli non sono si distinguono certamente per la parsimonia. A queste spese si aggiungono quelle per viaggi del Presidente e degli Assessori dell'ammontare di 150 milioni in termini di competenza e di 100 milioni in termini di cassa per il 1994, e di 160 milioni in termini di competenza per gli esercizi 1995 e 1996. Le avevo chiesto come può giustificare queste spese, considerando che tutti dispongono anche della macchina di servizio. Dott. Pahl non è l'unica cosa! Esistono anche i capitoli alla rubrica 'Acquisto di beni e servizi', il capitolo di spesa n. 75 relativo alle spese di rappresentanza del Presidente della Giunta regionale e degli Assessori preventivato con 270 milioni di lire in termini di competenza e 400 milioni in termini di cassa. Il bilancio di competenza prevede inoltre 270 milioni per il 1995 e 270 milioni per il 1996.

Segue poi il cap. 90 dotato di 1.200.000 in termini di competenza e di 1.800.000 in termini di cassa: con tali stanziamenti si dovrebbero finanziare le attività di rappresentanza tese ad evidenziare l'importanza di questa Regione. Gli importi preventivati per il 1995 ammontano a 1.300.000, quelli per il 1996 a 1.300.000 di lire.

Forse il Presidente ci potrà dire se, dal suo intimo, si sente di poter sostenere tutte queste spese e questi servizi).

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abg. Klotz.

Der nächste Redner ist der Abg. Holzmann. Er hat das Wort. Bitte schön.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Klotz.

Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons. Holzmann. Prego, ne ha facoltà.

HOLZMANN: Grazie, signor Presidente. Non mi dilungherò molto sulle considerazioni di bilancio espresse da molti altri colleghi che mi hanno preceduto, però mi devo associare, laddove si è evidenziata una carenza tecnica nel bilancio, nella misura in cui le spese correnti assommano a circa 75% del bilancio per questo esercizio e sono destinate a crescere negli esercizi successivi fino ad arrivare a quasi il 90%, quindi con un residuo troppo basso per quanto riguarda le spese in conto capitale, che sono quelle poi destinate agli investimenti.

Nel corso di questo brevissimo intervento vorrei porre l'accento su un aspetto che non è stato sufficientemente considerato, un piccolo aspetto fra le spese del

nostro bilancio, che è quello del cap. 90, le spese per i servizi stampa e informazione. Ora riteniamo che un organo come la regione debba promuovere la sua immagine, debba far conoscere al cittadino quello che viene fatto, però riteniamo che questa funzione, che deve essere assolta dall'ufficio stampa, debba essere contenuta entro certi ragionevoli limiti di buon gusto e di parsimonia.

Prevedere 1.200 milioni per questo tipo di spese, destinate a crescere fino a 1.300 ci sembra veramente non solo eccessivo, ma esagerato. Tra l'altro non sempre gli interventi dell'ufficio stampa sono, a nostro avviso, degni del consiglio che devono servire. Recentemente abbiamo presentato un'interrogazione sull'operato del capo dell'ufficio stampa, dott. Magagnotti, che si è portato a Bolzano con tanto di troupe televisiva per riprendere un consigliere che autonomamente aveva deciso di organizzare una spedizione di aiuti per la Bosnia e naturalmente oltre ai costi della troupe e dell'ufficio stampa che si è impegnato, ci sono stati anche i costi di diffusione di questo messaggio promozionale ad uso e consumo del consigliere interessato, che nella fattispecie è l'attuale Vicepresidente della Giunta regionale, ma non ci risulta che analogo trattamento sia stato riservato ad altri consiglieri, chi vi parla qualche anno fa si mise alla testa di una colonna di 12 autocarri per portare aiuto alla Romania, ma non mi è nemmeno passato per l'anticamera del cervello di rivolgermi all'ufficio stampa della regione, affinché provvedesse a diramare questa mia iniziativa, del tutto personale, agli organi di stampa.

Però questo viene fatto naturalmente tenendo ben distinte e separate le funzioni, cioè di chi fa parte della Giunta o comunque della compagine di maggioranza e di chi invece fa parte dell'opposizione, delle forze di minoranza, rispetto al quale nessuna informazione è dovuta.

Riteniamo che questo modo di fare informazione non sia in sintonia con quei criteri di equità, di equilibrio e di buon gusto che dovrebbe contraddistinguere l'attività di un ufficio stampa posto al servizio di un ente. Altresì non siamo d'accordo su certe spese che sono state fatte per l'organizzazione di convegni di dubbia utilità e di scarsissima partecipazione, promossi con grande dispendio di mezzi, con stampa di dispense di interventi di questo o quel relatore, che guarda caso facevano parte della Giunta, qui mi riferisco al passato, naturalmente non è una critica in questo caso per la Giunta che si è da poco insediata, ma è solamente un richiamo a comportamenti che sono stati messi in atto negli anni scorsi e che noi ci auguriamo non vengano più riproposti nel corso di questa legislatura.

Quindi ci dispiace dover prendere atto di questo mantenimento di un importo così elevato per le spese destinate al settore della stampa e informazione, riconosciamo all'attuale Presidente della Giunta il fatto che questo bilancio è stato predisposto tecnicamente, ma soprattutto politicamente dalla Giunta che lo ha preceduto, ma crediamo con questo di dover richiamare ad una maggiore parsimonia nei confronti di certe spese, che dovrebbero essere contenute anche per motivi di buon gusto, perché molti si chiedono se i mezzi a disposizione della Giunta regionale, in funzione delle competenze che realmente è in grado di poter esercitare, non siano forse

un po' troppo larghi e quindi per poter impiegare totalmente i fondi a disposizione si debba ricorrere anche a questi mezzi.

Ci auguriamo che non sia così e confidiamo realmente che questa Giunta regionale sappia dare un'impostazione diversa e più qualificata e quindi destinare il denaro pubblico verso investimenti che siano produttivi, anziché nei confronti di spese che si possono essere utili e celebrative nei confronti dell'attività degli assessori, ma che certamente a chi vi parla e al gruppo che rappresenta non piacciono.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Divina. Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Divina.

Prego, ne ha facoltà.

DIVINA: Giustamente come qualche consigliere ha ritenuto di dover puntualizzare, rimaniamo fissi ai punti sui capitoli di spesa, visto che l'argomento è proprio la spesa nel dettaglio e l'approvazione dell'art. 3 relativo al contesto della sommatoria delle spese del bilancio della regione.

Vorrei partire da un punto che incarna anche tutta la discussione generale fatta sull'argomento nella mattinata che ha preceduto, cioè il funzionamento dell'organo regione.

Partirei dal cap. 5 che parla di indennità di carica al Presidente ed ai consiglieri regionali. Vediamo che è un importo significativo, sono 420 milioni all'anno che diviso semplicisticamente per 7, senza considerare le differenziazioni tra Presidente ed assessori, significherebbero 60 milioni di indennità per consigliere a testa, non considerando che al Presidente competono altre indennità di carica per rappresentanza dell'ordine di qualche altra trentina di milioni.

Il punto significativo, al di là del percepire l'indennità di consigliere regionale, discussione che dovrà essere affrontata nei prossimi giorni, già dibattuta, contestata, i consiglieri percepiscono troppo e via dicendo, ma sull'argomentazione indennità agli amministratori una puntualizzazione va fatta e va fatta nel contesto dell'opera che svolgono questi signori.

Nota per esempio che uno degli assessori che si dà più da fare dovrebbe essere quello competente in materia di cooperazione, un assessore che gestisce ben 8 miliardi e 30 milioni di bilancio. Voglio fare un paragone molto facile e comprensibile, la provincia autonoma di Trento e similamente anche quella di Bolzano hanno un bilancio che oltrepassa di poco i 4 mila miliardi, che diviso i 10 assessori di cui compongono la Giunta possiamo dire 400 miliardi a testa. Bene, tutto il bilancio dell'ente regione non somma complessivamente a 400 miliardi, perché è di 380 miliardi.

Questo direbbe che un solo assessore potrebbe, in rapporto al carico di lavoro prendendo a paragone il volume di denaro da trattare, un Presidente potrebbe svolgere tutte le funzioni che adesso fanno capo all'intera Giunta, ma ho parlato di un assessore che ha relativamente somme e stanziamenti da amministrare, ma poi mi

chiedo - e qui casco nel drammatico - quando vado a leggere che l'assessore all'Accordino, che mi sembra sia anche Vicepresidente della Giunta, ha un bilancio di 200 milioni all'anno. Al di là dell'esigua spesa, che abbiamo capito già dal numero l'entità del tutto, parliamo di Accordino che già oggi potremmo mettere in preventivo che non c'è più, credo manchi soltanto un atto formale da parte del governo austriaco perché si perfezioni l'iter dell'entrata anche dell'Austria nella Comunità europea. Sappiamo già che un accordo non serve, manteniamo una struttura burocratica che fa capo anche ad un uomo nell'esecutivo, con un bilancio irrisorio, a questo punto ritorno su argomentazioni già fatte di qualche altro collega, che si chiede come fanno gli assessori regionali a tirare a sera.

Se poi costassero nulla e questi assessori pretendessero soltanto una poltrona e una carica di prestigio ne potremmo anche accettare di elargire soddisfazioni, ma mi sembra che non elargiamo soltanto soddisfazioni personali, si elargiscono fiori di soldoni.

Vorrei far presente al cons. Taverna, che nel suo intervento affermava che i consiglieri facevano elucubrazioni, affermazioni generali per ricordare che anche stamattina i nostri consiglieri ed io stesso abbiamo fatto puntualizzazioni sia sull'entrata, quando si è parlato della delle entrate della regione, come stiamo facendo in questo momento, nel verificare come vanno spesi questi finanziamenti.

Condivido l'impostazione data dal cons. Benedikter che diceva a cosa serve una discussione sul bilancio, una discussione dettagliata, puntualizzata articolo per articolo, dove i consiglieri leggono il bilancio, ma dopo averlo letto, interpretato e non capito formulano richieste e domande che rimangono inevase. A questo punto ci chiediamo se vale la pena continuare ad espulciare nel dettaglio, pertanto cons. Benedikter lei ha perfettamente ragione, ma noi siamo chiamati anche a fare questo ingrato compito, anche se poi la soddisfazione, che non costa nulla, a noi non viene data per avere una risposta.

Una delle cose di cui chiederei al Presidente è relativa al cap. 562, in quanto come posta a bilancio nella spesa risultano 330 milioni per l'affitto di locali, conoscendo l'organizzazione della regione non ci risulta che, al di là del palazzo, esistano locali... ho esaurito il mio tempo Presidente? Allora mi sta provocando, perché ogni tanto mi suona il campanello...

(Unterbrechung - interruzione)

PRÄSIDENT: Entschuldigung, Frau Chiodi. Man hat mich aufmerksam gemacht, daß Personen, die nicht zum Regionalrat gehören, nicht in die Aula hereindürfen.

Entschuldigung Abg. Divina. Mi scusi.

PRESIDENTE: Mi scusi cons. Chiodi, ma mi è stato segnalato che le persone estranee al Consiglio non possono introdursi nell'emiciclo ove siedono i consiglieri.

Cons. Divina, mi scuso per averLa interrotta.

DIVINA: In un campo di calcio si invocherebbe il recupero, chiedo di poter avere questo micro margine di tempo.

Per cui chiederei se esistono altre strutture, delle quali i consiglieri non sono a conoscenza, per le quali la Giunta deve spendere oltre 300 milioni di fitti per locali.

Altra cosa mi verrebbe da chiedere, se risposta potessi avere, in merito per esempio alle pubblicazioni e riviste per l'aggiornamento degli uffici e della biblioteca, che assumono la cifra rilevante di 240 milioni, perché se sono pubblicazioni e riviste per riaggiornare o tener viva una biblioteca, credo che con 240 milioni ne allestiamo due ex novo e mi sembra una cifra abbastanza alta, se parliamo soltanto di spese per acquisto di pubblicazioni nuove.

Avrei anche gradimento di sapere come si spendono 400 milioni per organizzare manifestazioni e celebrazioni pubbliche. Capisco che finendo ogni esercizio con disavanzi di oltre 60 miliardi probabilmente c'è anche la difficoltà a trovare collocazione di queste risorse, pertanto poco conta se convegni, manifestazioni o celebrazioni possono comportare anche dispendi onerosi, però vorremmo capire come mai cifre così rilevanti sono messe lì con questa disinvoltura.

Sarei grato conoscere come mai per spese, anche se la voce è abbastanza confusa, compensi ed indennità e rimborsi estranei all'amministrazione, noi li chiamiamo consulenze, consulenze per oltre 300 milioni, che se vogliamo scarnare questo bilancio in termini di interventi e di spese correnti, vediamo che gli investimenti interessano poco più di un terzo, circa 100 miliardi scarsi, 300 milioni in termini di consulenza sono una cifra rilevante. Ci chiediamo se gli uffici, che sembrano abbastanza corposi dal momento che assorbono tutte queste energie, il 70% del totale della spesa, non sono nemmeno in grado di produrre per quanto debbono funzionare.

Un altro chiarimento, il cap. 90 della spesa, relativo a servizi di stampa e informazione sugli aspetti della regione e sull'attività dell'amministrazione regionale ecc., che è la ragguardevole cifra di 1 miliardo e 200 milioni, ma ricordiamo che non sono per pubblicazioni istituzionali, perché comprendiamo che, se dobbiamo pubblicare il Bollettino Ufficiale è una spesa istituzionale, ma questo è un altro capitolo, con la cifra altrettanto impegnativa, ma comunque spese obbligatorie, e queste mi sembrano spese per pubblicazioni e quelle poche pubblicazioni che la Giunta regionale ne cura la distribuzione, anche questo sarebbe un punto sul quale noi gradiremmo avere una risposta.

Verrei ad un aspetto del quale si è parlato molto, cioè all'integrazione europea, al processo di integrazione anche politica, nel quale troviamo due capitoli: il 305: Spese per la realizzazione di iniziative intese a favorire e sviluppare il processo di integrazione politica europea; e il cap. 310: Spese per la concessione di sovvenzioni a comuni ed altri enti, in ogni caso per le stesse opere, un importo che ha sommato 1 miliardo e 500 milioni più un altro miliardo per i comuni, la cifra ragguardevole di due miliardi e 500 milioni.

Non si vuole a questo punto criticare la spesa, va forse nell'indirizzo che questa Giunta si era anche data, ma noi chiediamo, siccome ho fatto anche una

puntualizzazione sulle entrate relative a questo capitolo, essendoci notevoli contributi comunitari, proprio per questo aspetto della divulgazione relativa al processo di integrazione politica europea, perché così si è solerti ed attenti nell'individuare il centro di spesa, ma non ci si è premurati di avere il corrispettivo nell'entrata, perché nell'entrata abbiamo trovato che non esiste nemmeno una lira, cioè gli uffici non si sono premurati di chiedere a Strasburgo, a Bruxelles, dove sia l'ufficio competente, di avere i relativi introiti per far fronte a queste spese, che probabilmente potrebbero essere coperte con un giro conto, con un disavanzo praticamente pari a zero.

Proprio nella stessa pagina troviamo delle spese per interventi a favore di Stati extracomunitari colpiti da eventi bellici o calamitosi, una cifra non da poco, 2 miliardi e 500 milioni.

A questo punto la regione ci deve dire come gestirà questa cifra, a noi non risulta che esistano uffici con competenze di protezione civile, risulta invece che le due province abbiano strutture di questo tipo, pertanto questi soldi vanno in maniera scollegata, in modo discrezionalissimo verso società, associazioni, apparati internazionali, ma a questo punto vorremmo capirne i veri beneficiari, perché non ci risulta che ci sia una struttura o degli uffici organizzati per gestire questo tipo di bilancio.

Mi fermerei qua, perché richieste ne ho fatte a sufficienza, aspetto per l'ennesima volta se dai banchi della Giunta qualche spiegazione in merito ci potesse essere data. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Der nächste Redner ist der Abg. Taverna zum Art. 3.

PRESIDENTE: Grazie, consigliere.

Il prossimo oratore iscritto a parlare in merito all'art. 3 è il cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, intendo esordire replicando immediatamente al collega Divina, il quale ha voluto citarmi per tre volte e questo significa molto in una situazione così distratta, qualcuno potrebbe anche pensare che il Presidente della Giunta fosse il sottoscritto anziché il Presidente Grandi. E' pur vero che il Presidente Grandi sul piano politico non goda buona salute, ma mi sembra che sia impensabile che a un suo decesso politico debba subentrare il sottoscritto, quindi non mi sento nemmeno Presidente in pectore, anche se ho avuto l'onore di essere citato per ben tre volte dal capogruppo della Lega.

Evidentemente il collega Divina ha inteso polemicamente replicare a qualche mia affermazione, che si limitava esclusivamente a richiamare l'attenzione sulla necessità, seppur questa mattina la necessità della discussione delle cifre non è emersa dal dibattito, perché questa mattina il dibattito è stato la conseguenza dell'impreparazione di ieri a poterlo svolgere, ma ciascuno si comporta come meglio crede. Non voglio in alcun modo dare lezioni, perché è un compito che non mi compete.

Sicuramente, dicevo, poca cosa è discutere delle spese di rappresentanza di 30 milioni rispetto alla necessità di soffermare la nostra attenzione su una situazione contabile, che presenta un ventaglio di spese che sono sicuramente più significative da un punto di vista della possibilità di esaminare con razionalità la legge di bilancio. Torno a insistere su questo concetto, del resto il Presidente della Giunta, bontà sua, ha voluto sottolineare almeno che quanto da me sostenuto rientra in una perfetta e conseguenziale analisi della legge di bilancio nella sua impostazione e negli effetti che questa impostazione determina, di conseguenza ci troviamo nell'ambito della valutazione oggettiva, di quello che è e che deve essere una legge di bilancio. Allora lo strumento non può che essere questo e sulla necessità del riconoscimento dello strumento non ci possono essere distinzioni di sorta, altrimenti sarebbe una posizione meramente pregiudiziale.

Signor Presidente della Giunta, il problema non è questo evidentemente, è di riconoscere come ottimale o meno la serie delle scelte che sono racchiuse nel bilancio e allora la discrezionalità, intesa non come mero arbitrio, ma come libertà di compiere delle scelte, il politico deve avere la libertà e il coraggio di compiere delle scelte, se non si trova nella condizione di avere la libertà e il coraggio di compiere delle scelte ovviamente si limita soltanto a tirare a campare, in attesa di tirare le cuoia.

Non auguro a nessuno di tirare le cuoia sul piano della politica, anche se a questo proposito non dobbiamo che riconfermare questo nostro atteggiamento, che è di critica sostanziale, che riteniamo di dover comunque in questa occasione, come anche nel futuro, essere in grado di documentare al meglio delle nostre possibilità.

Allora quale lei, signor Presidente, afferma che il problema della informatizzazione del catasto abbisogna di essere rivisitato, è evidente che a questo punto non può che trovare da parte nostra soddisfazione, siamo stati i soli a sollevare la questione e di conseguenza il fatto che una forza di opposizione riesca a porre nella condizione il Presidente della Giunta quantomeno di ripensare e di rivisitare il problema, per noi è già sufficiente motivo di orgoglio e di soddisfazione questo fatto e non tanto per rivendicare la conquista del K2, non si tratta di porre la bandierina nei confronti di nessuno, ma si tratta di compiere fino in fondo il nostro dovere e di assolvere fino in fondo al ruolo che ci è assegnato.

Pronti, signor Presidente, a confermare anche giudizi positivi sull'operato suo e della Giunta qualora noi ravvisassimo l'opportunità che questi comportamenti siano in linea non già con le nostre esclusive impostazioni, ma siano in linea sulla necessità di compiere un servizio che possa essere inteso come servizio utile nei confronti della collettività.

Allora a proposito di catasto, signor Presidente, vorrei spingerla un pochino oltre quello che ha detto e vorrei da lei anche qualche altro impegno, se lei pone mente locale ad un fatto che ritengo essere estremamente grave e importante, al di là di quello che ho detto nell'intervento di prima. Vale a dire che l'Informatica trentina, signor Presidente, FINSIEL, che guarda caso ha il 40,45% del capitale sociale dell'Informatica trentina, la SOGEI, altra società di informatica il cui capitale sociale è rappresentato dal 100% di proprietà della FINSIEL, la società GEPI in acquisizione ottica e l'ITALSIEL e

quindi questa posizione trilaterale che noi abbiamo denunciato opportunamente e guarda caso queste tre società sono andate a finire nel mirino del magistrato, che ha ritenuto di dover mettere addirittura in custodia cautelare il Presidente della FINSIEL.

Signor Presidente della Giunta, non le viene forse il sospetto che queste società, che sono legate ai vari De Lorenzo e Poggiolini e che hanno rappresentato in Campania, per quanto riguarda l'informatizzazione dell'Unità Sanitaria Locale di Napoli, in relazione alla gestione dei medicinali, non le viene forse in mente che sia il caso di poter opportunamente rimeditare tutto il progetto, proprio in ragione del fatto che queste società nel bene o nel male sono direttamente collegate all'Informatica trentina, che prima era consulente e poi è diventata appaltatrice dell'informatizzazione del catasto.

Mi pare di non bestemmiare quando faccio queste affermazioni e richiedere la sua più scrupolosa attenzione sulla necessità di rivedere comunque questa questione. Ma non è soltanto questa questione, signor Presidente, che ci preoccupa.

Allora parlando di cifre e avendo come punto di riferimento il bilancio, non possiamo non dimenticare nemmeno per un attimo che il Bollettino Ufficiale della regione costa 1.500 milioni, che la gara di appalto per la concessione della stampa del Bollettino, nel 1988 è stata vinta, ravvisando noi in quella operazione quando meno i sintomi di una perturbativa d'asta, se è vero come è vero che le cinque ditte concorrenti tra di loro avevano proposto tra quella che ha vinto e l'ultima che è arrivata rispetto al ribasso uno scarto dello 0,50%, mi pare che sia più che evidente, signor Presidente della Giunta, che bisogna porre attenzione particolare su questi problemi e malgrado noi avessimo con largo anticipo previsto cosa darebbe successo in seguito nell'aggiudicazione dell'appalto successivamente al 1988, abbiamo scoperto che attraverso una delibera che assegnava la procedura d'urgenza per quanto riguarda la concessione dell'appalto della pubblicazione del Bollettino Ufficiale della regione, nella delibera di affidamento d'urgenza addirittura viene scritto che per poter avere i requisiti tali da consentire la partecipazione e l'appalto, due di questi requisiti che intendo elencare: il requisito della residenzialità dello stabilimento in Trento e di aver conseguito nell'anno precedente almeno, per quanto riguarda il volume d'affari, un importo superiore al miliardo in relazione a servizi analoghi, per i quali l'appalto veniva indetto.

E' evidente a questo punto, signor Presidente della Giunta, che l'affidamento di gare siffatte può essere superato con la individuazione nome e cognome della ditta che deve vincere l'appalto. Allora è opportuno dire che l'appalto della pubblicazione del Bollettino Ufficiale della regione, così come avviene almeno da 10 anni a questa parte deve essere vinto dalla TEMI, questa ditta deve vincere per forza di cose l'appalto, perché si trova nelle condizioni di rendere quelle caratteristiche alle quali la delibera di affidamento aveva fatto espressa previsione.

Signor Presidente, non ritiene forse opportuno che anche alla luce di queste considerazioni, che non appartengono alla mia fantasia, ma sono riscontrabili nella documentazione esistente; ecco allora e ribadisco come si deve intendere e leggere il bilancio, che non è un elenco asettico di cifre, e mi consentano i colleghi se intendo ancora catturare la loro attenzione, scusatemi la presunzione, se in questo ragionamento

vengo a sfiorare un altro argomento, che ha stretta attinenza con il bilancio della regione, se non altro in termini di cassa, in virtù del fatto che la regione in termini di cassa è impegnata all'acquisto delle azioni del credito emiliano, per quanto riguarda le azioni dell'Autobrennero e se è vero, come è vero che stiamo assistendo in questo momento ad una ristrutturazione dell'Autobrennero, che costa 600 milioni, perché le ristrutturazioni si fanno sempre con lo studio di qualche società specializzata nell'organizzazione del lavoro.

Se allora è successo che, in occasione del cambio del vertice amministrativo della società, perché mi riferisco al vertice amministrativo, onorevoli colleghi, limitatamente alla persona del direttore generale, non mi riferisco alla composizione del consiglio di amministrazione, perché il consiglio di amministrazione è quello e sempre quello di tangentopoli, perché nulla è cambiato nell'elenco degli amministratori, nulla è cambiato per quanto riguarda il presidente.

Allora non possiamo in questa circostanza non fare mente locale al fatto che l'autostrada del Brennero, essendo società per azioni, possa essere considerata un ente privato che si regola soltanto sulla base di quanto prevede il diritto societario. Pensiamo che ai sensi proprio del diritto societario, in particolare dell'art. 2364 del Codice civile, comma 1, l'assemblea dei soci dell'Autobrennero vede la proprietà della regione in posizione di assoluto rilievo, tant'è che la regione Trentino-Alto Adige detiene la maggioranza relativa del pacchetto azionario e quindi del capitale sociale dell'autostrada del Brennero, ma nessuno si è mai sognato di richiamare il Presidente della Giunta alla necessità del confronto tra gli organi dirigenti dell'Autobrennero e la proprietà dell'Autobrennero medesima, abbiamo assistito al rifiuto del Presidente Willeit, il quale ha ritenuto nemmeno di dover addivenire ad un invito che servisse a chiarire le situazioni, nelle quali l'Autobrennero si era andata a cacciare, proprio in ragione delle vicende di tangentopoli.

Come è possibile allora, signor Presidente, non poter pensare anche a tutto questo, come non è possibile pensare al fatto che, voglia o non si voglia, assistiamo inerti e inermi alla ristrutturazione della società in termini, che sotto le intenzioni vorrebbero significare la conquista... - mi consenta signor Presidente di terminare, altrimenti sono costretto ad intervenire nel prossimo articolo, non voglio essere intollerante, ma mi lasci concludere il ragionamento -.

Allora se siamo incapaci di poter far fronte a questo stato di cose e se accettiamo per vero il progetto dell'Autobrennero, destinato a creare nell'opinione pubblica una falsa attesa o un falso risultato, per cui attraverso la spesa di 650 milioni si ristruttura la società mettendo nella condizione non già di avere 7 dirigenti, ma di avere dirigenti 7, che è sempre la stessa cosa, con la differenza che avendo la possibilità di mostrare dirigenti 7, noi abbiamo attuato il principio della trasparenza e abbiamo quindi conseguito l'obiettivo della funzionalità.

Credo che quanto dichiarato meriti una risposta, ma meriti soprattutto la capacità della Giunta, nel suo Presidente, di saper imporre all'autostrada, attraverso il controllo della proprietà delle azioni a cui prima facevo riferimento, della necessità di rendere l'autostrada trasparente nei confronti della proprietà e quindi di poter influire

non già sulla conduzione, ma si potesse perlomeno arrivare alla possibilità di avere a disposizione uno scenario che ci consenta di valutare con la dovuta prudenza, ma al tempo stesso con la dovuta conoscenza questo stato di cose.

Eventualmente signor Presidente del Consiglio, la ringrazio per questi due minuti, nel prossimo intervento vorrà dire che parlerò due minuti in meno.

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)

(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Se suono il campanello, collega Taverna, è per ricordarle che ha consumato il tempo previsto dal regolamento.

Qualcuno intende intervenire? La parola alla Giunta.

GRANDI: Sull'art. 3 sono intervenuti più consiglieri, a cominciare dal cons. Boldrini, che è partito dal problema della finanza derivata, la nostra è effettivamente finanza derivata e non finanza propria e siamo in un contesto nel quale si sta accendendo il problema attorno al federalismo fiscale, che dovrebbe prendere il posto del centralismo fiscale.

Mi permetto di ricordare che nel momento delle dichiarazioni programmatiche avevo posto il problema della strategia finanziaria, che una regione autonoma deve avere e ribadisco qui oggi che l'autonomia di un ente locale può anche essere, in tempi come quelli che viviamo, pesantemente messa in crisi da un modello sbagliato di politica delle entrate e politica delle uscite. Noi stessi corriamo il rischio di avere ulteriori competenze, quantomeno a livello di province autonome e poi magari di trovarci in difficoltà dal punto di vista delle risorse finanziarie necessarie per farvi fronte.

Allora credo che lei abbia posto questo problema, che è sicuramente centrale, come un obiettivo strategico che deve essere posto congiuntamente dai governi locali, ma forse primariamente dal governo nazionale.

Da questo punto di vista credo che nei prossimi mesi dovremmo contribuire ad affiancare l'azione del nuovo governo per fare in modo che si faccia chiarezza su questa questione e che effettivamente non si creino situazioni di dipendenza preoccupante dal punto di vista finanziario e sono anche altrettanto convinto del fatto che la sfida del federalismo fiscale debba essere assunta e questa sarà forse la via anche attraverso la quale il peso del debito pubblico, il peso della spesa pubblica, il necessario ridimensionamento del debito e della spesa possa un po' alla volta rientrare e sono altrettanto convinto che gli amministratori pubblici avrebbero un argomento molto forte, anche di fronte alla richiesta tante volte esigente dei cittadini di mettere a disposizione risorse finanziarie per attivare servizi nuovi.

Se nel momento in cui si chiede il servizio si fosse nelle condizioni di indicare anche quelle che dovrebbero essere le condizioni per la realizzazione di questo servizio, forse l'amministratore pubblico sarebbe messo nelle condizioni di poter agire in modo diverso. Tengo per buono questa indicazione che mi viene e credo che

sicuramente dovremo essere attenti rispetto ai nuovi indirizzi che il nuovo governo, su questo tema specifico si darà, purché naturalmente non rimangano queste parola al vuoto.

Il cons. Vecli pone due domande, il tempo è poco per rispondere, comunque sul problema del fondo globale abbiamo indicato alcune ipotesi di nuove leggi, per le quali abbiamo parlato in termini di indirizzo, quindi di scelte politiche, anche se abbiamo detto che per la realizzazione definitiva, oltre che ad assicurare il nostro apporto, siamo interessati anche a raccogliere le sollecitazioni che emergono da quest'aula, quindi quelle indicazioni sono da considerarsi come non vincolanti, ma devono essere sicuramente conseguenti anche alla assunzione di precise responsabilità, sulle quali ho speso la mia parola rispetto a sollecitazioni che qui sono venute come per esempio per il capitolo della tutela della difesa delle minoranze.

Il cap. 670, sul quale il cons. Vecli chiedeva delle risposte, riguarda il problema degli oneri finanziari messi a disposizione per il personale. Qui debbo informare che siamo in una situazione di contratto scaduto e che già le forze sindacali si sono incontrate con la Giunta e con l'assessore competente per gettare le basi per il nuovo contratto che è scaduto, mi riferisco al contratto 94-96, però certo dobbiamo tener conto delle indicazioni di cui parlavamo prima, perché altrimenti corriamo poi il rischio di rendere vano l'obiettivo del ridimensionamento della spesa pubblica, anche se non possiamo frustrare naturalmente la domanda giusta anche di un contratto per i dipendenti della regione.

La cons. Klotz pone il problema di conoscere quale è la strategia che c'è dietro al cap. 110. Debbo dire che è l'obiettivo politico, detto e scritto da questa coalizione, di raggiungere il più possibile questo equilibrio tra la lingua italiana e la lingua tedesca per quanto riguarda il personale. Quindi l'aggiornamento, quei corsi linguistici previsti dalla legge 15 del 1983 va in questa direzione, già oggi si paga per il bilinguismo, si paga per corsi di aggiornamento sotto forma di rimborso spese per i dipendenti italiani, però non c'è dubbio che qui dobbiamo fare ulteriore strada per raggiungere l'obiettivo del riequilibrio, che fa parte essenziale del programma della Giunta regionale.

Il cap. 500 riguarda semplicemente la quota associativa che deve essere pagata dalla regione in base ad una legge esistente, l'ISAPREL svolge servizi di aggiornamento amministrativo per le regioni. La regione ha deciso a suo tempo di farvi parte, il giudizio che viene dato, mi si dice, rispetto a questi corsi è sostanzialmente positivo e quindi si mantiene la quota associativa come strumento per l'aggiornamento amministrativo.

Per quanto riguarda i servizi di Presidenza, di rappresentanza, della stampa sulla quale si sono intrattenuti più consiglieri, da una parte si dice che si sono lasciate le stesse cifre, però dall'altra mi pare che emerga una domanda molto precisa, di procedere verso azioni di taglio, verso azioni di risparmio che mi assumo sicuramente e delle quali, a nome anche della Giunta, rendiconteremo in tempi brevi.

Peraltro per il cap. 90, così rispondo ai cons. Holzmann e Divina, faccio presente che gli oneri sono dovuti alla stampa del Bollettino della regione in lingua

italiana e tedesca, al servizio di convenzione con l'ANSA, al servizio di informazione con la Presidenza del Consiglio dei Ministri, alle trasmissioni radio-televisive, quindi vi è dentro una pluralità di servizi che hanno naturalmente i loro corsi. Si afferma che è giusto l'obiettivo di far conoscere il ruolo, l'attività, la presenza della regione, ma dall'altra si ribadisce con forza, da parte di chi è intervenuto, di procedere con il massimo della parsimonia possibile. Raccogliamo sicuramente questa sollecitazione.

Il cons. Divina poi introduce il problema del costo del Consiglio e della Giunta, credo che nelle prossime sedute vi sarà occasione sicuramente di valutare a fondo questo problema, nel momento in cui discuteremo delle indennità e dei vitalizi.

Per quanto riguarda l'attività di consulenza abbiamo già deciso di ridurre quel capitolo di 100 milioni già quest'anno e per il cap. 562 affermo che gli oneri per affitto di locali sono dovuti ad alcuni affitti che sono in corso con alcuni soggetti proprietari per beni che sono a Brunico, Silandro e che riguardano generalmente servizi catasto e tavolare, anche se qui nel bilancio del 1994 è prevista una riduzione di 150 milioni, quindi muoviamo verso la sostanziale autonomia.

Per il cap. 365 il cons. Pahl sarà disponibile un po' più avanti a rendere conto di come verranno impegnati i fondi per i paesi impoveriti.

Il cons. Taverna pone tre questioni importanti e delicate: l'informatizzazione, la rivista e l'autostrada. Senza soffermarmi ho già dato la mia disponibilità per conto della Giunta a raccogliere tutti gli elementi che qui sono venuti e sono venute sollecitazioni anche molto importanti e sui quali naturalmente credo che nel momento in cui avremo l'incontro con questi enti o dovrà la Giunta regionale rivisitare quanto viene svolto sia sulla materia dell'informatizzazione che della rivista, vedrà di tener conto delle sollecitazioni che qui sono venute, per le quali ringrazio sicuramente.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'articolo. E' stata chiesta la verifica del numero legale. Favorevoli? Contrari? Astenuti?

L'art. 3 è approvato con 31 voti favorevoli, 14 contrari e 2 astenuti.

Prima di chiudere la seduta avverto che domani i lavori andranno fino all'esaurimento di questo punto all'ordine del giorno e domani mattina porrò in votazione la designazione di un membro dell'organo regionale di riesame dei bilanci e rendiconti, ai sensi del decreto del Presidente della Repubblica, 28 marzo 1975, n. 470.

La seduta è tolta.

(ore 17.59)

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 10:

Bilancio di previsione della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1994 e Bilancio triennale 1994-1996 (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 2

Gesetzentwurf Nr. 10:

Haushaltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für die Finanzgebarung 1994 und dreijähriger Haushalt 1994-1996 (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 2

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	pag.	3-55
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	"	9-49-73
VECLI Gianpietro <i>(Gruppo Lega Nord Trentino)</i>	"	13-64
CHIODI WINKLER Wanda <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	15
HOLZMANN Giorgio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	"	19-68
BENEDETTI Marco <i>(Gruppo A.D. - A.T. - P.S.D.I.)</i>	"	21
MORANDINI Pino <i>(Gruppo Partito Popolare)</i>	"	23
PETERLINI Oskar <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	24
LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	"	29
MAGNABOSCO Armando <i>(Gruppo Misto)</i>	"	31
WILLEIT Carlo <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino)</i>	"	32
DIVINA Sergio <i>(Gruppo Lega Nord Trentino)</i>	"	33-69
DELLADIO Mauro		

<i>(Gruppo Lega Nord Minoranze Etniche)</i>	"	38
GASPEROTTI Guido <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	38
GRANDI Tarcisio <i>(Gruppo Partito Popolare)</i>	"	41-58-77
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	pag.	43-65
TOSADORI Maurizio <i>(Gruppo Lega Nord Trentino)</i>	"	54
BOLDRINI Lelio <i>(Gruppo Lega Nord Trentino)</i>	"	62